

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Goldpfennig, monatlich 2.- Goldmark...

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“...

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise: Die einseitige Spaltenbreite...

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags...

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Freitag, den 17. Oktober 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Die Krise gelöst — in Schweden!

Branting wieder Ministerpräsident.

Stockholm, 16. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der Rücktritt der konservativen Regierung Trygger...

Der deutsche Skandal.

Es wird nichts! Es wird nichts!

Wolffbüreau meldete gestern Abend 8 Uhr amtlich: Das Reichskabinett beriet heute die durch die Stellungnahme der Reichstagsfraktionen geschaffene innerpolitische Lage...

Das Kabinett hat gestern getagt. Was hat es entschieden? Nichts!

Das Kabinett wird heute wieder tagen. Es tagt, also es ist! Die Volkspartei hat einstweilen ihr den Deutschnationalen gegebenes Versprechen...

Ihr Plan ist der Bürgerblock auf Katen. Den Deutschnationalen soll zunächst eine Abschlagszahlung gewährt werden durch Ernennung einiger ihnen „nahestehenden“ Herren zu Ministern...

dem die Rückkehr nach Duisburg noch nicht freigegeben ist, dem Kabinett bis auf weiteres ihre schätzenswerten Kräfte...

Von Herrn Marx, der noch immer einen Ruf zu verlieren hat, ist zu erwarten, daß er sich auf solche Schiebungen nicht einläßt.

Interessant wäre es zu erfahren, ob die Deutschnationalen, mit denen ja die Volkspartei stets Hand in Hand gearbeitet hat...

Wir haben ein Kabinett, das nicht leben und nicht sterben kann. Wir haben einen Reichstag, der nicht leben und nicht sterben kann...

Wenn sich eine Regierung scheut, vor den Reichstag zu treten, wenn sie sich scheut, den Reichstag aufzulösen, wenn sie sich scheut, zu demissionieren...

Macht ein Ende!

Fraktionsberatungen.

Die demokratische Reichstagsfraktion hielt am Donnerstag nachmittag nur eine kurze Sitzung ab. Dabei kam zum Ausdruck, daß die Fraktion es nicht für notwendig erachtet...

Die Fraktion der Volkspartei tritt am Freitag nachmittag 4 Uhr wieder zusammen.

Der verkahrte Rechtsstaat.

Monarchist Rahr als oberster Richter.

Von Alwin Saenger.

Die amtliche Korrespondenz der „königlichen Republik Bayern“ meldete, daß der Regierungspräsident von Oberbayern, Staatsrat Dr. Gustav Ritter von Rahr zum Präsidenten des bayerischen Verwaltungsgerichtshofes ernannt wurde...

Was ist der bayerische Verwaltungsgerichtshof? Er ist die höchste richterliche Instanz in Verwaltungsrechtssachen; er ist also nicht eine Verwaltungsbehörde, sondern die oberste Rechtsbehörde...

Ein wichtiges Amt, oberste Rechtsbehörde! Die bayerische Eignung zu diesem höchsten Richteramt besitzt Dr. Gustav von Rahr zweifellos im vollen Umfang. Denn „wer ist's?“ Rahr ist vor allem eine gradlinige, wahrheitsgerene Persönlichkeit...

Er beschwor die Verfassung des Reiches und Bayerns im Herbst 1919; am 30. Mai 1922 schloß er seine an die Staatsbeamten gehaltenen Rede mit den Worten: „Es lebe König Rupprecht!“

Am 16. März 1920 hatte er das Treuegelöbnis abgelegt, an der Reichs- und Landesverfassung entschieden festzuhalten; ebenso hatte er es am 23. Juli 1920 feierlichst beteuert. Fünf Tage vorher hatte er sich als Mittelsmann der Versöhnung und des Ausgleichs bieder-fromm empfohlen...

Am 10. November 1920 wandte er sich schärfstens gegen Imperialismus, nationalistischen Chauvinismus und Gewaltpolitik. Ein wenig später verbündete er sich treu und bieder mit den nationalistischen Chauvinisten und Gewaltpolitikern erster Ordnung.

Im Juli 1921 trat er erfolglos für die Erfüllungspolitik ein; etwas später ließ ihn diese Erfüllungspolitik Kriegszüge gegen das „verjudete“ Berlin schmieden. Mit den Juden hielt er es auch auf gute Art. Im September 1923 schimpfte er auf sie, weil sie als fremdes Verbrechergesindel die alte Verfassung zerstückeln hätten...

Wegen dieser Einwohnernetzwerke mußte Rahr als Ministerpräsident gehen. Er hatte so gewissenhaft als „Treuhänder des souveränen Volkes“ — wie sich dieser Monarchist einmal nannte — regiert, daß der Landtagspräsident ihn in den letzten Tagen der Ministerherrlichkeit wegen eines drohenden Rechtsputches in ernstesten Worten gemahnen mußte...

J. R. 3 — Los Angeles.

Washington, 16. Oktober. (W.B. durch Funkpruch.) Wie das Marineamt mitteilt, wird das Zeppelinluftschiff J. R. 3 den Namen Los Angeles erhalten. — Präsident Coolidge hat Dr. Ecken und andere Mitglieder der Besatzung des J. R. 3 empfangen.

Gegen Zerstörung des Luftschiffbaues.

Paris, 16. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) In der „Information“ warnt Jean Herbet die französische Regierung vor einem allzu scharfen Vorgehen in der Frage der Niederlegung der Zeppelinhalle in Friedrichshafen, da sie damit lediglich die Geschäfte der Reaktion in Deutschland betreiben und den Deutschnationalen eine willkommene Wahlparole liefern würde...

Wien, 16. Oktober. (W.B.) Protostartikel gegen die drohende Vernichtung der Zeppelinwerft Friedrichshafen bringen alle Wiener Blätter. Die „Arbeiter-Zeitung“ schreibt: Es liegt gar nicht im Wesen des Zeppelinluftschiffes, ein Kriegsinstrument zu sein. Als solches hat es die Erwartungen vollkommen enttäuscht. Im Frieden aber ist es ein Wegbahner zu unwiderrücklichen Fortschritten. Daher wird die noch aus der Kriegspolizei geborene Forderung der Zerstörung der Zeppelinwerft hinfällig...

Pariser Stimmen.

Paris, 16. Oktober. (W.B.) „Figaro“ schreibt zum Fluge des J. R. 3 über den Ozean: Damit wir uns zu dem erzielten Fortschritt beglückwünschen können, müßten wir glauben, daß Deutschland ihn als Friedenswerk verwenden wird. Wenn man alles sieht, was über die Zeppelfahrt geschrieben wurde, hat man eher den Eindruck des Gegenteils. „Eclair“ dagegen bemerkt: Eine derartige Tat braucht keinen Kommentar, denn sie verdient, daß man sie mit dem Hute in der Hand grüßt. Wir werden uns hüten, diese Tat zu verringern.

Die Begeisterung in Amerika.

New York, 16. Oktober. (W.B. durch Funkpruch.) Die Zeitungen füllen ihre Spalten mit Berichten über die Ankunft des Zeppelins. Ganze Seiten zeigen ausgezeichnete Photographien, die an allen Ecken der Stadt während des Ueberfliegens aufgenommen

wurden. Die Blätter heißen das Luftschiff willkommen und rühmen die bemerkenswerte Tat. „World“ bringt die Ankunft des Luftschiffes mit der Ueberzeichnung der deutschen Anleihe in Verbindung und bezeichnet beides als Vorboten für die Wiederherstellung der zerbrochenen Freundschaft. Das Blatt erklärt, die Zerstörung der Friedrichshafener Werft, die als die Kriegselendenshaft hochschlugen, beschlossen wurde, würde ein Akt des Bandalismus sein. „New York Times“ erklärt, das Luftschiff könne begrüßt werden, sowohl als ein Zeichen des Triumphes des deutschen Genies als auch ein Zeichen friedlicher Arbeit. Während der Ueberfahrt über den Atlantischen Ozean habe sich J. R. 3 als geeignet für Personenbeförderung und den Transport wertvoller Güter erwiesen. „Herold Tribune“ führte aus, die Ankunft des Zeppelins in dem Augenblicke, als die Kinder auf dem Schulwege begriffen waren, sei ein denkwürdiger Anblick für die jungen Augen und ein glückliches Omen für eine neue Zeit gewesen.

Glückwunsch Deutschösterreichs.

Bundespräsident Dr. Hainisch hat an den Reichspräsidenten das nachstehende Telegramm gerichtet:

Reichspräsident Ebert, Berlin. Der fühne und stolze Flug des J. R. 3 über den Ozean erfüllt Oesterreich mit Freude und Bewunderung. Eurer Eggellenz, der deutschen Regierung und dem deutschen Volke, das diese Tat vollbracht hat, spreche ich namens der österreichischen Regierung die aufrichtigsten und herzlichsten Glückwünsche aus. Möge diese Fahrt ein neuer Markstein auf dem Wege der Verständigung zwischen den Staaten und Nationen bedeuten. Bundespräsident Hainisch.

Der Reichspräsident hat mit folgendem Telegramm geantwortet: Bundespräsident Dr. Hainisch, Wien. Für die freundlichen Glückwünsche zur Amerikafahrt des Zeppelins danke ich Eurer Eggellenz und der österreichischen Bevölkerung herzlich. Es ist uns eine aufrichtige Freude, daß unser Brudervolk an dem Erfolg deutscher Technik und deutscher Arbeit so innigen Anteil nimmt. Wir wissen uns eins mit Ihnen in dem Wunsche, daß dieses stolze Schiff der Verständigung der Völker diene. Reichspräsident Ebert.

Mörder Schulz stellt sich...

Budapest, 16. Oktober. (W.B.) Heute vormittag erschien der Redaktionschef des ungarischen „Főpostai“ auf der Oberstadthauptmannschaft und erklärte, daß er sich zum Besuche eines Verwandten einige Tage in der Provinz aufhalten und erst jetzt erfahren habe, daß die Polizei ihn suche, weshalb er sich ihr zur Verfügung stelle. Er wurde in Verwahrungshaft genommen. — Wie die Spätabendblätter wissen wollen, beabsichtigt Schulz, nach der Türkei zu gehen.

Verleumdungen und Lügen wider ihn (Held) nicht entgegen.

Er hatte die Verfassung beschworen; er hielt sie auch — so wie er sie aufgab. Wenn der Patentpatrotismus seine Utiainen über „schwarz-weiß-rot“ und den „gelben Judenstreifen“ ergoß, telegraphierte dieser königliche Staatsbeamte Heil und Glückwunsch. Natürlich ließ er durch einen untergebenen Polizeibeamten eine neue Reichsverfassung ausarbeiten und in den letzten Monaten seines Generalsstaatskommissariats reichte sich ein bewußter Rechtsbruch planmäßig an den anderen. Dieser neue Präsident des obersten Gerichtshofes in Verwaltungsrechtssachen beging — die bayerische Justiz kümmert sich um solche Kleinigkeiten nicht — das zum mindesten dem Wortsinne nach gegebene Amtsverbrechen, daß er sich weigerte, mit „dieser Reichsregierung“ überhaupt zu verhandeln.

Der neue Verwaltungsrichter pries unter Beschimpfungen der Reichsgewalt die freche Meuterei des Generals Boffow als teutsche Tat. Er ordnete rechtswidrig an, daß bayerische Steuern nicht mehr nach Berlin abgeführt werden sollten, daß in Nürnberg das Reichsbankgeld beschlagnahmt wurde, er — der Gerichtspräsident — brach die Justizhoheit des Reiches so schamlos, daß von Reichs wegen gesuchte Verbrecher durch ihn sicheres Asyl in Bayern fanden, so zur staatlichen Hilfeleistung eigens nach Bayern berufen worden.

Kahr wußte, daß Pöbner durch seinen Verkehr mit Ehrhardt ein Amtsverbrechen nach dem anderen beging, er schieg dazu. Den Haftbefehl gegen Kofbach ließ dieser „Richter“ nicht vollziehen. Haftbefehle des Oberreichsanwalts gegen Hauptmann Heiß, der zum Verfassungsverstoß gegen das Reich aufgefordert hatte, wurden auf seinen Einspruch nicht ausgeführt. Wer am ordinärsten über die leitenden Männer in Berlin schimpfen konnte, wurde von dem jetzigen „Herrn Präsidenten“ zur Mitwirkung bei der „Befreiung der deutschen Seele“ herangezogen. Einer von diesen tapferen Bureaufakten konnte es mit stillschweigender Zustimmung des neuen Gerichtspräsidenten wagen, den Erzberger-Mördern Schutz in Bayern zu versprechen!

Bei der Bürgerbräutereiunterschied sich Kahr, der im Hitler-Prozess unbedeutend vernommen werden mußte, von den Vordenkern und Genossen nur dadurch, daß er den Mut verlor; denn er war der intellektuelle Urheber, der wirklich Schuldige des Krieges gegen den Norden. Als er erst wurde, rief er aus. Sein Leibjournalist umkleidete das am Tage nach dem Putsch mit den Worten: „Sie (Kahr und Genossen) wollten sich nicht mit Menschen (Hitler und Genossen) zerlegen, mit denen sie in so vielen Anlässen übereinstimmen und von denen sie im wesentlichen nur durch die Verschiedenheit der Meinung über das zulässige Tempo getrennt wurden.“ Die Denkenden und Wissenden unterschrieben Wort für Wort das, was einer der angesehensten Rechtslehrer der Münchener Universität über Dr. Kahr damals schrieb: „Ein Zusammenwirken mit Hitler lag durchaus in der Linie des Verhaltens, das Kahr gegenüber dieser Partei seit ihrer Entstehung beobachtet hat. Ueber Gesetzesverletzungen wurde hinweggesehen.“

Dieser Dr. v. Kahr aber zog sich hinter das Drahtverhau zurück, mobilisierte die Schergen gegen die Freunde von gestern und scheute bei diesem traurigen Handwerk selbst davor nicht zurück, in das schwebende Gerichtsverfahren gegen Hitler und Genossen einzugreifen.

Dieser Dr. v. Kahr ist zum Präsidenten des Obersten Verwaltungsgerichts ernannt worden! Ein jedes Wort will seine Ordnung finden. Die Korruption der „Ordnungszelle“ fand sie in passender Vollenbung durch diese Ernennung.

München, 16. Oktober (Eigener Drohbericht.) In Gegenwart sämtlicher Beamten erfolgte am Donnerstag durch den Minister des Innern, Stöcker, die offizielle Einführung und Verpflichtung

des Präsidenten des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofes Kahr. Der Minister hob in seiner Ansprache seine hohe Verehrung und sein starkes Interesse für den höchsten zivilen Gerichtshof Bayerns hervor und versicherte, daß er dessen hohe Aufgaben jederzeit unterstützen und fördern werde. In seiner Begrüßung des neuen Präsidenten erinnerte der Minister an die Zeit von 1896 bis 1905, wo der Vater des Herrn von Kahr die Präsidentschaft geführt hat, die eine der glänzendsten Perioden des Verwaltungsgerichtshofes genannt werden müsse. Er hoffe, daß der neue Präsident in die Fußstapfen seines berühmten Vaters treten werde zur Vermehrung des Ruhmes des Verwaltungsgerichtshofes. Der Minister nahm dann dem neuen Präsidenten das vorgeschriebene Gelöbnis der Treue, Unparteilichkeit und Unbestechlichkeit ab. Hierauf dankte Kahr für das ihm entgegengebrachte Vertrauen und bat die Beamtenhose um ihre volle Unterstützung.

In gleicher Weise verpflichtete der Innenminister im Regierungspräsidium von Oberbayern den Nachfolger von Kahr, den neuen Präsidenten, Staatsrat von Knözinger. In dieser Ansprache forderte der Minister die Beamten auf, in erster Linie dafür tätig zu sein, die Staatsautorität zu stärken und zu stützen. Die Regierung benötige die vorbehaltlose Unterstützung durch die Beamtenhose und glaube auch, darauf rechnen zu können mit Rücksicht darauf, daß die gegenwärtige bayerische Regierung eine nationale sei, die niemals von der Beamtenhose etwas fordern werde, was mit den Grundätzen eines guten Deutschen und eines guten Bayern nicht übereinstimme. (1)

Der Spekulantbürgerblock.

Wer auf ihn hoffte!

Die Vorgänge am Anleihemarkt auf der heutigen Börse zeigen, was es mit dem Bürgerblock auf sich hat. Auf ihn rechnen nicht nur die Zollwucherer, nicht nur die Herren von der großen Industrie, sondern auch das Heer der gewissenlosen großen und kleinen Spekulanten und Börsenspieler. Ueber die Bewegung am Anleihemarkt berichtet der „Börsenkurier“:

„Die Börse verhielt sich heute zunächst sehr zurückhaltend am Anleihemarkt. Kriegsanleihe setzte sogar schwach mit 540 Milliarden ein. Dann kam wieder Leben in den Markt, als an die Börse Nachrichten gelangten, wonach die Regierungsumbildung unter Einbezug der Deutschnationalen gelungen sei, indem das Zentrum sich endgültig für den Bürgerblock und die Demokraten für Neutralität erklärt hätten. Daraufhin sprang der Kurs der Kriegsanleihe auf 600 Milliarden Prozent. Später war er wieder 560 Milliarden, da sich diese zunächst recht bestimmt auftretenden Gerüchte nicht bewahrheiteten.“

Die Anleihepekulanten erwarten also vom Bürgerblock eine Lösung der Aufwertungsfrage, die den durch die Inflation Geschädigten, die nicht mehr im Besitze der entwerteten Anleihen sind, nichts gibt, um so mehr aber jenen Spekulantentzinsen, die die entwerteten Anleihen aufgekauft haben, um damit Spekulationsgeschäfte auf Kosten der Geschädigten und der deutschen Steuerzahler zu machen. Brotwucherer und Spekulanten — das sind die Interessenten des Bürgerblocks.

Volk und Reichswehr.

Ein Erlaß des Generals Seeck.

General v. Seeck hat einen Erlaß an die Reichswehr gerichtet, in dem er die unbedingte Neutralität allen politischen Strömungen gegenüber, „soweit sie nicht den gewaltsamen Umsturz betreiben“, und Hilfsbereitschaft gegen jedermann als die Grundlagen für das Verhältnis der Reichswehr zur Bevölkerung bezeichnet. In dem Erlaß heißt es:

Die völlige Unparteilichkeit ist der Grundstein des Vertrauens. Ich kann deshalb nicht oft und eindringlich genug jedem Angehörigen des Reichsheeres diese überparteiliche Haltung einprägen, die

non jeher ein Kennzeichen für die beste Diplomatie des Staates gewesen ist. Es soll und darf nicht vorkommen, daß sich Bevölkerungskreise wegen ihrer politischen Einstellung von der Reichswehr benachteiligt glauben. Jeder Deutsche, gleichgültig welcher Parteirichtung, soweit er nur im guten Sinne des Wortes national empfindet, hat Anspruch auf gleiche Behandlung durch die Reichswehr. Der militärische Ausnahmezustand hat der Reichswehr reichlich Gelegenheit gegeben, sich hilfreich auf allen Gebieten zu betätigen. Ich möchte auch heute nochmals meinen Dank und meine Anerkennung für die Hilfsfähigkeit der Reichswehr zum Ausdruck bringen. Ich muß aber bei dieser Gelegenheit vor einem Uebermaß warnen. Es darf nicht dahin kommen, daß das Reichsheer, und sei es aus noch so guten Beweggründen, eine Art Schaustruppe zum Vergnügen der Einwohner wird. Wir haben keine laute Propagandastellung nötig. Die beste Propaganda liegt in ernster Pflichterfüllung und stiller aufopfernder Arbeit im Dienste der Allgemeinheit und des Vaterlandes. Ich bitte, in Zukunft auch diesem Gesichtspunkt Rechnung zu tragen.

Der Ausruf spricht eine klare Sprache. Indem General v. Seeck von jenen Verbänden abtrübt, die auch heute noch mit dem Gedanken des gewaltsamen Umsturzes spielen oder ernstlich an ihm festhalten, gibt er dem Wort national eine nicht mißzuverstehende Bedeutung in dem Sinne, wie er dem Reichskanzler Marx bei seinem Bemühen um eine alle verfassungstreuen Parteien vereinigende Koalitionsregierung vorschwebte. Es ist anzunehmen, daß der Erlaß in allen Kreisen der Reichswehr verstanden, und zu wünschen, daß nach ihm gehandelt wird.

Rom und Juda.

In einem Protest gegen die österreichische Maßnahme, Hitler die österreichische Staatsbürgerschaft abzuerkennen, leistet sich die „Deutsche Zeitung“ einen Angriff auf die heiligsten Gefühle des Zentrums:

„Denn gerade dieses Vorgehen gegen Hitler zeigt, daß der bisher in weiten östlichen Kreisen verbreitet gewesene Glaube, nur Juda sei der Hauptfeind, ein Irrwahn war. Auch Rom stand unter den Feinden des deutschen Volkes schon wiederholt in gleicher Reihe. Es ist bitter, dies auszusprechen, aber es muß gesprochen werden.“

Diese Spielart der Deutschnationalen möchte gegen das Zentrum kulturellen Kampfen, während die Deutschnationalen Partei sich mit dem Zentrum in eine Regierung setzen wollte. Die eine Spielart der Deutschnationalen will der anderen durch die Bosheit gegen das Zentrum den Weg zu den Ministersejeln versperren. Welche Spielart aber würde im Bürgerblock kommandieren?

Staatspräsidentenwahl in Baden.

Koalitionskandidat Kultusminister Dr. Hellpach.

Karlsruhe, 16. Oktober. (Eigener Drohbericht.) Der badische Landtag tritt am 7. November zur Wahl des Staatspräsidenten für das Jahr 1925 zusammen. Da in Baden in der Besetzung des Amtes des Staatspräsidenten unter den drei Koalitionsparteien jedes Jahr ein Wechsel eintritt, ist der jetzige demokratische Kultusminister Dr. Hellpach an der Reihe, nachdem für das laufende Jahr das Zentrum den Staatspräsidenten in der Person des Finanzministers Dr. Köhler gestellt hat. Die Wahl Dr. Hellpachs durch die Koalitionsparteien ist gesichert. Damit findet auch eine Erdrückung ihren Abschluß, die in der Presse darüber geführt wurde, ob die Demokraten auch ferner im jährlichen Turnus das Amt des Staatspräsidenten erhalten sollen, obwohl sie nur 7 Mann stark im Landtag vertreten sind, oder ob das Zentrum mit seinen 34 Mitgliedern dauernd den Staatspräsidenten stellen soll.

Nationalistische Flugblattverleiher verurteilt. Das Bezirksgericht in Frankfurt a. M. verurteilte die Lehrer Schäfer und Feldmann aus Schaafheim zu vier Wochen und drei Monaten Gefängnis. Die beiden hatten durch Verteilung von Flugblättern unter den Schulbeamten für die Nationalistische Partei Propaganda gemacht, zu einer Zeit, da diese verboten war.

Ordnung muß find!

Revolutionärsbilder der KPD.

In der KPD-Zentralkommission in Weimar wurde laut amtlichem Polizeibericht, eine volle Registratur mit 40 verschiedenen Stempeln und Akten der bereits ausgeführten KPD und Scheine vorgefunden.

Der der Handlung: Berliner Putschführerzentrale der KPD. Personen: Krause (Bezirkssekretär der illegalen Zentrale für das Wirtschaftsgebiet Groß-Berlin). — Der Unbekannte.

Krause (pakt seine Frühstückstullen aus): Noch zwei Stunden — dann sind meine acht Stunden rum. Dann kriegt die Ose was von mir zu hören: schon wieder harzer Käse! Ich hab' ihr schon mal gesagt, daß das keine Ersparsnis ist, da ich dann meinen Durst löschen muß. Alfred, hol' mir 'ne Weisse... Alfred!... Al—fred! Wo bleibt denn der Bote? Diese verfluchten Jugendgenossen! Keine Disziplin im Weisse. Laufen ab und davon, wann es ihnen paßt. Da hol' ich mir lieber einen vom Arbeitsnachweis — der pariert. Jetzt muß ich mir selbst die Weisse holen. (Schließt sorgfältig ein halbes Dugend Fächer und schickt sich an, mit dem Weisseberglos in der Hand fortzugehen, als die Tür plötzlich ausgeht.)

Der Unbekannte (tritt ein, höchst aufgeregt, mit starkem ausländischen Akzent): Sind Sie der Genosse Krause?

Krause: Wer sind Sie denn? Haben Sie sich anmelden lassen? Wozu ist denn ein Bote vor der Tür da?

Der Unbekannte: Was für ein Bote?

Krause: Ach so, richtig! Verfluchter Alfred! Jedenfalls hätten Sie warten sollen, bis man Sie anmeldet. Das ist kein Benimm!

Der Unbekannte (ungeduldig): Sind Sie also der Genosse Krause?

Krause: Wer sind Sie denn...?

Der Unbekannte: Das werde ich Ihnen gleich berichten. Sind Sie Krause? Man hat mich an Krause verwiesen.

Krause: Wer?

Der Unbekannte: Die illegale Zentrale der spanischen KPD.

Krause: Ramm jeder sagen...?

Der Unbekannte: ... hat mir die Adresse des Genossen Rechtsanwalts H... gegeben und der schickt mich hierher.

Krause: Haben Sie was Schriftliches?

Der Unbekannte (erstaunt): Schriftliches? (Mit leiser Stimme): Ich habe in Bilbao eine Bombe auf ein Mitglied des Disziplinariats geworfen... bin gestrichelt... soll nach Rostau...?

Krause: Wo steht das geschrieben?

Der Unbekannte: So etwas schreibt man doch nicht auf.

Krause: Ne, ich muß doch irgendeine Unterlage haben! Ich werde gleich den Rechtsanwalts H... anrufen und fragen, ob es wahr ist, daß Sie eine Bombe geworfen haben und nach Rostau müssen.

Der Unbekannte: Anrufen? So etwas telefoniert man doch nicht.

Krause: Haben Sie denn gar nichts bei sich? Keine Mitgliedskarte der spanischen Partei?

Der Unbekannte: Mitgliedskarte? Nein, aber ein Empfehlungsschreiben vom „Auge Rostaus“ in Paris an die hiesigen Genossen. Natürlich ganz allgemein gehalten...?

Krause (mühsam): Ganz allgemein?

Der Unbekannte: Natürlich! Da haben Sie es.

Krause (wirft einen Blick auf das Schriftstück): Was ist das: französisch oder russisch?

Der Unbekannte: Russisch.

Krause (befriedigt und plötzlich freundlich): Russisch? Dann ist's ja. Stecken Sie wieder ein. Jetzt sind Sie legitimiert. Sehen Sie sich, Genosse.

Der Unbekannte: Da sind zwei Photographien...?

Krause (hat sich an seinen Schreibtisch niedergesetzt): Zwei? Ich brauche drei!

Der Unbekannte: Ich dachte, zwei genügen, für die Behörden.

Krause: Für die Behörden schon, aber für unsere Registratur!

Der Unbekannte (mit leisem Unbehagen): Für Ihre Registratur??

Krause: Natürlich! Ordnung muß find!

Der Unbekannte: Was fangen Sie denn mit dem dritten Bild an?

Krause (streng und sachlich): Wird alles hier gesammelt (schließt einen Tresor auf und entnimmt daraus eine Kasse): Ein ganzes Album ist schon beinahe voll! (Stolz.) Ja, so arbeiten wir in Deutschland! Na, das dritte Bild müssen Sie sich näher besorgen. Geben Sie zu Wertheim oder Ley. Ist nicht teuer. Einfließen wollen wir die Sache so vorwärts treiben. Also: ich nehme Protokoll auf (liest nach einem Formular vor): „Es erscheint hier der Genosse...“?

Der Unbekannte: Sagen wir: Benjamins Cabrerias.

Krause: Nicht: „Sagen wir“! Den richtigen Namen zurzeit!

Der Unbekannte: Den richtigen?? Wozu brauchen Sie ihn??

Krause: Himmelsberggottsaframent! Menschenkind, was haben Sie für 'ne lange Zeitung! Für die Registratur! Das ist die andere Karte, ganz voll, mit laufenden Nummern. Und da werden die Vernehmungprotokolle gesammelt, mit den richtigen Unterschriften und dem revolutionären Ehrenwort, daß die Angaben zutreffen. Kinder, kennt Ihr denn in Spanien gar keine Ordnung?

Der Unbekannte: Das ist doch bürgerliche Ordnung, keine revolutionäre.

Krause: Quatsch! (Stört und mißtrauisch): Sie scheinen mir auch so einer mit linken Abweichungen zu sein? Das ist bei uns wieder passé. Oder sind Sie gar ein Syndikalist? Kommt mir bald so vor: die gibts gerade in Spanien. Ich kenn' ja meine Internationals. Sind Sie Syndikalist, ja oder nein?

Der Unbekannte: Ich hab' eine Bombe geworfen... ich werde steckbrieflich verfolgt...?

Krause: Sind Sie Syndikalist? Sie antworten gar nicht mehr! Ich muß mir für diesen Fall neue Instruktionen holen. Kommen Sie morgen wieder, nicht zu früh und nicht zu spät. Und mit dem dritten Lichtbild! Auf Wiedersehen!... (Drängt den Unbekannten zur Tür hinaus.) Was haben die für 'ne polnische Wirtschaft in Spanien! Sicher keine Registratur!!! (Schließt wieder den Kofferschrant.) Alfred! Al—fred! (Stimme dranhören: Sal! Verschlechter Bengel, hol' mir endlich meine Weisse...)

Naviculus.

Unser neuer Roman. In der heutigen Nummer beginnen wir mit der Veröffentlichung des Romans „Der Mittelweg“ aus dem Englischen von Sir Philipp Gibbs. Dieser Roman hat bei seinem Erscheinen in England sensationelles Aufsehen erregt und den Ruhm seines Verfassers begründet. Seine Bedeutung liegt, abgesehen von dem literarischen Wert der Darstellung, vor allem in der interessanten Milieuschilderung. Die Handlung führt nämlich den Leser durch eine Reihe europäischer Länder und gibt Gelegenheit, die Nachkriegszustände in England, Irland, Frankreich, Deutschland, Rußland in eigenartig gesehenen, passenden Bildern vorzuführen.

Europäischer Abend. Mary Schneider, eine junge Porträtmalerin, unternahm im Meisteraal einen bedeutungsvollen Versuch: Sie sprach, frei aus dem Gedächtnis, Dichtungen der vier Weltsprachen in Original, Englische, Französische und russische April, im brüderlichen Verein mit deutschen Gedichten, schloß sich zu einem harmonischen, völkerverbindenden Hymnus zusammen und zeigte der Kunst ihren ewigen, wichtigsten Wert: Die Fähigkeit, Grenzen aufzulösen, Versöhnen und Frieden der Welt zu fördern. Gedacht wurde die Vortragende auch die der Fremdsprachen nicht mächtigen Hörer durch vorangehende kurze Inhaltsangaben für die Rhythmen der europäischen Dichter zu gewinnen, vor denen die Gedichte eines Byron, Edgar Allan Poe, Hugo, Verlaine und der Russen Puschkin und Gogol besonders gefielen. Der Beschluß des interessanten Abends bildete, meisterlich gesprochen, ein Abschnitt aus Ernst Tollers „Schwalbenbuch“.

W. B.

Die Freigabe französischer Dramen. Wir hatten kürzlich auf den unheilbaren Beschluß des Bühnendirektors hingewiesen, nach dem immer noch die Aufführung französischer Bühnenstücke verboten ist. Jetzt wird bekanntgegeben: Der Deutsche Bühnenverein und der Verband Deutscher Bühnenschriftsteller und Bühnenkomponisten haben kürzlich gemeinsam beschlossen, französische und belgische Bühnenwerke für die Dauer der Ausdehnung von den deutschen Theatern auszuschließen. Obwohl die Räumung noch nicht vollzogen ist, sind beide Organisationen nunmehr angefangen der ein-

Der britische Bürgerwahlblock.

Vorstufe zum Verschwinden der Liberalen.

London, 16. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Es gibt keinen Zweifel mehr, daß die Konfusion im liberalen und konservativen Lager sich zu einem regelrechten antisozialistischen Wahlkampf ausweicht. In 41 von 62 Wahlkreisen, in denen Arbeiterabgeordnete nur mit relativer Mehrheit gewählt worden sind, ist bereits das Arrangement zwischen Liberalen und Konservativen getroffen und der Arbeiterpartei nur ein gemeinsamer bürgerlicher Kandidat gegenübergestellt worden. In einem Teil dieser Wahlkreise haben die Liberalen und in einem anderen die Konservativen ihren bereits aufgestellten Kandidaten zurückgezogen. Die Liberalen und konservativen Wähler werden aufgefordert, geschlossen für den bürgerlichen Kandidaten zu stimmen.

London, 16. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der Wahlkampf zwischen Liberalen und Konservativen macht neue Fortschritte. Unter den Wahlkreisen, in denen der kapitalistische Wahlblock perfekt ist, befinden sich die Wahlkreise von zwei Mitgliedern der Regierung, und zwar von Shawell und Ponsford, die beide von den bürgerlichen Parteien besonders verhasst sind; Ponsford als der Vater des Handelsvertrages mit Sowjetrußland und Shawell als der Hauptverfechter der sozialistischen Ideen für die Verwaltung des Kohlenbergbaus.

Die Arbeiterpartei, der eine Armee freiwilliger Wahlhelfer zur Verfügung steht, hofft trotzdem mindestens ihre bisherige Abgeordnetenzahl wieder ins Parlament zu bringen und zu verhindern, daß die Konservativen die absolute Mehrheit gewinnen. Dann würden die Liberalen zu einer Koalition mit den Konservativen gezwungen und das würde praktisch mit dem Verschwinden der liberalen Partei gleichbedeutend sein. Dadurch würde das für England einzig mögliche Zweiparteiensystem — rechts die konservative Partei, links die Arbeiterpartei — wiederhergestellt werden.

Macdonald über die Russenanleihe.

London, 16. Oktober. (W.T.B.) Macdonald hielt gestern in Leeds eine Wahlrede, in der er auf die Frage von Asquith, warum der Premierminister im Juni bestritten habe, daß die Regierung eine garantierte Anleihe für Rußland in Erwägung zöge oder in Erwägung zu ziehen vorschläge, während im August eine solche garantierte Anleihe tatsächlich vorgeschlagen wurde, folgende Antwort erteilte: Bei der Juliananleihe handelte es sich um eine nicht garantierte Anleihe. Die Juliananleihe war eine gewöhnliche Anleihe, die der russischen Regierung gewährt werden sollte und die sie benutzen konnte, wann und wie es ihr beliebt. So steht die Anleihe, die jetzt vorgeschlagen wird, und die garantiert werden soll, nicht aus. Was wir zu tun hofften, war die Entwicklung der Idee der Beschaffung von Exportkrediten. Durch diese Kreditbeschaffung würde die Regierung die Kosten für gewisse Exporte garantieren, und das ist gerade das, was wir jetzt tun wollen, indem wir diese Anleihe garantieren.

Eine irische Arbeiterversammlung angegriffen.

London, 16. Oktober. (W.T.B.) „Daily News“ berichtet aus Belfast, daß mehrere hundert Personen eine Arbeiterversammlung der Arbeiterpartei angriffen. Über 20 Leute wurden bei den Angriffen auf den Arbeiterwahlkandidaten und seine Anhänger verletzt. Der Kandidat selbst befindet sich unter den am schwersten Verletzten. Die Polizei, die in großer Zahl anwesend war, vertrieb schließlich die Angreifer.

Neuseeland und der Genfer Pakt.

London, 16. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der Premierminister des britischen Dominions Neuseeland hat im Parlament auf eine Anfrage über den Friedenspakt des Völkerbundes erklärt: Neuseeland wird sich wegen Differenzen mit Japan über die Einwanderung einverstanden auf ein Schiedsverfahren einlassen, japanische Einwanderer werden in Neuseeland nach wie vor aufgenommen, wenn ihnen die Regierung die Erlaubnis zur Einwanderung gibt.

Der neue Parteivorstand.

London, 16. Oktober. (Eig.) Die Arbeiterpartei hat eine neue Exekutive aufgestellt, an deren Spitze J. R. Clynes steht und in der die einzelnen Arbeitergruppen, Bergarbeiter, Transportarbeiter, städtische Angestellte usw., durch mehrere Personen vertreten sind. Premierminister Ramsay Macdonald ist als Schatzmeister der Partei wiedergewählt worden.

getretenen Entspannung und in dem Wunsch, zu ihr auf geistigem Gebiete beizutragen, dahin übereingekommen, den damaligen Beschluß schon jetzt aufzuheben. Sie tun dies unter der ausdrücklichen Voraussetzung, daß nur Werke von literarischer Bedeutung eingeschickt werden und nicht ein wahlloser Import die deutschen Bühnen überschwemmen wird.

Das Renaissance-Theater wird also Jolas „Therese Raquin“ spielen können.

Die erzwungene Generalsammlung. Im Hinblick auf die in der Verwaltung des Deutschen Opernhäuses seit geraumer Zeit herrschende Unstimmigkeit ist, wie eine hiesige Korrespondenz meldet, von einer Aktionärgruppe, die die Majorität repräsentiert, die Einberufung einer Generalsammlung beantragt worden, die aber vom Vorstand und Aufsichtsrat abgelehnt worden ist. Infolgedessen ist der Treuhänder der Aktionärgruppe, Rechtsanwalt Dr. Neumann, vom Amtsgericht Berlin-Mitte ermächtigt worden, seinerseits die Generalsammlung einzuberufen auf Grund einer Bestimmung des Aktienrechts, die die richterliche Ermächtigung in Fällen dieser Art vorseht. Die Generalsammlung ist demzufolge einberufen worden. Wie wir zuverlässig erfahren, ist Besitzerin dieser Aktienmajorität die Große Volksoper, womit auch die kommende Entwicklung der Dinge getennzeichnet sein dürfte.

Das Geburtshaus Karl Kautskys in Prag. Im „Bravo Lidu“ teilt der Abg. Soukup mit, daß nach keinen Feststellungen Karl Kautsky im Hause Prag 640-1 geboren wurde. Das Haus ist ein Teil eines alten Häuserblocks mit riesigem Hof, „Ungel“ genannt, wo in alten Zeiten die Kaufleute ihre Waren feilboten. In dem Hause 640-1 war seit Jahrhunderten eine Herberge für Kaufleute. Noch heute ist dort ein kleines Hotel und Restaurant. In den katholischen Taufmatrikeln heißt es, daß das Kind des Vaters Johann Kautsky, Sohnes des Schneidermeisters Wenzel Kautsky und Frau Josefine, geb. Samler, und der Wilhelmine Kautsky, geb. Jaich, Tochter des königlichen Dekorationsmalers im Prager Ständetheater, bei der Taufe die Namen Carolus Johann erhalten hat. Georg Kautsky, der Urogroßvater Karls, war ein Maurer im tschechischen Kleinstädtischen Kreis bei Gitschin.

Die Bezeichnung Anatole Frances findet Sonnabend nachmittags um 2 Uhr in Paris statt.

Die Herbstausstellung der Akademie der Künste wird Sonnabend am Pariser Platz eröffnet. Sie umfaßt Werke der Schwarz-Weiß-Kunst, Aquarelle, Pastelle und Pasten.

Museumsführungen. Sonntag, 19. d. M., 10 Uhr vormittags, finden wissenschaftliche Führungen im Neuen Museum (Die Kunst von El-Amarna) — Dr. Schall — und im Kaiser-Friedrich-Museum (holländische Malerei des 17. Jahrhunderts, Rembrandt) — Dr. Böcker — statt. Karten zu je 50 Pf. sind vor Beginn der Führungen am Eingang der genannten Museen in beschränkter Anzahl erhältlich.

„Junge Dichter vor die Front“ (Häring Franz Konrad Doerflinger). Montag, den 20., abends 8 Uhr, Landeshaus, Rathhausstr. 20/22. 1. Abend: Julius Maria Becker. Sprecher: Räte Graber, Franz Konrad Doerflinger. Vorwort: Dr. Johannes Günther. Zutritt kostenlos.

Was ist Macdonald?

Friedensfreund oder blutiger Henker?

In der „Internationalen Pressekorrespondenz“ vom 26. August war eine Rede abgedruckt, die Rakowski auf der letzten Sitzung der englisch-russischen Konferenz in London gehalten hatte und in der es heißt:

„Die Sowjetdelegation erklärt und gibt dadurch dem gemeinsamen Wunsch aller wertigen Massen Ausdruck, die in erster Linie die ganze Last der Folgen des imperialistischen Krieges zu tragen haben, daß sie glücklich ist, mit der Regierung, die die Arbeiterklasse Englands vertritt und die die Festigung des Friedens anstrebt, Verhandlungen zu führen.“

An einer anderen Stelle seiner Erklärungen sprach Rakowski von der „gegenwärtigen englischen Regierung, die bereits den Wunsch bewies, den Frieden zu wahren und die Möglichkeit eines internationalen Konflikts zu beseitigen.“

In der „Roten Fahne“ vom 11. Oktober wird der Aufruf einer internationalen kommunistischen Konferenz, die vor einigen Tagen in Köln stattfand, abgedruckt. Darin wird von der „heerhaftesten Fortsetzung der militärischen Rüstungen in Amerika, in England und in Frankreich“ gesprochen, die „den breiten Massen den wahren Charakter des demokratischen Pazifismus enthüllen.“

Des weiteren wird die Parole „Mit Sowjetrußland gegen die Dames-Räuber“ — zu denen wohl Macdonald in erster Linie gehört — ausgegeben. Nachdem der Völkerbund, als dessen eifrigster Verfechter Macdonald in den letzten Monaten aufgetreten ist, als die „neue heilige Allianz gegen die proletarische Revolution“ und als die „verblissenste und gemeingefährlichste Verschwörung der geringsten kapitalistischen Räuber“ bezeichnet wird, heißt es:

„Sein Agent in den Reihen der Arbeiterklasse ist die 2. Internationale, die Internationale Macdonalds, des blutigen Henkers der chinesischen und indischen Arbeitermassen.“

Man stelle sich also vor: Macdonald ist zugleich der Repräsentant der englischen Arbeiterklasse, aber ihr verbissenster und gemeingefährlichster Feind; er strebt die Festigung des Weltfriedens an, hat es sogar bereits bewiesen, bereitet aber einen neuen Weltkrieg durch militärische Rüstungen vor; er ist der blutige Henker der Arbeitermassen, aber die Sowjetregierung ist glücklich, mit ihm zu verhandeln.

Und da soll einer kommen und verleumderisch behaupten, die kommunistische Weltpolitik sei unklar und die Sowjet-sprache zweideutig!

KPD. - Daß-Fälschungszentrale in Neukölln.

Ausweispapiere gefällig?

Ueber die kommunistische Fälscherzentrale in Neukölln erzählt W.T.B. folgendes:

In dem etwa

40 Kappen der Registratur

liegen — noch unausgefüllt und zur Verwendung bereit — Pässe fast aller europäischen und vieler außereuropäischen Staaten, Personalausweise für Ausländer mit Fragebogen, Aufenthalt- und Meldebekundigungen, Universitätsausweise, Personalausweise, Geburtsurkunden, Taufschne, Eheschließungsbekundigungen, ferner Pressekarten, Waffenscheine, Zulassungsurkunden für Kraftwagen, Steuerbücher der Stadt Berlin für 1924, Empfangsbekundigungen der Finanzämter, Steuerüberweisungsblätter, Bescheinigungen über Steuerfreiheit. Erwähnt seien weiter Zulassungskarten zum Reichsausgleichsamt und Bescheinigungen des Auswärtigen Amtes, daß gegen ein Verweilen zu Studienzwecken in Berlin keine Bedenken bestehen, sowie Photogramme von Unbedenklichkeitsklärungen aus etwa 40 Finanzämtern und von Sichtvermerken aus etwa 30 Postämtern. Nach diesen Photogrammen sind Rissees zum Teil bereits angefertigt. Neben den unausgefüllten Pässen sind aber auch zahlreiche schon gefälschte und, nach den Sichtvermerken zu schließen, von den Inhabern schon bereits reichlich benutzte und

dem Archiv (!) der Werkstatt zur vorläufigen Aufbewahrung

wieder übergebene Pässe gefunden worden, so für den kommunistischen Reichstagsabgeordneten Eberlein auf den Namen Friedrich Baman, für Koenen auf den Namen Arnold Dreper, für die Leiterin des kommunistischen Frauensekretariats Braunthal auf den Namen Marija Stumpf, für Thelmann, den Vorsitzenden der kommunistischen Reichstagsfraktion, gleich zwei falsche Pässe und für die Seele der KPD, die Abgeordnete Ruth Fischer, ein von ihr bereits in England gebrauchter falscher Schweizer Paß auf den Namen Liliane Edith Bohardt.

Vogel mit Firmenaustrud

haben sich außer den bereits bekanntgegebenen von folgenden Geschäftsbüroen vorgefunden:

Benz, Generalvertretung der Nordischen Maschinen-Gesellschaft m. b. H., Einkaufsbureau Berlin; Die Deutsche Nation, Zeitschrift, Berlin; Kohn, Rosenbaum u. Co., Berlin; Nordist Transport und Expedition, Berlin; Julius Borchardt, Bureaubedarf, Berlin; Jentelverein deutscher Kaufschulwaren-Fabriken, Berlin; Verlag Buch und Zeit, Berlin; Welt am Abend, Berlin; Westa, Berlin; J. Fernbuch, Damentonkellerei, Berlin; Max W. Vogel, Holzwaren, Berlin; Ute Bernbaum AG., Berlin; Ludwig Subitatis u. Co., Berlin; Bronzo, Berlin; Nacht u. Soloman, Berlin; Büßing, Motorwagen, Berlin; Ruder, Charlottenburg; Martin Wall, Holzgroßhandlung, Charlottenburg; Pokenst u. Pöllner, Schulbedarf bei Tegel; Dreslein u. Koppel, Spandau; Berliner Buch- und Kunstvertrieb, Jossen; Deutsche Bobco und Wilcox Dampfmaschinenwerke; Junter u. Co., Dessau; Volenz u. Co., Köln-Chrenfeld; Hoffmann u. Co., Werkzeugfabrik, Köln; Allgemeine Kommissionen-Gesellschaft, Duisburg; Steinberg u. Heinrich Eisen; Heinrich Gundlach, Mannheim; Solinger Hütte, Uslar; Wesslinger Gußwerk, Wessling; Bayerische Dominator Verkaufsgesellschaft, München; Grundmann u. Busch, Leipzig; Wilhelm Morell Aktiengesellschaft, Leipzig; Max Ganger u. Co., Chemnitz; Walter Eisenreich, Plauen i. V.; Max Wiedumit, Magdeburg; Versicherungsgesellschaft Thüringa, Erfurt; Louis Eilers, Hannover-Herrenhausen; Gloria-Werk, Bremen; Winters u. Bih, Bremen; Carl E. Meyer, Bremen; H. A. Julius Heile, Bremen; Geographische Industrie, Hamburg; Rudolph u. Co., Wilhelmshaven.

Die KPD war also mit Hilfe dieser Fälschungswerkstatt imstande, jede beliebige Person von der Wiege bis zur Bahre mit falschen Ausweisen je nach Erfordernis auszustatten.

Deutschnationale gegen Deutschnationale.

Geisler als Aläger. — Deutschnationale haben ihn satt.

Eine Lokalkorrespondenz meldet:

Wegen Beleidigung des Reichstagsabgeordneten Geisler war der Redakteur der „Deutschen Handelsnachricht“ in Hamburg, das Organ des Deutschnationalen Handlungsgewerkschaftsverbandes, angeklagt. Abgeordneter Geisler fühlte sich durch ein Rundschreiben des Angeklagten an die vaterländischen Organisationen beleidigt, in dem abfällig die Sammelstätigkeit des Abgeordneten Geisler für den Fonds zur Bekämpfung des „Terrors“ beurteilt worden war. Der Angeklagte, der durch Justizrat Hahn verteidigt wurde, erklärte, daß in der Gemeinschaft

der vaterländischen Verbände eine starke Stimmung bestehe, Geisler kalt zu stellen. Man habe seine Sammelstätigkeit mißtrauisch beurteilt und er sei von verschiedenen Seiten aufgefordert worden, dagegen Stellung zu nehmen. Abgeordneter Geisler bestritt entschieden, daß gegen ihn derartige Bedenken in vaterländischen Kreisen erhoben worden seien. Der Angeklagte berief sich dagegen auf das Zeugnis des Geschäftsführers der Fichte-Gesellschaft in Hamburg und auf den Deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Alfred Roth vom Deutschnationalen Schutz- und Trutzbund. Nach langen Erörterungen kam das Gericht zum Zweck weiterer Beweisaufnahme zu einer Verurteilung.

Ist schon der Verleumder und Ehrabschneider Geisler als Aläger in einer Verleumdungsklage eine imposante Erscheinung, so muß es noch besonders erheben wirken, zu sehen, daß der von der Volkspartei zu den Deutschnationalen herübergewechselte Geisler sich nunmehr auch mit seinen neuen Freunden verbrüdet hat. Wenn man sich daran erinnert, wieviel Staub und Schmutz Geisler bei seinem Austritt aus der Volkspartei aufwirbelte, kann man sich auch bei diesem Skandal auf manches gefaßt machen. Es ist schon seit langem kein Geheimnis mehr, daß die vaterländischen Verbände an ihrem „Führer“ keine ungeteilte Freude mehr haben. Neu ist immerhin, daß dabei Geldaffären eine nicht unbedeutende Rolle spielen sollen. Seltsam, daß es im „nationalen“ Lager immer anfängt, fengerich zu riechen, wenn dieses Kapitel angeknüpft wird!

Was gedenkt der Nationalheros Geisler nunmehr zu unternehmen? Aus der Volkspartei ist er in dem Augenblick ausgegliedert, in dem er ausgeschlossen werden sollte. Mit den Deutschnationalen hat er sich verbrüdet. Die vaterländischen Verbände sind seiner überdrüssig. Es sollte uns nicht wundern, wenn Ehrengerister eines Tages beim „Reichsbanner Kasse!“ anpöcht. So manch einer aus dem deutsch-vaterländischen Lager hat schon den Versuch unternommen. Allerdings mit dem ihm gebührenden Erfolg!

Der Wahlsieg in Goslar.

Die Sozialdemokraten gewinnen zwei Mandate.

Goslar, 16. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Ueber das Ergebnis der am vergangenen Sonntag in Goslar stattgefundenen Bürgerwahlen (Stadterordnetenwahlen) haben die bürgerlichen Nachrichtenbüros falsche Angaben verbreitet. Die Sozialdemokratie hat nicht sechs, sondern sieben Siege erobert, während die bürgerliche Rechtsblockliste nur acht und nicht neun Siege im Stadiparlament erhielt. Die Demokraten brachten es auf fünf, die Hausbesitzer auf drei Mandate. Der Mandatsergebnis für die Sozialdemokratie beträgt zwei Siege. Die Sozialdemokratie ist die einzige Partei, die bei der Wahl keinen Stimmenverlust zu verzeichnen hatte. Sie behauptete sich glänzend, während alle anderen Parteien Stimmen einbüßten, und zwar zusammen nicht weniger als 8000.

„Gegenmaßnahmen“.

Bayerische Volkspartei gegen Zentrum.

München, 16. Oktober. (Eig.) In einem Artikel über das Ergebnis des Würzburger Parteitag der Bayerischen Volkspartei schreibt die „Bayerische Volkspartei-Korrespondenz“ u. a.: Die Diskussion, die über das Verhältnis der Bayerischen Volkspartei zum Zentrum geführt worden ist, hat wieder deutlich gezeigt, daß die Wege der beiden Parteien trotz ihrer Verwandtschaft nach wie vor in grundlegenden Fragen auseinander gehen. Der Kampf, den das Zentrum gegen die Bayerische Volkspartei führt, hat die Form eines Partisanenkrieges angenommen, der bei aller Wahrung sachlicher Gesichtspunkte nicht nötig wäre. Daß diese bedauerliche Haltung des Zentrums in der Pfalz nahe legen muß, an Gegenmaßnahmen, die sich bisher auf Bayern beschränken, zu denken, ist nicht verwunderlich.

Deutsche Hilfe für Petersburg.

Moskau, 15. Oktober. (W.T.B.) Der deutsche Geschäftsträger von Radowich handigte dem Volkskommissar für Auswärtiges Tschitcherin im Namen der Reichsregierung 1000 Goldrubel für die durch die folgenschwere Ueberschwemmung in Peningrad Betroffenen ein.

Tschitcherin dankte mit herzlichen Worten und erklärte, er sehe in der hochherzigen Spende eine von ihm im gegenwärtigen Moment besonders begrüßte sympathische Kundgebung, die seine Hoffnung auf weitere Vertiefung der gegenseitigen Beziehungen stärke.

400 Menschen in Ostibirien ertrunken.

Moskau, 15. Oktober. (W.T.B.) Im Bezirk Nikolajewsk am Amur ist durch einen starken Sturm das Wasser so hoch gestiegen, daß zwei Ansiedlungen überschwemmt sind. Es sind ungefähr 400 Menschenopfer zu beklagen. Große Schäden wurden den Fischereien zugefügt.

Die tschechische Zensur.

Prag, 16. Oktober. (W.T.B.) Die Stellung des Justizministers Dolansky (tschechisch-herikal. Red.) gilt als erschütternd, da die der Regierung angehörenden Sozialdemokraten und andere Parteien den Rücktritt des Ministers energisch fordern. Diese Forderung hängt damit zusammen, daß die Zensur, die unter dem Einfluß des Ministers steht, nicht nur gegen die deutsche Oppositionspresse seit Jahr und Tag scharf vorgeht, sondern vor allem auch damit, daß die Zensur in der letzten Zeit unmaßstäblich gegen jede antiliterarische Kritik in den tschechischen sozialistischen Blättern einschreitet.

Ein Dank aus Mexiko.

Für den Empfang Calles' in Deutschland.

Der Verband der Eisenbahner Torres Y Acosta in Mexiko hat folgendes Schreiben an den Reichspräsidenten über gerichtet:

„Die Leitung des Eisenbahnerverbandes Torres Y Acosta hat in ihrer ordentlichen Sitzung beschloffen, für die Beweise tiefer Sympathie aufrichtig zu danken, die das deutsche Volk dem General Plutarco Elias Calles erwiesen hat, der die Hoffnung des mexikanischen Volkes ist. Sie bringt dabei zum Ausdruck, daß General Calles Ehrenmitglied des Eisenbahnerverbandes ist, weshalb auch wir an den Sympathiebekundigungen teilhaben, die dem künftigen Führer unserer Regierung erwiesen wurden. Wir benutzen diese Gelegenheit, um Sie mit aller zutreffenden Hochachtung zu begrüßen und Ihnen zum Ausdruck zu bringen, daß eine freundschaftliche Aufnahme unseres Schreibens und zu unserer geglierten Ehre reichen würde.“

Zusammenlegung von Stade, Brunshausen und Staderand. Die städtischen Kollegen der Stadt Stade einerseits und die Gemeindeausschüsse der Gemeinden Brunshausen und Staderand andererseits haben Eingemeindungsverträge abgeschlossen, die vom Oberpräsidium genehmigt wurden.

Im Freistaat Oldenburg finden die Gemeindevahlen für das ganze Gebiet des Freistaats am 9. November d. J. statt.

Gewerkschaftsbewegung

Der Magistrat vom Zentralauschuß korrigiert.

In der Lohnstreitfrage der Kammereibetriebe gegen den Berliner Magistrat fällt die Tariffschiedsstelle am 7. Oktober einen Schiedsspruch, der dahin ging: „Die Löhne der männlichen Hollarbeiter werden vom 1. Oktober 1924 ab um 3 Pfennig für die Stunde erhöht. Die Bedingelohnbasis liegt um 3 Pfennig unter den Stundenlohnbasen. Die Vorarbeiterzulage erhöht sich von 4 auf 5 Pfennig für die Stunde.“ Die Arbeitnehmer stimmten dem Schiedsspruch zu, vor allem deswegen, weil dieser Spruch, obwohl durchaus unzulänglich, keine Befristung vorsah, während der Magistrat an seine Zustimmung die Voraussetzung knüpfte, daß sich die Parteien an die Lohnregelung bis 31. Dezember d. J. gebunden erachteten. Diese Zusatzforderung des Magistrats, die eine Bindung der Arbeiterschaft vorsah, konnte angesichts der unzulänglichen Erhöhung der Löhne von den Arbeitern nicht angenommen werden. Der Schiedsspruch war demzufolge vom Magistrat abgelehnt. Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter hat daraufhin den Zentralauschuß angerufen, der in seiner Sitzung vom 16. Oktober den Schiedsspruch der Tariffschiedsstelle bestätigte und damit das Verlangen des Magistrats auf Bindung bis zum 31. Dezember d. J. ablehnte. Bei den Verhandlungen vor dem Zentralauschuß wurde besonders darauf hingewiesen, daß es des Berliner Magistrats unwürdig sei, die Lohnfestsetzungen für die städtischen Arbeiter den Schiedsstellen aufzuhängen. Es müsse verlangt und erwartet werden, daß der Berliner Magistrat in wirklichen Verhandlungen mit den Organisationen der Arbeiterschaft zu einer Verständigung zu kommen versuchen müsse.

Tatsache ist, daß sich beim Magistrat, dem man wirklich zu Unrecht das Prädikat „sozialistisch“ anhängt, der Brauch eingebürgert hat, „grundsätzlich“ alle Lohnforderungen abzulehnen, auch wenn sie noch so bescheiden sind und ihre Berechtigung vom Magistrat selbst durchaus anerkannt sind. Man läßt sich erst vor die Schlichtungsinstanzen schleifen, auch wenn man von vornherein bereit ist, die Forderungen im wesentlichen zu bewilligen. Daß durch eine solche Taktik die Mißstimmung nur noch gefördert wird, hat man im hohen Magistrat, wo man auch gleichfalls über die Hungerlöhne der — Bürgermeister unzufrieden ist, offenbar noch nicht begriffen.

Die Eisenbahner kündigen das Lohnabkommen.

Wie die B.S.-Korrespondenz zu melden weiß, haben die Eisenbahnerorganisationen gestern beschlossen, das Lohnabkommen mit der Reichsbahn-Gesellschaft zu kündigen und die Kündigung heute bereits einzureichen. Die Gewerkschaften fordern eine Beantwortung ihrer Forderungen in möglichst kurzer Zeit, da die Stimmung unter den Eisenbahnern, auch der Beamten und Arbeiter, die den gemäßigten christlichen Verbänden angehören, eine außerordentlich erregte ist.

Scharfmacherei in der Musikinstrumenten-Industrie.

Nach neundwanziger Absperrung, die im Januar d. J. vom Arbeitgeberverband der Berliner Musikinstrumenten-Industrie vom Jan. gebrochen wurde, ist am 14. Mai ein Abkommen geschlossen worden, das einen Tariflohn für Facharbeiter von 81 Pfg. vorsah. Dieses Abkommen wurde zum 18. Oktober vom Holzarbeiterverband gekündigt und infolge der sich täglich steigenden Preise für alle Gegenstände des täglichen Bedarfs eine Lohnausgleichsforderung von 17 Proz. erhoben. Diese Forderung zu erheben, sind die Arbeitnehmer des Gewerbes schon deswegen berechtigt, weil die Arbeitgeber im Juli d. J. sämtlichen Akkordarbeitern einen Abzug von etwa 10 Proz. gemacht haben. Auf das Ersuchen des Holzarbeiterverbandes, Verhandlungen einzuleiten, wurde mit einem ablehnenden Entschluß geantwortet; ja darüber hinaus macht sich der Fabrikantenverband an, die Forderung eines weiteren Lohnabbaus von 10 Proz. aufzustellen.

Interessant ist die hierfür gegebene Begründung: Die Arbeitgeber behaupten, die Musikinstrumentenarbeiter ständen mit ihrem Lohn an der Spitze aller Berliner Industriegruppen; die Fabrikanten wären zurzeit nicht konkurrenzfähig und hätten keine Aussicht auf Weiterentwicklung und dauernde Beschäftigung. Dies alles sei Grund genug, einen Lohnabbau durchzuführen.

Die Tatsachen zeigen das Gegenteil. Die Musikinstrumentenindustrie hatte sowohl in der Inflationszeit, wie auch jetzt, Hochkonjunktur und erzielt für ihre Produkte geradezu sabelhafte Gewinne, die noch durch Lohndruck und Ausbeutung der Arbeiterschaft gesteigert werden. Mit den rigorosesten Mitteln wird gegen Arbeiter, die eine bessere Stellung erhalten wollen, vorgegangen. Mit Konventionalkraft werden diejenigen Firmen bedacht, die es wagen, diese Arbeiter einzustellen, ohne hierzu die Genehmigung des hochwohlwollenden Arbeitgeberverbandes zu besitzen! Noch rigorosere geht man gegen diejenigen Mitgliedsfirmen vor, welche etwaige Lohnausgleiche ihren Arbeitern im Betriebe gewähren; darauf folgt eine Strafe von 5000 Mark. Ein weiteres Mittel,

dessen sich die Arbeitgeber sehr gern bedienen und auch zurzeit wieder angewandt haben, ist die Sperre des Arbeitsnachweises. Die Mitgliedsfirmen der Musikinstrumentenindustrie sind angewiesen, zurzeit keinerlei Einstellungen neuer Arbeitskräfte vorzunehmen, obwohl 40 bis 60 Erwerbslose in Arbeit gebracht wurden. Vielleicht hat hier das Bundesarbeitsamt die Möglichkeit, sich mit diesen Herrschaften zu beschäftigen.

So sieht das lokale Arbeitgebertum dieser Industrie aus, das seine Existenz dem Arbeiterkriege verdankt. Hungerpeinliche und Verunsichernde sind die Mittel, mit denen die Arbeiterschaft gefügig gemacht werden soll. Die Berliner Musikinstrumentenarbeiter werden diese unerträglichen Fesseln beseitigen und für ihre Existenz und Freizügigkeit zu kämpfen wissen; dafür bürgt ihre Organisation, der Deutsche Holzarbeiterverband!

Lohnbewegung der Handelshilfsarbeiter im Einzelhandel.

Die Handelshilfsarbeiter haben durch ihre Organisation, den Deutschen Verkehrsbund, eine Lohnforderung für die Zeit ab 5. Oktober in Höhe von 15 Proz. den Arbeitgebern im Einzelhandel unterbreiten lassen. In der ersten Verhandlung konnten die Parteien zu keinem Resultat kommen. Die Arbeitgeber waren nur bereit, eine ganz kleine Lohnerböschung zu gewähren. Die Arbeitnehmer machten ihren letzten Lohnvorschlag in Höhe von 82, 83 und 84 M. In der Verhandlung am Mittwoch erklärten die Arbeitgeber, daß sie nur eine Zulage von 1,50 M. pro Woche gewähren können, und waren bereit, bis auf 1,75 M. zu geben. Nachdem die Arbeitnehmer auch diese Vorschläge ablehnten und dadurch die Verhandlungen zu scheitern drohten, erklärten die Arbeitgeber sich bereit, dem von den Arbeitnehmern gemachten letzten Vorschlag zuzustimmen. Das Lohnabkommen hat Geltung bis zum 31. Dezember. Tarife sind gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches im Bureau des Deutschen Verkehrsbundes, Engelauer 24/25, Zimmer 82, zu haben.

Einzelhandel in Not!?

Mit dieser Tagesordnung fand am Mittwoch eine stark besuchte Mitgliederversammlung der Fachgruppe Einzelhandel im Zentralverband der Angestellten statt, in der zu dem am 6. Oktober vom Schlichtungsausschuß gefällten Schiedsspruch Stellung genommen wurde. Obwohl lediglich die Gehaltsregelung für September zur Debatte stand, hatte der Vorsitzende, Gewerberat Körner, es dennoch für notwendig gefunden, die für September gestellten Forderungen abzuzeichnen und einen Schiedsspruch zu fällen, der sich über die Monate Oktober bis Dezember erstreckt. Ungeachtet der starken Teuerung auf allen Gebieten der Lebenshaltung und ohne Berücksichtigung der unsicheren Wirtschaftslage in den nächsten Monaten weist der zustandgekommene Schiedsspruch in den meisten Positionen nur ganz unwesentliche Verbesserungen auf, so daß es den Angestellten vollkommen unmöglich ist, für eine Geltungsbauer von drei Monaten das Risiko eines derart unzulänglichen Gehaltsaufschusses zu tragen. Der Schiedsspruch, der gegen die Stimmen der Beisitzer, lediglich vom Gewerberat Körner gefällig wurde, kommt den Wünschen der Arbeitgeber weit entgegen und berücksichtigt die von den Einzelhändlern in bewegten Worten geschilderte „Not des Einzelhandels“. Wie es um diese „Notlage“ bestellt ist, schilderte Gattjucht in eindringlichen Worten und unter Hinweis auf Erfahrungen, die nicht nur jedem Einzelhandelsangestellten, sondern auch jedem Verbraucher bekannt sein dürften. Wohl gibt es eine Notlage im Einzelhandel! Aber nicht die Arbeitgeber sind die Leidtragenden, sondern die 33 000 Berliner Einzelhandelsangestellten, in deren Lebensinteresse der gefällte Schiedsspruch niemals Wirklichkeit werden darf. In der vorgenommenen Abstimmung wurde der Schiedsspruch einstimmig abgelehnt.

Lohnbewegung im Textilgroßhandel.

Am Mittwoch nahm eine äußerst stark besuchte Versammlung der Handelshilfsarbeiter, -arbeiterinnen und Mustermacherinnen aus allen Betrieben des Textilgroßhandels Stellung zu ihrer Lohnbewegung. Nachdem Walter vom Deutschen Verkehrsbund in einleitenden Worten einen Ueberblick gegeben hatte über die Bewegungen und Kämpfe im gesamten Handel, gab Rinnig den Bericht über den Stand im Textilgroßhandel. Große Erbitterung rief der Hinweis des Redners hervor, daß die Arbeitgeber in einer Verhandlung im Juni vor dem Schlichter sich bereit erklärt hätten, in der im August einfindenden Konjunktur über eine Erhöhung der Löhne mit dem Deutschen Verkehrsbund zu verhandeln, während sie jetzt trotz guter Konjunktur eine angemessene Erhöhung der Löhne ablehnen, weil sie angeblich nur mit Verlust arbeiten.

Da fast alle Arbeitgeber, die nicht dem Arbeitgeberverband des Großhandels angehören, ohne weiteres die Löhne ihrer Handelshilfsarbeiter schon vor längerer Zeit ganz bedeutend erhöht haben, erscheinen die Angaben über die Gründe der Ablehnung nicht glaubhaft. Die Versammlung beschloß einstimmig, daß in den Betrieben, die zurzeit noch die Sätze des alten Vertrages bezahlen, oder aber nur wenig darüber, am Donnerstag und Freitag 11 u. a. s. t. m. u. n. g. vorgenommen wird, um durch Arbeitsniederlegung eine den Verhältnissen entsprechende tarifliche Festlegung der Löhne zu erzwingen. Die Kollegen der Betriebe, in denen schon heute be-

deutend über die alten Sätze gezahlt wird, verpflichten sich, mit allen Mitteln ihre kämpfenden Kollegen zu unterstützen.

Wir eruchen die Vertrauensleute aller Betriebe, auf die Kollegen in den nächsten Tagen zu achten, wir werden dann die betroffenen Betriebe bekanntgeben.

Klassenjustiz.

Bei Arbeitsstreitigkeiten zwischen Bauunternehmern und Bauhandwerkern waren von den letzteren in Siegen Streikposten aufgestellt worden. Auf Antrag der Bauunternehmer wurde vom Amtsgericht Siegen eine einstweilige Verfügung erlassen, in der den Bauhandwerkern aufgegeben wurde, bei Weidung einer Geldstrafe von 1000 Goldmark für den Fall der Zuwiderhandlung die beim Hauptbahnhof in Siegen und auf den Baustellen der Antragsteller aufgestellten Streikposten einzuziehen und keine Arbeitergruppe mehr zur Stilllegung der Bauten der Antragsteller zu entsenden. Den Antragstellern wird aufgegeben, binnen zwei Wochen die Antragsgegner zur mündlichen Verhandlung über die Rechtmäßigkeit der einstweiligen Verfügung vor das Gericht der Hauptfache zu laden. Gründe: Die Antragsteller haben durch Verlegung von eidesstattlichen Versicherungen glaubhaft gemacht, daß die Streikposten und Truppe von Arbeitern durch Drohungen und andere Gewalttätigkeiten die arbeitswilligen Bauarbeiter einschließlich der Lehrlinge daran hindern, die Arbeit fortzusetzen. Durch die eidesstattlichen Versicherungen haben die Antragsteller auch glaubhaft gemacht, daß die Streikposten und die Arbeitsgruppen durch die Antragsgegner zu diesen Handlungen bestimmt worden sind. Dies Verhalten der Antragsgegner schädigt die Antragsteller und verstößt gegen die guten Sitten (§ 826 BGB.), so daß die Antragsteller einen Unterlassungsanspruch gegen die Antragsgegner haben. Bei der Dringlichkeit des Falles ist daher die getroffene einstweilige Verfügung gemäß §§ 935 ff., 942 ZPO. gerechtfertigt.

Anmerkung der Redaktion: Wenn, wie diese einstweilige Verfügung des Amtsgerichts Siegen erklärt, durch Streikposten gegenwärtige Handlungen vorgenommen wurden, so ist es Sache der Justizbehörden, diese Handlungen zu ahnden. Es ist aber nicht Sache des Amtsgerichts Siegen, die am sich rechtmäßige Ausübung des Streikpostens zu verbieten. Mit derselben Gewalt könnte man dem Amtsgericht Siegen die Ausübung seiner Funktionen verbieten, weil es in dieser Sache eine rechtswidrige einstweilige Verfügung erlassen hat.

Die Arbeitszeit in der Schwerindustrie.

Dortmund, 16. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Bei den Schlichtungsverhandlungen über die Arbeitszeitregelung für die Metallindustrie, Nordwestliche Gruppe, wurde heute folgender Schiedsspruch gefällt:

„Nachdem seit der letzten Regelung nicht die erhoffte wirtschaftliche Besserung der Lage der Eisen schaffenden und verarbeitenden Industrie eingetreten ist, werden die bisherigen Bestimmungen über die Arbeitszeit, die in dem Abkommen vom 13. Dezember 1923 und dem für verbindlich erklärten Schiedsspruch vom 14. Juni 1924 enthalten sind, sinngemäß bis zum 28. Februar 1925 verlängert. Die Aufgaben des bisherigen Schiedsgerichts werden dem tariflichen Ausschuss übertragen. Falls vor Ablauf der Regelung durch Ausführungsbestimmungen zur Arbeitszeitverordnung oder durch Gesetz eine Regelung in Kraft tritt, die Vorstehendem widerspricht, so ist eine 14-tägige Kündigung frühestens bis zum Termin des Inkrafttretens der Ausführungsbestimmungen oder des Gesetzes zulässig. Die Erklärungsfrist läuft bis zum 18. Oktober 1924.“

Die Gewerkschaften werden am Donnerstag zu obigem Schiedsspruch Stellung nehmen. Nach aller Voransicht ist eine ablehnende Haltung der Metallarbeiterverbände zu erwarten.

<p>Sitzung, HSB-Apparatefabrik! Heute nachmittags 4 Uhr in der Schulstra. 6 Versammlung aller Arbeiterinnen und weiblichen Angestellten. Tagesordnung: 1. Tageslohn. 2. Waschen in den erwerbsfähigen und politischen Kampf! Referentin Gen. Rothke. 3. Die politische Lage und unsere Aufgaben. Referent Gen. R. d. A. Fritz. 4. Freie Ausrede. Referent Gen. R. d. A. Fritz. 5. Freie Ausrede. Referent Gen. R. d. A. Fritz.</p>	<p>Sitzung, Bergmann, Rosenhof! Montag nachmittags 4 Uhr in Schneiders Fehlfeld, Rosenhof, Versammlung aller SPD-Genossen. Tagesordnung: 1. Die politische Lage und unsere Aufgaben. Referent Gen. R. d. A. Fritz. 2. Freie Ausrede. Referent Gen. R. d. A. Fritz. 3. Freie Ausrede. Referent Gen. R. d. A. Fritz.</p>
---	---

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter.

Sitzung, HSB-Betriebe! Die Funktionäre, Betriebsräte und Vertrauenspersonen, sowie die Mitglieder des alten Verbandes sind, werden zu heute, Freitag, abend 7 Uhr nach dem Bureau zu einer wichtigen Sitzung eingeladen. Die Verhandlung.

Verantwortlich für Politik: Gen. R. d. A. Fritz; Wirtschaft: Keine Sekretärin; Gewerkschaftsbewegung: R. d. A. Fritz; Funktionäre: Dr. John Schittowski; Solales und Sonstiges: W. d. A. Fritz; Anzeigen: W. d. A. Fritz; Sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, Stern 2 Beilagen.

Große Reklame-Woche

von heute bis einschließlich Donnerstag, den 23. Oktober
für unsere vorzüglichen Qualitäten

Malz- und Kornkaffee

aus eigener Mälzerei und Rösterei

Allerfeinste Qualität Pfund 42 Pf. Hochfeine Qualität Pfund 34 Pf. Feine Qualität Pfund 28 Pf.

- Wer 1 Pfund kauft, erhält 1 1/2 Pfund
- Wer 2 Pfund kauft, erhält 3 Pfund
- Wer 4 Pfund kauft, erhält 6 Pfund
- Wer 8 Pfund kauft, erhält 12 Pfund



147 Geschäfte

In Groß-Berlin

Um die Straßenbahn.

Verkehrsdebatte im Stadtparlament.

Die Stadtverordnetenversammlung verbande noch den größten Teil ihrer gestrigen Sitzung auf die in der vorigen Sitzung begonnene Erörterung der Verkehrszustände Berlins, im besonderen der Straßenbahnunfälle, deren auffällige Häufung in den letzten Monaten die Bevölkerung so sehr beunruhigt hat. Was die Stadträte Adler und Schöning in Beantwortung der an den Magistrat gerichteten Anfragen ausführten, befriedigte die Stadtverordneten nicht. Für die sozialdemokratische Fraktion betonte Genosse Reuter, daß die Straßenbahn-G. m. b. H., in die das Unternehmen umgewandelt worden ist, in sozialer Hinsicht doch nicht ihre Pflicht getan hat. Die Behandlung von Straßenbahnangestellten, die viele Jahre und Jahrzehnte im Dienste der Stadt gestanden haben, sei unvereinbar mit der Würde und dem Ansehen Berlins und das diesen Leuten widerfahrne Unrecht müsse wieder gutgemacht werden. Unser Redner wies darauf hin, wie richtig die Auffassung der Fraktion gewesen ist, daß bei einer Verringerung der wirtschaftlichen Verhältnisse auch das Straßenbahnunternehmen wieder gefunden werde. In schwieriger Zeit habe die Stadt ausgehalten und so sei es gelungen, ihr den Besitz der Straßenbahn zu sichern.

Der Vorsitzende Genosse Haß eröffnete die gestrige Sitzung um 5 1/2 Uhr mit dem Ausdruck der Freude über die glückliche Oceanfahrt und Landung des J. R. 3 in Amerika. Magistrat und Versammlungspräsident haben einen Glückwunschspruch nach Friedrichshafen gerichtet. Im Gegenatz zur Haltung ihrer Fraktionsgenossen im Landtage begnügten sich die Kommunisten im Rathaus mit einigen höhnischen Zwischenrufen. Vorweggenommen wurde die Dringlichkeitsvorlage des Magistrats, durch welche die Unterstützungspflicht für die laufend Unterhaltenen, für die Sozial- und Kleinrentner insofern eine Erhöhung erfahren sollen, daß sieben Ächel (statt bisher drei Viertel) des Dreißigfachen des amtlichen Lebenshaltungsindex vom 1. Oktober d. J. ab zugrunde gelegt werden. Die Vorlage kam ohne wesentliche Erörterung zur Annahme.

Die von uns schon mitgeteilte Anfrage unserer Genossen zu dem Revirement Helmke-Benede ging an den Magistrat. Die Vorlage wegen

Erhöhung der Löhne der städtischen Arbeiter und Arbeiterinnen

am 25. Mai 1924 und wegen Lohnregelung derselben am 1. Juni 27. Juli 1924 wurden mit einer von Stoll (Komm.) beantragten Erweiterung zugunsten der ständigen Angestellten und des in Krankenanstalten beschäftigten Personals angenommen; auf der rechten Seite man an dieser Erweiterung aber keinen Geschmack, und als es nicht gelang, das Vorhandensein einer Mehrheit dafür in Zweifel zu ziehen, beantragte Dr. Caspari (D. Sp.) eine dritte Vorlage, die in der nächsten Woche erfolgen wird. — Zur Beschaffung von Brennstoffen für Sozialrentner usw. wurden 788 000 M. bewilligt.

Sodann legte die Versammlung die vor 8 Tagen begonnene Erörterung der Anfragen und Anträge über

Die Berliner Verkehrsverhältnisse und die Unfälle im Betriebe der Straßenbahn

fort. Stadtbaurat Adler gab zunächst eine Reihe statistischer Ziffern über die Zunahme des Verkehrs und der Verkehrsunfälle. Er stellte dann fest, daß auch die Fahrgeschwindigkeit gesteigert worden ist und daß die Straßenpflasterungen und unterirdischen Leitungsanlagen ebenfalls die Sicherheit des Fahrzeugverkehrs beeinträchtigen. Die Bremsen seien bei allen vorgenommenen Unfällen und Zusammenstößen in Ordnung gewesen. Ob die Luftdruckbremse oder die elektrische Bremse den Vorzug verdiene, sei ständig untersucht worden; es habe sich ergeben, daß im Notfall bei der Luftdruckbremse die Entgleisungsgefahr größer ist. Auch wirtschaftlich sei die elektrische Bremse der Luftdruckbremse bei weitem überlegen. In fast allen deutschen und ausländischen Großstädten, selbst in Moskau, sei man zur elektrischen Bremse übergegangen. Die Polizei werde in aller-

eine neue Verkehrsregelung

durch Verfügung einführen, welche die Straßen Berlins in Verkehrsstraßen erster und zweiter Ordnung einteilen und spezielle Vorschriften für den Verkehr der Autos, Pferdewerke usw. in beiden Kategorien enthalten wird. Notwendig sei gegenüber der starken Zunahme des Gesamtverkehrs sowohl eine stärkere Selbstdisziplin des Publikums wie auch eine beträchtliche Vermehrung des Fuhrparks bei sämtlichen Verkehrsunternehmungen. Hochbahn, Straßenbahn, Omnibusgesellschaft hätten auch bereits namhafte Bestellungen auf Wagen usw. gemacht, um den Betrieb zu verstärken bzw. neue Linien auszustatten. Das wichtigste Verkehrsmittel für Berlin bleibe die Untergrundbahn; neue Schnellbahnen seien ja auch im Bau oder geplant. Die jetzt unrentable Stadtbahn würde durch Elektrifizierung rentabel gemacht werden können. Daneben sei jedoch die Straßenbahn für Berlin unentbehrlich und dem Omnibus überlegen, wenn sie auch, weil an die Schiene gebunden, für den Gesamtverkehr in gewissem Sinne ein verkehrsverminderndes Moment bilde. Eine Reihe neuer Straßenbahnlinien in den Außenbezirken habe eine starke Hebung und Belebung des Verkehrs zur Folge gehabt. Der Abbau der Pferdewerke schreite stetig fort; sie würde bald ganz aus dem Bilde Groß-Berlins verschwunden sein. Stadtrat Genosse Schöning äußerte sich u. a. über die Frage der Arbeitszeit der Straßenbahner. Er gab zu, daß in der Kriegs- und Nachkriegszeit deren Lohn- und Arbeitsverhältnisse sich verschlechtert hätten; man habe von Stadt wegen, wollte man den Betrieb überhaupt fortsetzen, an den Löhnen und an der Arbeitszeit nicht vorübergehen können. Aber in letzter Zeit seien die Löhne verbessert worden. Alle nach beiden Richtungen getroffenen Maßnahmen seien im Einklang mit den Gewerkschaften erfolgt. Der Redner legte ein Exemplar der heute geltenden Lohnsätze auf den Tisch des Hauses nieder. Daß die Straßenbahn-Betriebs-G. m. b. H. eine reaktionäre Institution sei, bestritt er auf das Entschiedenste; sie könne ihre Lohn- und Sozialpolitik durchaus verantworten. (Widerpruch bei den Kommunisten und auch auf der Zuhörertribüne.) Schöning (D. Sp.) erwartete von der Vermehrung des Wagenparks der Verkehrsbetriebe eine erhebliche Verbesserung der gegenwärtigen Verhältnisse. Müller-Franken (Wirtsch.-Partei) zog in seiner sonst sehr berechtigten Kritik der heutigen Unzulänglichkeiten in der Regelung des heutigen städtischen Berliner Verkehrs auch gegen den ambulanten Straßenhandel zu Felde. Im Aufsichtsrat der Straßenbahn-Betriebs-G. m. b. H. sei durchaus nicht alles in Ordnung; dort liege ein Teil der Schuld an der heutigen Misere, indem man das alte, eingearbeitete Personal, das 20, 25 Jahre und länger im Dienst gestanden, einfach um seine Rechte gebracht und entlassen habe. (Stürmische Zustimmung bei den Sozialdemokraten und Kommunisten und auf der Tribüne.) Dr. Michollis (Dem.) nahm den Aufsichtsrat und die Straßenbahnverwaltung gegen die Angriffe des Vorredners in Schutz. Genosse Reuter: In weiten Kreisen, nicht nur bei unseren Genossen, besteht trotz der Ausführungen des Stadtrats Schöning die Auffassung, daß

der Aufsichtsrat seinen Verpflichtungen gegen das Personal nicht gerecht geworden

ist. Vor allem ist mit dem älteren Personal in einer Weise verfahren worden, die sich mit der Ehre und Würde eines solchen großen städtischen Betriebes nicht verträgt. (Lebhafte Beifall.) Auch die jetzigen Lohnsätze sind noch nicht befriedigend. Daß es unseren Bestrebungen gelang, bei der Gründung der G. m. b. H. den Besitz der Straßenbahn für die Stadt zu erhalten, kann uns nur mit Genugtuung erfüllen. Wir haben seinerzeit unsere Zustimmung zur Gründung der G. m. b. H. nur gegeben unter der Bedingung, daß die Angestellten in betrieblicher Weise sichergestellt würde; und die Erregung darüber, daß es damit nicht zum Besten steht, ist durchaus verständlich. Aus der jetzigen Misere kommen wir nur heraus, wenn wir das Vorhandene möglich auszubauen versuchen. Erstrecklicher Weise hat der Oberbürgermeister die Pflicht der Gemeinde, in dieser Richtung alles auszubieten, noch jüngst sehr scharf betont. Berlin hat ja denn auch in den letzten Jahren seine Pflicht, die Verkehrswege auszubauen, getan, während die AEG, wahrscheinlich sehr froh wäre, von ihren Projekten von 1919 wieder loszukommen. Berlin muß und wird

die ganze gewaltige Verkehrsfrage sowohl organisatorisch wie praktisch mit aller Energie in den nächsten Jahren in Angriff nehmen.

In der Straßenbahnverwaltung wird offenbar etwas gar zu selbstherrlich verfahren; das Verkehrswesen ist einzig und allein auf Kosten der Knochen der Angestellten und Arbeiter verbessert worden. (Zustimmung und Widerspruch.) Gewiß bestand eine Zwangslage, aber mit der Inflation läßt sich bei weitem nicht alles entschuldigen, was da Unschönes geschehen ist. (Lebhafte Beifall.) Stoll (Komm.): Zur Regelung des Verkehrswirrwarrs gehört auch die Beseitigung der schamlosen Ausbeutung des Personals der Autobusse. Die Umstellung des städtischen Straßenbahnbetriebes auf die Betriebs-G. m. b. H. geschah ja doch nur, um das Personal zu einem großen Teil auf die Straße werfen zu können. Gegen die Behauptung, daß die Arbeitszeit und die Löhne mit Zustimmung der Gewerkschaftsorganisationen normiert worden sind, muß entschiedenste Verwahrung eingelegt werden. Lange (Z.) erblickte eine Hauptursache des jetzigen Mißstandes in der Verfürgung der Fahrzeit in einem Moment, wo die Fahrer ohnehin die Fahrzeit nicht einhalten konnten. Ein weiterer schwerer Fehler sei mit der

verehrten Personalpolitik der G. m. b. H. begangen worden. Nicht 9 Stunden, wie Stadtrat Schöning behauptet, sondern 11 Stunden und mehr dauere die Arbeitszeit der Straßenbahner. Den schwergeschädigten Dispensierten müsse endlich Gerechtigkeit widerfahren. Ein Skandal sei die Behandlung der Festangestellten, die einfach entlassen wurden, wenn sie nicht binnen 3 Tagen auf ihre Rechte verzichteten! Die Gründung einer besonderen Gesellschaft für die Grünau-Schmöldwitzer Uferbahn sei ansehend der Vorläufer des Bestrebens, die Straßenbahn von der Stadt Berlin loszubekommen. Dem müsse ein Riegel vorgeschoben werden. Der Aufsichtsrat der G. m. b. H. habe hier gegen das Statut verstoßen. Es müsse jetzt nachgeprüft werden, ob nicht die G. m. b. H. wieder zu verschwinden habe und Berlin

Die Straßenbahn als städtischer Betrieb wie früher

weiter führe. (Lebhafte Beifall.) Nachdem Richard Kunze (Deutschsozial) gesprochen hatte, schloß die Beratung. Im Schlußwort für den Antrag der Deutschnationalen ließ sich noch dahin vernehmen, daß man mit der G. m. b. H. nicht nach einem Jahre schon wieder experimentieren könne.

Die Abstimmung wird erst in der nächsten Sitzung vorgenommen werden. Die übrigen Beratungsgegenstände wurden vertagt. Schluß nach 9 Uhr.

Die Kundgebungen der Frauen.

Die letzten Frauenerfassungen in den einzelnen Stadtteilen fanden am gestrigen Donnerstag statt, und zwar in den Arminiusfelsen, im Arzbeim Greifswalder Straße und in der Hohenzollernschule Böttcher Straße, sowie in Lichtenberg, Biesdorf, Weißensee und Pantow. Die Genossinnen Marie Kunert, Minna Todenhagen, Klara Bohn-Schuch, Anna Geyer, Gertrud Hanna, Luise Köhler und Elisabeth Riediger referierten. Gesänge, ernste Rezitationen und Darbietungen der Arbeiterjugend vertrieben auch diesmal den stark besuchten Kundgebungen eine festerliche Note. Man erkennt in diesen Versammlungen, daß die Politik sich im Leben der Frau einen Platz erobert hat. Die große Tat der Sozialdemokratischen Partei, für das Frauenwahlrecht eingetreten zu sein, beginnt langsam ihre Früchte zu tragen. Die Frau aus dem Volke weiß zu gut, daß sie allein zu schwach ist, den Kampf aufzunehmen. Sie weiß, daß sie in der Partei die Kräfte kommen, die auf ihre Befreiung hinarbeiten. Aus dieser festen inneren Heberzeugung heraus stehen die denkenden Frauen geschlossen hinter der für sie einzig in Frage kommenden Sozialdemokratischen Partei, deren Wertbewußtse die auch eintrübsvoll und würdig verlaufen mußte.

In den letzten Versammlungen führten unsere Genossinnen etwa folgendes aus: Viele Wähler und Wählerinnen haben bei der letzten Reichstagswahl nicht mit dem Verstand, sondern nach dem Gefühl gewählt. Die Sozialdemokratie, die stets und allein für ein Frauenwahlrecht eingetreten war, erntete im Mai noch nicht den Dank der Frauen. Sie seien den bürgerlichen Parteien nach. Böllig unverständlich ist es, wie Frauen z. B. die Nationalsozialistische Partei wählen konnten, nachdem diese Partei es abgelehnt hatte. Frauen als Kandidaten aufzustellen. Trotzdem ist auch in diesem Reichstag einiges für die Frauen erreicht worden. Aber die Frau wäre schlecht beraten, die alles Heil von den Parlamenten erwartet. Den Kampf für die Erweiterung der sozialistischen Einrichtungen und Befehle zu unterstützen, ist dringende Pflicht der Frauen. Die Er-

Der Mittelweg.

Von Sir Philip Gibbs.

Zum zwanzigsten Male ging Bertram Bollard an die Tür seines kleinen Studierzimmers und horchte. Außer dem langsamen Ticken einer großväterlichen Uhr, die am anderen Ende des engen Treppenhofes stand, und seinem eigenen Atmen, das ihm so laut wie noch niemals schien, war nichts zu hören.

Die Stille seines in der Holland Street in Kensington gelegenen Hauses war ihm fürchterlich. Und doch, sie war besser als die hastigen Schritte des Arztes oder das Rascheln des gestärkten Kleides der Pflegerin und des seltsamen, nicht beschreibbaren Geräusches, als ob oben ein schwerer Gegenstand über den Fußboden geschleift würde. Wasser war ausgegossen worden, ein Glas war heruntergefallen und zerbrochen und hundert andere Geräusche hatten ihn, der nur an seine Frau und die Schmerzen, in denen sie lag, denken konnte, entseßlich gemarrert.

Ein- oder zweimal hatte er ihr Stöhnen gehört und war dann in seine Stube zurückgekehrt, hatte die Tür geschlossen und „o Gott“ vor sich hingestöhnt. Nichts weiter als diese zwei Silben, aber die immer und immer wieder.

In seinen eigenen vier Wänden, zwölf zu vierzehn Schritt, wie er von Fußleiste zu Fußleiste unzählige Male zur Veruhigung seiner gequälten Nerven gemessen hatte, betete und suchte er, ja er hatte sogar geweint. Er war unaufhörlich auf- und abgeschritten, hatte sich dann einen Augenblick an den Schreibtisch gesetzt, dann wieder seine Sitten an die Wand gepreßt, sich an den Raminims geklammert, die Fäuste geballt, sie wieder geöffnet und — im ganzen einen lächerlichen Mangel an Selbstbeherrschung gezeigt.

Ueber seine eigene Feigheit entsetzt, hatte er ein- oder zweimal zu sich selbst gesagt: „So geht es nicht weiter!“ und dann die Worte hervorgehohlet, die ihm schon früher manchmal geholfen hatten, als Lote dicht um ihn gehäuft lagen und er es nur dem Zufall verdankte, daß er nicht mit unter ihnen war: „Halt die Ohren steif, mein Junge!“

Das hatte ihm sein Vater zugerufen, wenn er mit dem Pony gestürzt war oder sich ein Knie aufgeschlagen hatte: „Halt die Ohren steif, Junge!“ Es war eine Art Familien-

tradition und hatte ihm im Kriege in der Beherrschung seiner Nerven, dem Ertragen von Schmerzen und dem Verbergen von Furcht und Schrecken gute Dienste geleistet. Aber jetzt, wo Joyce oben in Schmerzen lag, nützte es nichts. Nicht ein bißchen. Nicht ein verfluchtes kleines bißchen.

Er dachte an die vergangenen Monate zurück. Was für ein Untier war er gewesen. Wieviel Schweres und Entseßliches ließ das Leben die Frauen leiden, wenn dieses eintrat. Joyce hatte sich das Kind nicht gewünscht. Sie ahnte die Qualen voraus. Ihre Bangigkeit aber hatte sie mit ihrem gewohnten Mut vor ihm zu verbergen gesucht. Dieses Mädchen mit dem Bubentopf, die sich nicht sehen ließ, wenn ihre Nägel nicht frisch manikürt waren, und die so schlant und zerbrechlich wie eine Watteausche Schäferin war, hatte den Mut und die Standhaftigkeit ihrer ganzen Familie und vieler Frauen ihrer Klasse. Bei der Jagd, in Kaminen und bei Luftangriffen hatte Bertram es oft genug beobachtet. Mehr als dies Kind mit den Goldhaaren — so nannte er sie damals — hatte er sich erschreckt, als eine Bombe die Tür des Hauses, in dem sie einen Abend der Londoner Kriegszeit durchtanzten hatten, zerschmetterte. Sein Herz hatte einen Augenblick ausgefetzt, obgleich er Major einer Maschinengewehr-Abteilung war. Joyce hatte sich aber mit sicherer Hand eine Zigarette angezündet und mit klarer ungebrochener Stimme lachend gerufen: „Das ging daneben, Bruder Boche.“

Am gleichen Abend hatte er sie gefragt, ob sie ihn heiraten würde, wenn er das Glück hätte, durch den Krieg zu kommen. „Das Glück ist bei dir, und meine Liebe wird dich schützen“, hatte sie geantwortet, wie er sich jetzt erinnerte und immer erinnern würde.

Damals war ihm solche Zukunft wie das große Glück erschienen. Jetzt hatte er sich schon oftmals fragen müssen, ob das Glück nicht bei jenen gewesen war, die sich schon vor Schluß der Ausstellung davongemacht hatten. Eine Menge Quälerei und Schinderei war ihnen erspart geblieben, diese ganze aufreibende Angelegenheit, zu der das Leben der Nachkriegszeit mit seinen großen Enttäuschungen und seinem Wirrwarr und seiner Rätselhaftigkeit wurde.

Eines dieser Rätsel war die Ehe. Um aller Unruhe zu entfliehen, war Bertram in sie hineingegangen. Seltsam — alles, was er fürchterliches schon gesehen hatte, wollte er aus seinem Gedächtnis löschen. Eine Erholungskur für Körper und Seele, die beide von den unaufhörlichen Bombenangriffen

reichlich durchgerüttelt und aus dem Gang gebracht worden waren, sollte es werden.

Die Heirat mit Joyce schien ihm wie ein reines und unverdientes Glück. Er glaubte dadurch zu dem Ideal des vollkommenen Schönen zu gelangen, das nach den Worten seines Freundes Christy das Geheimnis und unerreichte und unerreichbare Ziel des Lebens war.

„Das Schöne im Leben“, sagte Christy, als sie im Graben zwischen Henencourt Chateau und den Ruinen von Albert saßen, „das Schöne im Leben ist Gottes Urwille im Himmel wie auf Erden.“ Er sagte dies, obgleich er sonst für alle religiösen Fragen nur ein spöttisches und ironisches Lächeln hatte.

„Schönheit ist der kostbare Ausdruck von Wahrheit und Glück. Dem Körper sowohl wie der Seele, dem Materiellen und dem Geistigen muß die Freiheit zu ihrer Entfaltung gegeben werden. Nur wenn diese Übereinstimmung erreicht wird, hat man die Vollkommenheit oder Göttlichkeit erlangt. Wir, Major, haben von unserm kleinen dreitägigen Krieg bis dorthin noch ein hübsches Stückchen vor uns.“

Das waren Christys Worte gewesen und Bertram hatte ihn als einen widerlichen Pazifisten, einen albernen Schaumschläger verspottet und dazu noch häßliche und tränkende Bemerkungen gemacht über diese Entschuldigungen für des Freundes Gesicht, das verteuft stark von den Linien vollendeter Schönheit abwich.

Aber er hatte an Christys Worte denken müssen, als er mit Joyce in die St. Mary Abbots Kirche trat. Sie ging neben ihm — er sah sie jetzt so vor sich, obgleich sie dort oben lag — groß, schlant mit wie aus Gold geponnenem kurzen Haar, ruhig und vollkommen selbstbeherrschend. „Wie schön sie ist!“ murmelten die Frauen in der Menge, die draußen in der High Street Kensington vor der Kirche warteten, und Bertram stimmte ihnen von ganzem Herzen bei. Sie war das Schöne, nach dem seine Seele während viereinhalb Jahren voller Schmutz und Häßlichkeit gebürstet hatte. Sie war die Schönheit, das vollendete Leben, das zu ihm gekommen war. Dies hatte er ihr an dem ersten Abend gesagt, als sie allein in dem kleinen Haus in der Holland Street waren, das sie mit eigenem Geld und kühner Extravaganz ausgestattet hatte. Mit antiken Möbeln und phantastischen Tapeten und einer Leidenschaft für grellbunte Seidenkissen, in die sie mit einem kurzen Schrei der Begeisterung zu versinken pflegte.

(Fortsetzung folgt.)

haltung und der Ausbau des Achtstundentages bedeutet Verkürzung der Arbeitszeit, Verlängerung der Freizeit und damit kultureller Aufstieg. Die Gleichstellung der Frauen in der Erwerbstätigkeit, der notwendige Schutz für Mutter und Kind, die Beseitigung der Straffparagrafen für Eingriffe in das werdende Leben und vieles andere mehr sind Fragen, die des Kampfes der Frauen wert sind. Bei allen Anträgen und Anregungen, die in diesen Dingen von den sozialdemokratischen Frauen in den Parlamenten vorgebracht wurden, standen sie allein. Auch die bürgerlichen Frauen verfielen hier. Die bevorstehende Reichstagswahl wird Gelegenheit geben, den am 4. Mai begangenen Fehler wieder gutzumachen. Die Frauen müssen Freude an der Mitarbeit haben, müssen selbst sehen, wie mit ihrer Hilfe Großes geschaffen wird. Großes und Schönes für ihre Familie. Die Arbeit an der Familie bedeutet Arbeit und schließlich auch Erfolg für die Allgemeinheit. Wirken die Frauen in diesem Sinne, so werden sie ihrer ursprünglichen natürlichen Aufgabe näher kommen und sie schließlich ganz erfüllen. Die Sozialdemokratie zeigt den richtigen Weg zu dieser Arbeit. Nur in der Partei des schaffenden Volkes wird die Frau ihre Aufgabe richtig erkennen.

Als Abschluss der bisherigen Veranstaltungen findet heute im Saalbau Friedrichshagen um 7 1/2 Uhr eine künstlerische Abendfeier statt, die für alle Teilnehmer eine wahrhafte Feierstunde zu werden verspricht.

Die Abbaufomödie.

Am Mittwoch sagte im Rathausfoal die Bezirksversammlung Berlin-Mitte wiederum bis in die mitternächtliche Stunde. Es kam zu sehr lebhaften Auseinandersetzungen, sowohl wegen des Abbaues des SPD-Stadtrates Kühne als auch wegen der Dezeratsverteilung durch den Bürgermeister Schneider. Am 17. September hatte die bürgerliche Mehrheit den Magistrat ersucht, seinen Beschluß, nur zwei Stadträte abzubauen und auf die zwei die Stelle Rosenow anzurechnen, aufzuheben und dabei dem Magistrat eine Frist zur Beantwortung gestellt. Der Magistrat rief die Entscheidung des Oberpräsidenten an, der entschied, daß dem Zweck der Abbauperordnung entsprechend zur Ersparrung von Besoldungsumläufen die Stelle Rosenow anzurechnen sei.

Nachdem nun die bürgerliche Mehrheit mit Unterstützung der Kommunisten den Beschluß gefaßt hatte, auch den Abbau Kühnes zu empfehlen, hatte der Bezirksvorsitzungsleiter Rechtsanwalt Dr. Kunz aus eigener Rechtswelt in den Beschluß die Einfügung gemacht, „mit sofortiger Wirkung“. Kühne mußte also wie jemand, der sich einer Straftat schuldig gemacht hat, seine Amtsgewalt verlassen und kann jetzt bei vollem Gehalt pausieren gehen. So steht also der Erparnisabbau aus! Die Genossen Riese und Brendel ließen zwar sehr heftig Sturm gegen dieses Vorgehen, doch änderte es an dem Stand der Sache im Augenblick nichts. Genosse Thomas sagte vor allem den Kommunisten die Wahrheit, erinnerte sie daran, daß es die SPD war, die sich vor ihren kommunistischen Stadtrat stellte, als dieser wegen eines Fehlers im Verkehr von den bürgerlichen Parteien befehligt werden sollte und das Disziplinarverfahren gegen ihn anhängig gemacht wurde. Jetzt aber finden wir stets die Kommunisten im engen Bunde mit den Rechtsparteien. Infolge des Ausscheidens von drei beabsichtigten Stadträten mußte der Bürgermeister Schneider eine neue Dezeratsverteilung vornehmen. Dabei erhielt der bisherige Wohnungsdezernent Wohlfahrtsdezernat, während der Syndikus das Wohnungsreferat erhalten hat. Auch hiergegen wurde Sturm geschlagen und von kommunistischer Seite erklärt, daß sie für einen Mißtrauensantrag gegen den Bürgermeister zu haben sei. Ueberhaupt zeichnete sich der Verlauf der Sitzung dadurch in einer sehr unangenehmen, ja abschreckenden Weise aus, daß die drei Arbeiterparteien dauernd aufeinander loshadden zum großen Vergnügen der bürgerlichen Mehrheit, die ruhig war und ruhig blieb.

Auch ein „Schuß“mann.

„Wie aus dem Irrenhaus entsprungen“.

Eine nächtliche Schießerei, die von einem Polizeiwachmeister verübt wurde, der nach den einstimmigen Befundungen der Zeugen, wie ein Mörder um sich schloß und dabei von drei Brüdern, harmlosen Passanten, zwei schwer verletzt und einen tödlich, war der Gegenstand einer Verhandlung, die die Berufungsinstanz des Landgerichts I in eingehender Beweisaufnahme beschaffte. Die Vorgänge, die die Verhandlung enthielt, klingen so ungläublich, daß man einem Zeugen beipflichten mußte, der aussagte, daß ihm der Schußmann wie ein direkt aus dem Irrenhaus Entsprungen vorgekommen sei.

Am 1. Dezember d. J. wurde die Stille der Nacht in der Kaumerstraße durch mehrere Schüsse unterbrochen. Passanten eilten herbei, Fenster wurden geöffnet und man sah einen Mann im Ankleiden liegen, ein anderer lief mit erhobenen Händen auf dem Bürgersteig hin und her und bildete die Zielscheibe für einen Schußpöbelen, bis er getroffen zu Boden stürzte. Gleich darauf kam ein dritter Mann aus dem Hause Kaumerstraße 11. Es war der Bruder der beiden am Boden Liegenden, die ihm zuriefen, er solle ihnen Hilfe holen, der Schußmann habe sie überfallen. Als der Angerufene nun davon eilte, lief ihm der Polizeibeamte mit dem Revolver in der Hand nach, rief selbst um Hilfe, gab Notsignale und schloß dabei fortwährend auf den Dahinliegenden. Hinter der nächsten Ecke wurde dieser auch von seinem Verfolger eingeholt und durch mehrere Schüsse zu Boden gestreckt. Die Ueberfallenen waren die drei Brüder Ernst, Friedrich und Karl Lukas, die als Chauffeur in dem Hause Kaumerstraße 11 beschäftigt waren und von ihrer Arbeitsstätte friedlich gekommen waren. Auf die Signale des Schußmannen war dann sofort eine Polizeistreife eingetroffen, die drei Verletzten wurden zur Rettungswache gebracht, wo der Schußmann, der Polizeiwachmeister Wolter, ihre Personalien feststellen ließ. Auf dem Wege von der Rettungswache, wo sie zuerst hingebracht worden waren, zum Krankenhaus verstarb der eine der Betroffenen, Ernst Lukas. Gegen die anderen beiden Brüder wurde Anklage wegen Körperverletzung erhoben, da Wolter behauptet hatte, daß er „von den drei Brüdern Lukas überfallen und mißhandelt“ worden sei. Das Schöffengericht hatte Karl Lukas freigesprochen und Friedrich Lukas zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Gegen das Urteil war von Rechtsanwalt Bahn Berufung eingelegt worden. Die neue Verhandlung ergab ein ganz anderes Bild. Es waren eine Unmenge von Augen- und Tatzeugen geboten worden. Der Angeklagte Friedrich Lukas bestritt, daß sie den Schußmann in irgendeiner Weise befehligt hätten. Es sei gerade das Gegenteil der Fall gewesen. Sie seien um 3 Uhr nachts aus ihrer Garage gekommen. Vor der Tür sei ihm eingefallen, daß er noch Geld, das seinem Chef gehöre, in dem Auto liegen hatte, und er sei umgekehrt, es zu holen. Als er zurückkehrte, hätten seine beiden Brüder am Boden gelegen und sein Bruder Ernst hätte ihm zugerufen: „Hilfe!“ Wir sind von dem Schußmann überfallen und niedergeschossen worden“, hatte der andere Bruder gerufen. Er sei nun sofort davongelaufen, um Hilfe herbeizuholen. Der Schußmann habe ihn mit Schüssen verfolgt. Als er um die Ecke gekommen war, hätte ihn eine Kugel getroffen und er sei zu Boden gestürzt. Darauf sei Wolter über ihn hergestürzt, habe auf ihn gefeuert und ihn mit dem Revolver, mit Faustschlägen und dem Seitengewehr noch schwerer mißhandelt. Der Verteidiger forderte auf Grund des einwandfrei festgestellten Tatbestandes die Freisprechung des Lukas. Nach kurzer Beratung kam das Gericht ebenfalls zu einer Freisprechung des Angeklagten Friedrich Lukas.

An den Urteilsgründen führte Landgerichtsdirektor Paulus aus: „Die Angaben des Tatzeugen Polizeiwachmeisters Wolter, daß er von den Brüdern Lukas angegriffen und mißhandelt worden sei, müssen nach Ansicht des Gerichts die allerbedeutendsten Bedenken erregen. Gegen den Zeugen Wolter spricht der Umstand,

daß er vernünftige Angaben über die Zeit von 1 bis 3 Uhr nicht machen könne. Anscheinend hat er Alkohol zu sich genommen. Das Gericht nahm auch an, daß Walter betrunken war. Im übrigen hat die Beweisaufnahme ergeben, daß die Angaben Wolters, er habe in Notwehr gehandelt, durchaus ungläubwürdig erscheinen. Nach den Befundungen der Zeugen sind die Brüder Lukas ruhige und besonnene Menschen, bei denen von einem Gräueltäter nicht die Rede sein kann. Es fehlt für sie der Grund, eine so schwere Tat, wie den Angriff auf einen Beamten, zu vollführen. Das Gericht hat nach allen diesen Gründen nach eingehender Beratung unter Berücksichtigung der glaubwürdigen Zeuenausagen die Ueberzeugung gewonnen, daß von einer Notwehr keine Rede sein kann. Der Wachmeister Wolter hat auf den wehrlosen Friedrich Lukas geschossen und auch noch in dem Zeitpunkt, als derselbe am Boden lag. Von einer Mißhandlung und Verletzung Wolters durch die Brüder Lukas könnte keine Rede sein, denn der Arzt Dr. Cohn hätte eine Verletzung des Wachmeisters auf der Rettungswache nicht bemerkt. Das Gericht hat daher in keiner Weise als feststehend erachtet, daß der Angeklagte sich der Körperverletzung schuldig gemacht habe und hat ihn unter Aufhebung des ersten Urteils freigesprochen.

Nach der Urteilsverkündung äußerte der Angeklagte Friedrich Lukas: „Herr Vorsitzender, bekomme nun nicht der Wolter, der so viel Unheil angerichtet hat, seine gerechte Strafe? Der Vorsitzende erwiderte ihm darauf: „Da müssen Sie sich an den Herrn Staatsanwalt wenden.“

Gegen die Jaungäste des Rundfunks.

Die Behörden kündigen schonungslos Vorgehen an.

Nachdem seit Inkrafttreten der Verordnung zum Schutze des Rundfunkverkehrs vom 8. März 1924 inzwischen mehr als 6 Monate vergangen sind und wiederholt in Wort und Schrift auf die aus der Errichtung und dem Betrieb nicht genehmigter Funkanlagen sich ergebenden Folgen nachdrücklich hingewiesen worden ist, kann Kenntnis dieser Bestimmungen als Entschuldigungs- oder Milderungsgrund bei der Feststellung geheimer Funkanlagen nicht mehr angesehen werden. Die ebenfalls schon vor mehreren Monaten erfolgte Neuregelung des Rundfunks gibt jedermann die Möglichkeit, auf rechtliche Weise gegen Zahlung der geringen Gebühr von monatlich 2 M. als Privatteilnehmer am Rundfunk sich zu beteiligen. Ebenso ist allen denen, die sich als Besitzer mit der Funkerei beschäftigen wollen, eine Befähigung gegen Zahlung der gleichen Gebühr von monatlich 2 M. ermöglicht. Trotzdem hat es den Anschein, als ob es immer noch nicht ganz gelungen ist, dem Treiben der sog. „Schwarzhörner“ ein Ende zu bereiten. Im Interesse einer gesunden Weiterentwicklung des deutschen Rundfunks, der dazu berufen ist, ein wichtiges Kulturmittel zu werden und der daher mit allen gesetzlichen Mitteln vor den sein Weiterbestehen bedrohenden Gefahren geschützt werden muß, ist es deshalb erforderlich, dem Schwarzhörern rücksichtslos entgegenzutreten. Jeder Fall der Errichtung nichtgenehmigter Funkanlagen wird ungeachtet der Staatsanwaltschaft zur Strafverfolgung und Einziehung der geheimen Anlage übergeben werden. Ferner wird nach rechtskräftiger Verurteilung die Beschlagnahme des Strafurteils — unter Namensnennung — durch den in Betracht kommenden Rundfunkreferat veranlaßt werden. Etwasige Anträge auf Genehmigung von Anlagen, die nach deren Einbedeutung gestellt werden, sollen bis nach Erledigung des Strafverfahrens zurückgestellt werden.

Als der Ehemann nach Hause kam . . .

Diebstahl zwischen Ehegatten kann nicht bestraft werden, aber Mütter oder Väter gehen nicht frei aus! Eine Ehefrau lebte von ihrem Manne getrennt mit ihrer Cousine zusammen. Diese veranlaßte, um jener zu helfen, ihren Bräutigam, eine Karte zu schreiben, um den Ehemann aus seiner Wohnung zu locken und um Gelegenheit zu bekommen, die Wohnung auszuräumen. Die günstige Gelegenheit kam auch. Ein Fuhrmann wurde bestellt und kräftige Träger angenommen. Als der Ehemann nach Hause kehrte, fand er sein Heim in einem trostlosen Zustande. Die Aufräumung war so gründlich gewesen, daß auch Gegenstände einer anderen Mieterin, vor allem eine Briettaische mit circa 11000 Mark bei dieser Gelegenheit ver schwand. Dafür hatten sich die Beteiligten vor Gericht zu verantworten. Der Verteidiger machte für die Angeklagten geltend, daß sie von der Ehefrau falsch unterrichtet gewesen seien und daß zu mindestens die Fuhrleute überhaupt gar nicht gewußt hätten, worum es sich eigentlich handelte. Die Cousine der Ehefrau und ihr Bräutigam mußten ihre Helfersdienste mit Geldstrafen von 100 bis 150 M. büßen.

Der kleine Zettel.

Ein großer Einbruch wurde in der Nacht zum gestrigen Donnerstag bei der Firma Arnold Müller in der Tauentzienstraße 8 verübt. Die Diebe stiegen nach dem Ergebnis der Feststellungen wahrscheinlich erst um 6 Uhr früh über die eiserne Gittertür, die sie dann von innen aufschloßen, drangen dann mit Gewalt durch die Haustür vor und erbeuteten für etwa 40000 Mark Kleider, Pelze, Mantel usw., ohne von den beiden Wächtern, in deren Obhut das Haus steht, bemerkt zu werden. Als man den Einbruch gestern morgen entdeckte, fiel der Verdacht auf, daß ein Auto, das um 7 Uhr morgens von dem Grundstück abgefahren war, damit im Zusammenhang stehe. Kriminalbeamte der Dienststelle B. 1. 5. verfolgten unverzüglich diese Spur. Sie führten nach einem Quartier in der Schönwalder Straße. Hier war die Beute auch bis zehn Minuten vor der Ankunft der Beamten gewesen. Sie war gerade weggeschafft worden. Die Spur wurde nun weiter verfolgt und endete in der Blumenstraße. Hier war zunächst nichts zu finden, bis eine Frau sich etwas verdächtig machte. Die Beamten forschten sie auf, ihnen die Wohnung zu einer Durchsuchung aufzuschließen. Als sie nun den Schlüssel aus der Tasche zog, entfiel ihr ein kleiner Zettel. Es war eine Geschäftsanzzeichnung der bestohlenen Firma. Jetzt wußten die Beamten genug. Sie holten den Mann von seiner Arbeitsstelle, durchsuchten jetzt auch den Keller und fanden hier die ganze Beute bis auf fünf Mantel. Der Mann gab zu, die Sachen kurz vorher in Verwahrung genommen zu haben. Während die Beamten noch mit ihm zu tun hatten, erschien ein junger Mann, der einen der gestohlenen und noch fehlenden Mantel trug, ein 20 Jahre alter Bruno Prządka. Er wurde festgenommen und gestand, daß er beim Wegschaffen der Sachen beteiligt gewesen sei. Er leugnete aber die Teilnahme an dem Einbruch selbst.

Das Rundfunkprogramm.

Freitag, den 17. Oktober.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:
4.30—6.30 Uhr abends: Unterhaltungsmusik (Berliner Funkkapelle). Während der Pausen: „Ratschläge fürs Haus“. 6.30 Uhr abends: Vortrag des Herrn Dr. Hans Bollmann: „Der Sport an den deutschen Hochschulen“. 7 Uhr abends: Wege zum Wissen: „Von Putschkin bis Tolstoi“. 7.45 Uhr abends: Vortrag des Herrn Dr. phil. Leyhausen, Leiter des Sprechers an der Universität Berlin: „Sprechkunst und Sprechlehre“. 8.30—10 Uhr abends: Volksliederabend, abgeführt vom Berliner Mandolinen- und Lautenorchester (E. V. 1896) und vom Mandolinenklub „Sonate“ (1907) — Dirigent: Karl Henze). 1. Volksliederreihe, zusammengestellt von Henze. 2. Jetzt gang i ans Brünnele, Siloher. 3. Nun leb' wohl, du kleine Gans, Siloher. 4. Tuore Heimat, Kromer. 5. Leise sehen meine Lieder, Serenada, Schubert. 6. Paraphrase über das Lied: „Soi gegrüßt, du mein schönes Sorrent“, Waldmann-Heins. 7. Paraphrase über das Volkslied: „Die Königskinder“, Henze. 8. Aus der Jugendzeit, Rathke. 9. Home sweet Home, englisches Volkslied. 10. Il mare non (Der Matrose), italienisches Volkslied. 11. La bella paloma (Die schöne Taube), spanisches Volkslied. 12. Flöcker kommen singend an der Wolga: „Hell scheint der Mond“, russisches Volkslied. Anschließend: Dritte Bekanntheits der neuesten Tagesnachrichten, Zeitanzeige, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theaterdienst.

Man vermutet, daß die Bande aus fünf Mann besteht und daß auch die vier anderen jeder einen gestohlenen Mantel gleich angezogen haben. Mitteilungen zur weiteren Aufklärung werden an Kriminalkommissar Dr. Koch im Zimmer 93a des Polizeipräsidiums erbeten.

Zum Kapitel Wohnungselend.

Das Darunterliegen des Baumarktes als Folge der wirtschaftlichen Depression hat bisher die erfolgreiche Bekämpfung der Wohnungsnot verhindert. Die Wirksamkeit der Wohnungsnotzwangsverordnungen liegt insofern mehr auf negativem als auf positivem Gebiete, als sie mit Rücksicht auf die Knappheit vorhandener Wohnungen die wenig zahlungsfähigen Bevölkerungsteile vor Ueberverteilung durch zahlungskraftige Mieter schützt. Immerhin finden sich in den vorhandenen Bestimmungen so viele Lücken, daß auch die bestgemeinten Verordnungen und Beschlüsse erfolgreich sabotiert werden können. Ein Beispiel — aus vielen herausgegriffen — möge das illustrieren:

Der Gastwirt Schulze hatte im Jahre 1920 dem Wohnungsamt seine Dreizimmerwohnung wegen Bezuges nach Rheinsberg zur Verfügung gestellt. Er betreibt seine Gastwirtschaft heute noch im Nordwesten der Stadt, da seine Frau schwer erkrankt, nicht nach außerhalb gehen konnte. Allerdings muß er sich, da er seine Wohnung abgeben hatte, heute mit einem minderwertigen Räume neben seinem Geschäft begnügen. Dieses Zimmer dient auch dem Aufenthalt der schwer unterleibstranken Frau.

Das Wohnungsamt sprach, diesen Verhältnissen Rechnung tragend, Schulze eine Wohnung von 3 Zimmern auf dem Grundstück Beußstraße 44h zu, Räume, die im Hinterhause nicht benutzt, ehemals aber für Büroanwehne verwendet wurden. Diese Zimmer standen bis dahin zur Verfügung eines Pastors Bohn, der, obwohl in Erfurt ansässig, auf demselben Grundstück vorn 3 Treppen eine Fünfstimmwohnung inne hat. Pastor Bohn ist Generalsekretär der Eitschkeitsvereine. Bis jetzt hat Pastor Bohn, obwohl die Beschlagnahme bereits 1923 erfolgte, der Freigabe der unbenutzten Räume Widerstand entgegengesetzt. Wiederholt hat er Protest gegen die Beschlagnahme erhoben, obwohl das Mietvertragsamt der Beschlagnahme zustimmte. Eine von ihm an das Wohnungsamt gerichtete Beschwerde wurde an das Wohnungsamt zurückverwiesen mit dem Vermerk, die Beschlagnahme aufzuheben. Auf die Beschwerde, die nun der Gastwirt Schulze an das Wohnungsamt richtete, wurde vor nunmehr 6 Wochen wiederum die Beschlagnahme der ungenutzten Räume verfügt. Resultat: der mit zwei Wohnungen geeignete Pastor Bohn legt seinerseits Protest gegen die Beschlagnahme ein. Nun „schwebt“ die Sache beim Mietvertragsamt.

Der Herr Pastor Bohn handelt offenbar nach der Devise: Zeit gewonnen, alles gewonnen. Wenn Gastwirt Schulze mit seiner schwerkranken Frau Glück hat, kann er vielleicht das Ende dieser eigenartigen Auseinandersetzung erleben. Formell ist alles in Ordnung, Pastor Bohn muß nur von den ihm zustehenden „Rechten“ Gebrauch und der Pensionslehre der Eingaben und Beschwerden zwischen den Instanzen sichern ihm den Nießbrauch von Räumlichkeiten, die bisher nur zum Unterstellen von allerlei Geschäften dienen. Indessen haust Herr Schulze — nur ein Gastwirt — mit seiner kranken Frau in seiner stehenden Herberge weiter. Seit 1920.

Die Erkrankungen im Landwärtigen Schwesternheim.

Zu den Erkrankungen im Schwesternheim des Landwärtigen Krankenhauses, dem St. Hildegard-Haus, erfahren wir, daß von den vier am schwersten erkrankten Schwestern drei bereits wieder fieberfrei sind und daß auch bei der vierten Schwester keine Lebensgefahr mehr vorliegt. Die übrigen leichter erkrankten Schwestern und Schwestern des Heimes, 15 an der Zahl, sind ebenfalls völlig fieberfrei, so daß keine Gefahr für sie besteht. Im übrigen wird vom Chefarzt des Landwärtigen Krankenhauses, Dr. Silberstein, mitgeteilt, daß es sich bei den Erkrankungen mit größter Wahrscheinlichkeit um den sogenannten Paratyphus 8 handelt, der mit dem gewöhnlichen Typhus nicht verwechselt werden darf und in den meisten Fällen nicht so gefährlich ist wie dieser. Der Infektionserd, der nicht im Krankenhaus, sondern im Mutterhaus lag, ist festgestellt und isoliert, so daß irgendwelche Gefahr für die Insassen des Krankenhauses selbst niemals bestanden haben.

Für die Angehörigen von taubstummen, erkrankten, schwerhörigen und sprachleidenden Kindern im vorschulpflichtigen Alter hält mit Genehmigung des Ansehens für das Taubstummenwesen der Direktor der städtischen Taubstummenschule Schorsch, in seinem Amtszimmer, Berlin, Albrechtstraße 27, jeden Freitag von 9—11 Uhr vormittags eine pädagogische Sprechstunde ab.

Eine neue Speiseausgabestelle eröffnet der städtische Ausschuss für Volksspeisung am Sonnabend, den 1. November d. J. im Saale des Restaurateurs Penfel, Potsdamer Str. 3.

Feuer im „Böhmischen Brauhause“. In der Landsberger Allee kam im Böhmischen Brauhause am Donnerstag nachmittag Feuer aus. Dort brannte bei Ankunft der Feuerwehr ein Auto in einem Schuppen. Es gelang, die Flammen auf ihren Herd zu beschränken.

Selbstmordversuch einer gewerkschaftlichen Ladenhebin. Vor einigen Tagen wurde eine Ladenhebin verhaftet, die gerade im Begriff war, Gegenstände zu entwenden. Die Verhaftete versuchte Selbstmord zu verüben und beachte sich mit einer Schere einen Stich im Unterleib bei. Im Krankenhaus wurde eine Verletzung der Leber festgestellt. Die Kunst der Witzler wird trotz der schweren inneren Beschädigungen die Berichte am Leben erhalten. Der Erkennungsdienst der Kriminalpolizei stellte fest, daß der von der Verhafteten genannte Name falsch ist und daß man es hier mit der gewerkschaftlichen Ladenhebin Razevich zu tun hat. Sie wurde nach der Lazarettabteilung des Untersuchungsgefängnisses gebracht.

Ein neuer Winterabruf mit einer Eisenbahnkarte in sehr übersichtlicher Anordnung ist soeben zu dem mäßigen Preise von 1 Mark im Elekto-Verlag in Dessau erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben.

Ein „Arno“-Holz-Abend findet am Sonnabend, den 18. Oktober 1924, abends 7 1/2 Uhr, in der Aula des „Arno“-Realgymnasiums, Kopenhauer Str. 76, statt. Vortragende ist Elise Beder. Eintrittskarten zum Preise von 0,50 M. sind im Bezirksamt Friedrichshagen, Markstraße 49, Zimmer 36, beim Pförtner und an der Abendkasse zu haben.

Selbstmord eines Arztes. Der aus unbekanntem Gründen von der Staatsanwaltschaft verhaftete Mainzer Arzt Dr. Dillmann hat sich gestern nachmittag in seiner Zelle erhängt.

Die Sendung
(Rundfunkwoche)
WIE IMMER 10 PFENNIG
Heute beginnt:
Die Bastelschule
Die neue Nummer bringt u. a. ferner einen amüsanten Aufsatz „Die mondlichtige Antenne“, sowie in gewohnter Weise alle Programme der deutschen Sender.
*
Zu haben in allen Kiosken, und im Straßenhandel.
Nach auswärtigen Probennummern kostenlos durch Verlag Hermann Reckendorf, Berlin W. 35, Lützowstraße 102.

Der Saufteufel.

Meuterei an Bord eines Alkoholgeschiffes.

Der norwegische Dampfer Sagatind mit 43 000 Litern Alkohol an Bord wurde nach einem Telegramm aus New York durch den amerikanischen Zollkreuzer aufgehalten.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.

Geschäftsstelle: Berlin S. 14, Seeböckstr. 27/28, Hof 2 Tz. Umabstufung: Sonnabend, den 18. Oktober, abends 7 1/2 Uhr.

Verein der Freidenker für Feuerbestattung, e. V. 4. Bezirk, Prenzlauer Berg: Freitag, den 17. Oktober, abends 7 Uhr.

Arbeiter-Radio-Klub. Erste, Freitag, 18. Oktober, abends 8 Uhr, erweiterte Vorstandssitzung.

Arbeitersport.

Jiu-Jitsu in Rathenow.

Am Sonntag, 18. Oktober, unternimmt die Jiu-Jitsu-Abteilung der Sportlichen Vereinigung „Nord-Ost“ eine Propagandafahrt nach Rathenow.

Freie Turnerschaft Reinick-Brick. Am Sonntag, den 19. Oktober, nachmittags 3 Uhr, großes Propaganda-Sandballspiel.

Der Sport-Club „Berliner W.“, Berlin-Charlottenburg (Mitgl. 5. 1928), veranstaltet am Freitag, den 17. Oktober, in der Turnhalle Sophie-Charlotten-Crooks 70.

Freie Turnerschaft Wilmersdorf 1. Turnabteilung. Sonntag, den 19. Oktober, abends 8 Uhr, im Vereinsheim auf dem Turmplan.

Arbeiter-Sportklub 9. Bezirk, Wilmersdorf. Sonntag, den 19. Oktober, abends 7 Uhr, im Turnheim Wilmersdorfische Straße.

Propaganda-„Rathow“. Alle Parteimitglieder und Bundeskollegen werden nochmals darauf hingewiesen.

Schiedsrichtertag des Berliner Sportvereins „Nord-Ost“. Am Sonntag, den 19. Oktober, feiert der Verein im großen Saal des Wobbeier Gesellschaftshauses.

Wassersport von Vereinsmitgliedern. Der Schwimmverein „Sparta“ Berlin 1897, e. V., ruft am Sonntag, den 19. Oktober, seine Mitglieder zur Austragung der Vereinswettbewerbe auf.

Ganzallgemeines Schwimmfest. Sonntag, den 18. Oktober, in der neuen Welt, Holtenauer, großes Schwimmfest.

Arbeiter-Sportklub 9. Bezirk, Wilmersdorf. Sonntag, den 19. Oktober, abends 7 Uhr, im Turnheim Wilmersdorfische Straße.

Arbeiter-Sportklub 9. Bezirk, Wilmersdorf. Sonntag, den 19. Oktober, abends 7 Uhr, im Turnheim Wilmersdorfische Straße.

Arbeiter-Sportklub 9. Bezirk, Wilmersdorf. Sonntag, den 19. Oktober, abends 7 Uhr, im Turnheim Wilmersdorfische Straße.

Last uns das Land!

Kleingarten-Werbewoche für Volksgesundheit - gegen Bodentwucher.

Die Werbewoche, die der Reichsverband der Kleingartenvereine Deutschlands soeben im ganzen Reich veranstaltet hat, findet nun auch in Berlin statt.

Vor dem Abbau des Kleingartenwesens!

Es ist bekannt geworden, daß einflussreiche Kräfte bestrebt sind, die Regierungen und die Parlamente für eine Aufhebung des Kleingartengesetzes vom 31. Juli 1919 zu gewinnen.

Die Bestrebungen um das Kleingartenwesen wollen aber und sollen in erster Linie gar nicht um des Fruchtanbaues willen gewürdigt werden. Die Kleingartenbewegung ist vielmehr eine allgemeine Volksbewegung.

Alle heute mit den Kleingartenliebhabern entstehenden Konflikte werden von demselben Augenblick für alle Bevölkerungskreise befriedigend gelöst sein.

gartengebiete ausweisen, daß jeder hausgartenlosen Familie auf ihren Wunsch eine Kleingartenparzelle zur Verfügung gestellt werden kann.

Das Versagen der Stadt Berlin.

Die Berliner Stadtverwaltung hat sich in dieser Hinsicht bisher noch am unzugänglichsten erwiesen. Es geht das Gerücht, daß auch der in Bearbeitung befindliche Generalbebauungsplan an diesem Zustand wenig ändern soll!

In Kleingartenfragen hat die Reichshauptstadt seit jeher die allergrößte Rückständigkeit offenbart. Sie hat sich dafür mit — Krankenhäusern, Siechenhäusern und ähnlichen Anstalten hervorgetan.

Zweimal schon sind die Groß-Berliner Laubenkolonisten in mehreren Zehntausenden mit Kind und Kegel vor die Rathäuser gezogen (1921 und 1922); doch es hat nichts gefruchtet.

Es finden im Zentrum der Stadt wie auch in den Außenbezirken große öffentliche Versammlungen statt, in welchen der heutige unhaltbare Zustand dargelegt und die Forderung vertreten werden soll, durch Ortsschließung Dauerkleingartengebiete in dem noch möglichen und zureichenden Ausmaße sicherzustellen.

Sport.

Rehrend in Treptow.

Die Fliegerrennen für den letzten Renntag in Treptow am kommenden Sonntag haben 32 Meldungen erhalten. Unter den Gemeldeten befinden sich: Fritz Hoffmann, Wilmmer, César Lies, Abraham, Deubandt, Jahn, Hänsler, Stolz, Gerleben, Reinos usw.

Rennen zu Hoppegarten am Donnerstag, den 16. Oktober.

1. Rennen. 1. Abtrot (Krieger), 2. Gnadenfink (Kleinmann), 3. Pöckero (Kühler). Toto: 187: 10. Platz: 65, 16, 11: 10.

2. Rennen. 1. Naira (D. Schmidt), 2. Meteor (D. Jenzsch), 3. Wagnel (Grasch). Toto: 82: 10. Platz: 14, 17, 43: 10.

Kleider-Vertrieb G. m. b. H. Kommandantenstr. 80-81, Warschauer Str. 33, Frankfurter Allee 82, Neukölln, Berliner Str. 47-48, Eingang Hoddinstr. Müllerstr. 181

Herren - Winter - Ulster in reicher Auswahl und verschieden. neuen Ausführungen. 125.- 105.- 85.- 77.- 68.- 55.- 45.- 36.- 24.00

Damen-Uebergangs-Mantel gemustert 9.00 Damen-Winter-Mantel Flausch, mit Rosettengarnitur 14.50 Damen-Winter-Mantel molliger Flauschstoff 20.00 Damen-Winter-Mantel schwerer schwarzer Cheviot 22.50 Damen-Kleid blau Cheviot 9.50 Damen-Kleid woll. Gabardine, farbig 16.00 Damen-Westen reine Wolle 11.75

Herren - Sakko - Anzüge in vielen modern. Stoffarten. Vorzügliche Paßform. 125.- 85.- 70.- 60.- 48.- 35.- 29.50

Damen-, Herren-, Kinderstiefel Reichhaltiges Lager, billigste Preise. Geschäftszeit: 9 bis 7 Uhr. Wäsche, Trikotagen, Strümpfe, Stoffe jeder Art in großer Auswahl, äußerst preiswert.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind Berlin O 25, 66, Lindenstraße 3, (Tele an den Bezirkssekretariat, 2. Hof, 2. Trepp. rechts, zu richten.)

Beamtenagitation!

Alle Agitationsvorhaben und Beamtenfunktionen werden dringend gebeten, die Hauptstelle für die Beamtenagitation am Montag (spätestens am Dienstag) zeitlich zur Verteilung zu bringen.

- 4. Kreis Gensheimer Berg. Leitung, Abteilungsleiter! Alle Banner und Fahnen müssen bis Freitag nachmittags 1 Uhr bei Gott, Aniprobe, 6a, abgegeben sein. — Sonnabend, den 18. Oktober, 8 1/2 Uhr. Sitzung der Bildungsausschussmitglieder der 24.-31. Abt. bei Gott, Aniprobe, Ecke Barthelemystraße.
- 14. Kreis Kreuzberg. Montag, den 20. d. M., findet eine erweiterte Kreisvorstandssitzung statt.
- 17. Kreis Köpenick. Die Abteilungen 121, 122, 123, 124 werden ersucht, innerhalb 3 Tagen beim Kreissekretariat abzurechnen.
- 18. Kreis Wilmersdorf. Heute, Freitag, 7 1/2 Uhr im Reineckensaal Beginn der Arbeiterversammlung über „Kultur- und Erziehungsergebnisse“ (Genosse Dörmlich). Überarbeiten sind vor Beginn dortselbst oder beim Genossen Dörmlich, Gölzstr. 7, zu haben.

Heute, Freitag, den 17. Oktober:

- 55. Abt. Tempelhof. 7 1/2 Uhr erweiterte Vorstandssitzung im Restaurant „Zur Linde“, Werder-, Ecke Friedrich-Nicolai-Straße.

134. Abt. Kiebitzschhausen. Für Mitgliederschreibung für die Kreisversammlung holen die Funktionäre die Flugblätter beim Genossen Harnberg ab. Jungsozialisten. Große Kiebitzberg 7 1/2 Uhr Teilnahme an der Arbeitsgemeinschaft des Bildungsausschusses „Einführung in die Marx-Literatur“ in der Bibliothek Weidestraße 28.

Morgen, Sonnabend, den 18. Oktober:

- 39. Abt. Wichtige Sitzung aller in der Kiebitzschhausen tätigen Genossen 6 1/2 Uhr bei Kuben, Köpenicker Str. 17. (Vorbereitung der Kiebitzschhausen-Woche.)
- 47. Abt. Die Parteiführer holen die Einladungssettel zur Mitgliederversammlung am 22. Oktober vom Abteilungsleiter ab. (Referent Genosse Saul Strich.)

Jugendveranstaltungen.

Leitung, Abteilungsleiter! Sorgt für die Ablieferung der Theaterabonnements, Perichthosen vom 1. und 2. Quartal, Kontostellung für Ferienhandkarten und Empfangnahme der Lose zur Weihnachtserziehung. Einzelkarten zur Theaterbesuchung am Sonntag, den 19. d. M., nachmittags 3 Uhr, im Theater des Westens (Große Volkoper), Kammerstraße, sind noch zum Preise von 90 Pf. im Jugendsekretariat, Lindenstr. 3, 2. Hof, zu haben. Geöffnet wird „Madame Corcoran“ von Heinrich Mann.

Leitung, Jugendgenossen und Jugendgenossinnen! Beredt für unsere Kameraden anlässlich des 20. Jahrestages des Bestehens unserer Berliner Organisation am Sonntag, den 20. d. M., im Großen Schauspielhaus.

Leitung, Abteilungsleiter!

Heute, Freitag, den 17. Oktober, abends 7 1/2 Uhr:

- Abt. 11: Jugendheim Köpenick. Vortrag: „Kultur- und Erziehungsergebnisse“.
- Abt. 12: Jugendheim Kreuzberg. Vortrag: „Kultur- und Erziehungsergebnisse“.
- Abt. 13: Jugendheim Wilmersdorf. Vortrag: „Kultur- und Erziehungsergebnisse“.
- Abt. 14: Jugendheim Tempelhof. Vortrag: „Kultur- und Erziehungsergebnisse“.
- Abt. 15: Jugendheim Prenzlauer Berg. Vortrag: „Kultur- und Erziehungsergebnisse“.
- Abt. 16: Jugendheim Moabit. Vortrag: „Kultur- und Erziehungsergebnisse“.
- Abt. 17: Jugendheim Mitte. Vortrag: „Kultur- und Erziehungsergebnisse“.
- Abt. 18: Jugendheim Westend. Vortrag: „Kultur- und Erziehungsergebnisse“.
- Abt. 19: Jugendheim Neukölln. Vortrag: „Kultur- und Erziehungsergebnisse“.
- Abt. 20: Jugendheim Südost. Vortrag: „Kultur- und Erziehungsergebnisse“.
- Abt. 21: Jugendheim Ostend. Vortrag: „Kultur- und Erziehungsergebnisse“.
- Abt. 22: Jugendheim Nordend. Vortrag: „Kultur- und Erziehungsergebnisse“.
- Abt. 23: Jugendheim Westend. Vortrag: „Kultur- und Erziehungsergebnisse“.
- Abt. 24: Jugendheim Südost. Vortrag: „Kultur- und Erziehungsergebnisse“.
- Abt. 25: Jugendheim Ostend. Vortrag: „Kultur- und Erziehungsergebnisse“.
- Abt. 26: Jugendheim Nordend. Vortrag: „Kultur- und Erziehungsergebnisse“.
- Abt. 27: Jugendheim Westend. Vortrag: „Kultur- und Erziehungsergebnisse“.
- Abt. 28: Jugendheim Südost. Vortrag: „Kultur- und Erziehungsergebnisse“.
- Abt. 29: Jugendheim Ostend. Vortrag: „Kultur- und Erziehungsergebnisse“.
- Abt. 30: Jugendheim Nordend. Vortrag: „Kultur- und Erziehungsergebnisse“.
- Abt. 31: Jugendheim Westend. Vortrag: „Kultur- und Erziehungsergebnisse“.
- Abt. 32: Jugendheim Südost. Vortrag: „Kultur- und Erziehungsergebnisse“.
- Abt. 33: Jugendheim Ostend. Vortrag: „Kultur- und Erziehungsergebnisse“.
- Abt. 34: Jugendheim Nordend. Vortrag: „Kultur- und Erziehungsergebnisse“.
- Abt. 35: Jugendheim Westend. Vortrag: „Kultur- und Erziehungsergebnisse“.
- Abt. 36: Jugendheim Südost. Vortrag: „Kultur- und Erziehungsergebnisse“.
- Abt. 37: Jugendheim Ostend. Vortrag: „Kultur- und Erziehungsergebnisse“.
- Abt. 38: Jugendheim Nordend. Vortrag: „Kultur- und Erziehungsergebnisse“.
- Abt. 39: Jugendheim Westend. Vortrag: „Kultur- und Erziehungsergebnisse“.
- Abt. 40: Jugendheim Südost. Vortrag: „Kultur- und Erziehungsergebnisse“.
- Abt. 41: Jugendheim Ostend. Vortrag: „Kultur- und Erziehungsergebnisse“.
- Abt. 42: Jugendheim Nordend. Vortrag: „Kultur- und Erziehungsergebnisse“.
- Abt. 43: Jugendheim Westend. Vortrag: „Kultur- und Erziehungsergebnisse“.
- Abt. 44: Jugendheim Südost. Vortrag: „Kultur- und Erziehungsergebnisse“.
- Abt. 45: Jugendheim Ostend. Vortrag: „Kultur- und Erziehungsergebnisse“.
- Abt. 46: Jugendheim Nordend. Vortrag: „Kultur- und Erziehungsergebnisse“.
- Abt. 47: Jugendheim Westend. Vortrag: „Kultur- und Erziehungsergebnisse“.
- Abt. 48: Jugendheim Südost. Vortrag: „Kultur- und Erziehungsergebnisse“.
- Abt. 49: Jugendheim Ostend. Vortrag: „Kultur- und Erziehungsergebnisse“.
- Abt. 50: Jugendheim Nordend. Vortrag: „Kultur- und Erziehungsergebnisse“.
- Abt. 51: Jugendheim Westend. Vortrag: „Kultur- und Erziehungsergebnisse“.
- Abt. 52: Jugendheim Südost. Vortrag: „Kultur- und Erziehungsergebnisse“.
- Abt. 53: Jugendheim Ostend. Vortrag: „Kultur- und Erziehungsergebnisse“.
- Abt. 54: Jugendheim Nordend. Vortrag: „Kultur- und Erziehungsergebnisse“.
- Abt. 55: Jugendheim Westend. Vortrag: „Kultur- und Erziehungsergebnisse“.
- Abt. 56: Jugendheim Südost. Vortrag: „Kultur- und Erziehungsergebnisse“.
- Abt. 57: Jugendheim Ostend. Vortrag: „Kultur- und Erziehungsergebnisse“.
- Abt. 58: Jugendheim Nordend. Vortrag: „Kultur- und Erziehungsergebnisse“.
- Abt. 59: Jugendheim Westend. Vortrag: „Kultur- und Erziehungsergebnisse“.
- Abt. 60: Jugendheim Südost. Vortrag: „Kultur- und Erziehungsergebnisse“.
- Abt. 61: Jugendheim Ostend. Vortrag: „Kultur- und Erziehungsergebnisse“.
- Abt. 62: Jugendheim Nordend. Vortrag: „Kultur- und Erziehungsergebnisse“.
- Abt. 63: Jugendheim Westend. Vortrag: „Kultur- und Erziehungsergebnisse“.
- Abt. 64: Jugendheim Südost. Vortrag: „Kultur- und Erziehungsergebnisse“.
- Abt. 65: Jugendheim Ostend. Vortrag: „Kultur- und Erziehungsergebnisse“.
- Abt. 66: Jugendheim Nordend. Vortrag: „Kultur- und Erziehungsergebnisse“.
- Abt. 67: Jugendheim Westend. Vortrag: „Kultur- und Erziehungsergebnisse“.
- Abt. 68: Jugendheim Südost. Vortrag: „Kultur- und Erziehungsergebnisse“.
- Abt. 69: Jugendheim Ostend. Vortrag: „Kultur- und Erziehungsergebnisse“.
- Abt. 70: Jugendheim Nordend. Vortrag: „Kultur- und Erziehungsergebnisse“.
- Abt. 71: Jugendheim Westend. Vortrag: „Kultur- und Erziehungsergebnisse“.
- Abt. 72: Jugendheim Südost. Vortrag: „Kultur- und Erziehungsergebnisse“.
- Abt. 73: Jugendheim Ostend. Vortrag: „Kultur- und Erziehungsergebnisse“.
- Abt. 74: Jugendheim Nordend. Vortrag: „Kultur- und Erziehungsergebnisse“.
- Abt. 75: Jugendheim Westend. Vortrag: „Kultur- und Erziehungsergebnisse“.
- Abt. 76: Jugendheim Südost. Vortrag: „Kultur- und Erziehungsergebnisse“.
- Abt. 77: Jugendheim Ostend. Vortrag: „Kultur- und Erziehungsergebnisse“.
- Abt. 78: Jugendheim Nordend. Vortrag: „Kultur- und Erziehungsergebnisse“.
- Abt. 79: Jugendheim Westend. Vortrag: „Kultur- und Erziehungsergebnisse“.
- Abt. 80: Jugendheim Südost. Vortrag: „Kultur- und Erziehungsergebnisse“.
- Abt. 81: Jugendheim Ostend. Vortrag: „Kultur- und Erziehungsergebnisse“.
- Abt. 82: Jugendheim Nordend. Vortrag: „Kultur- und Erziehungsergebnisse“.
- Abt. 83: Jugendheim Westend. Vortrag: „Kultur- und Erziehungsergebnisse“.
- Abt. 84: Jugendheim Südost. Vortrag: „Kultur- und Erziehungsergebnisse“.
- Abt. 85: Jugendheim Ostend. Vortrag: „Kultur- und Erziehungsergebnisse“.
- Abt. 86: Jugendheim Nordend. Vortrag: „Kultur- und Erziehungsergebnisse“.
- Abt. 87: Jugendheim Westend. Vortrag: „Kultur- und Erziehungsergebnisse“.
- Abt. 88: Jugendheim Südost. Vortrag: „Kultur- und Erziehungsergebnisse“.
- Abt. 89: Jugendheim Ostend. Vortrag: „Kultur- und Erziehungsergebnisse“.
- Abt. 90: Jugendheim Nordend. Vortrag: „Kultur- und Erziehungsergebnisse“.
- Abt. 91: Jugendheim Westend. Vortrag: „Kultur- und Erziehungsergebnisse“.
- Abt. 92: Jugendheim Südost. Vortrag: „Kultur- und Erziehungsergebnisse“.
- Abt. 93: Jugendheim Ostend. Vortrag: „Kultur- und Erziehungsergebnisse“.
- Abt. 94: Jugendheim Nordend. Vortrag: „Kultur- und Erziehungsergebnisse“.
- Abt. 95: Jugendheim Westend. Vortrag: „Kultur- und Erziehungsergebnisse“.
- Abt. 96: Jugendheim Südost. Vortrag: „Kultur- und Erziehungsergebnisse“.
- Abt. 97: Jugendheim Ostend. Vortrag: „Kultur- und Erziehungsergebnisse“.
- Abt. 98: Jugendheim Nordend. Vortrag: „Kultur- und Erziehungsergebnisse“.
- Abt. 99: Jugendheim Westend. Vortrag: „Kultur- und Erziehungsergebnisse“.
- Abt. 100: Jugendheim Südost. Vortrag: „Kultur- und Erziehungsergebnisse“.

Abteilung Friedrichshagen: In der Schule Friedrichshagen Schulfeier. Musik, Ansprache, Rezitationen, Liebesurkunde, Dank-Schreiben, Scherzspiele. Eintritt 2 Pf. — Sämtliche Abteilungen des Bezirks sind über ihre Beteiligung an der Feier. — Die Werbe-berufsstelle trifft sich in der Aula.

Symbol der Reinheit!

Wir haben unseren guten Grund gehabt, auf jedem Paket den „Schwan“, das Symbol der Reinheit, abzubilden, weil „Schwan im Blauband“ das Reinste und Hygienischste auf diesem Gebiet darstellt.



Wenn Sie sich selbst davon überzeugen wollen, dass wir dieses erreicht haben, so kaufen Sie ein Paket der Feinkostmargarine „Schwan im Blauband“. Sie werden erstaunt sein über die Fülle ihrer guten Eigenschaften.

Preis 50 Pf. das Halbpfund in der bekannten Packung.



Schwan im Blauband

frisch gekümt

Theater, Lichtspiele usw.

- Staats-Theater**
Opernhaus
7 1/2 Uhr: Madame Butterfly
Opernhaus am Königsplatz
7 1/2 Uhr: Der Freischütz
Schauspielhaus
7 1/2 Uhr: Wallenstein, Tod Schiller
7 1/2 Uhr: Dr. Klaus
Volksbühne
7 1/2 Uhr: Schneid-Wibel
Deutsch-Theater
7 1/2 Uhr: Die heilige Johanna von Bernard Shaw
Regie: M. Reinhardt
Kammerspiele
8 Uhr: Die tote Tante und andere Begebenheiten
Theater l. & K. Hauptstr. Nr. 8
8 Uhr: Erich XIV.
Th. a. Nollendorfpl.
7:30 Uhr: Die Gelebte Sr. Hohelt mit Fritz Massary
Berliner Theater
7:30 Uhr: Der süße Kavalier
Komödienhaus
8: Der unwillkürlich, Kassian

Th. im Admiralspalast

- Täglich 8 1/2 Uhr die große Revue „Noch und Noch“
7 1/2 Uhr: In erster Linie
3 1/2 u. 8 1/2 Uhr
Central-Theater
7 1/2 Uhr: G'wissenswurm
Deutsches Opernhaus
7 1/2 Uhr: Die toten Augen
Intimes Theater
8: Liebeskonzert
Tempo — Tempo!
Metropol-Theater
Tägl. 7 1/2 Uhr: Gräfin Mariza
Th. i. Kommand. Str.
Letzte Woch(en)
8: Mister Glotz
Globetrotter
Stg. 3 1/2: Mädel von Dams
Dramatisch-Theater
Chausseestr. 30/31
v. r.: Wilh. Dieterle
7 1/2 Uhr: Gilles u. Jeanne von Georg Kaiser

Walhalla

am Rosenthaler Tor
Großes internationales Varieté-Programm!
Anfang 8 Uhr
Preise: 0.40 0.60 1.- 1.50 usw.

Apollo-

8 Uhr Theater 8 Uhr
Direktion: James Klein
Die erste große Revue-Posse
Das lachende Berlin
Paul Beckers a. G.
Senta Söneland
Eise Balzer-Lichtenstein usw.
Unter anderem:
Die lebende Schreibmaschine
Das Massen-Himmelsbett
Die Wembley-Ausstellung
Parkett 2,50

Circus Busch

Tägl. 7 1/2, Sonntags nach 3 Uhr:
Die Sportsensationen!
Auto-Rennen in der Luft!
Todesstrahlen — Kampfstier
Wasser-Schaufel
„Carmen“, Die Zisternerin.

Reichshallen-Theat.

Abends 8 U. u. Stg. nachm. 3 Uhr
Stettiner Sänger
Neu Mutter auf Reisen
Kuhn Halbe Pr. b. voll. Anstemp.
Dönhof-Brettli. Herrlich.
Ant. 7 1/2. Populäre Preise

Scala

8 Uhr: Internat. Varieté
Sonntag 3.30 zu haben Preis, das volle Programm!

Rose-Theater

Dir. B. Rose
Alt-Heidelberg
Anfang 7.45

Elite-Sänger

Auf vielf. Wunsch
Pannemanns
Liebesraum

Residenz-Th.

Dir.: Fel. Meinhardt
Die vier Schlaumeier
Mus. v. W. W. Goetze

Kleines Th.

Täglich 8 Uhr
Tilla Durieux in
Ein idealer Gatte

Trionon-Th.

Heute 7 U. Premiere
Solott
Erika Gläbner,
Jul. Falkenstein
u. Ferd. Bonn



Das prachtvollste Schneeweiß zeigt jede Wäsche, die mit SIL behandelt ist.
SIL Henkel's beliebtes Bleich- und Waschmittel als Zusatz zur Seifenlauge gebraucht, ersetzt die umständliche Rosenbleiche.
— OHNE CHLOR —

8 Uhr Große Volksoper Russisch Ballett Diaghilew

KOMISCHE OPER

Direktion: James Klein
8 Uhr Allabendlich 8 Uhr
Diese Revue

„Das hat die Welt noch nicht geseh'n“

übertrifft fraglos alle Revuen der Welt aus folgenden Gründen:
Die berühmtesten Berliner Bühnenkünstler ... sind nur bei uns!
Die Original-Ausstattungen der Pariser Revuebühnen ... sind nur bei uns!
Die fabelhaften echten spanischen Tanztruppen ... sind nur bei uns!

Wirkliche große dekorative Aufbauten und große Balletts

... sind nur bei uns!
Der Marsch ins Wasser (Legende vom Nil)

Das große Perlen-Ballett mit dem lebenden Diamant

Die Soldatenburg mit 90 Zwergen und Knaben.
Das Straußentanz-Ballett vorget. v. franz. Mannequins

Was unter einem Frauenrock alles zu sehen ist

usw.
Lotte Werkmeister, Elise Berna, Hanna Corina, Mit Ninken, Bruno Kastner, Arnold Rink, Paul Westheimer, Siegr. Berisch, Hugo Fink, Helix Sarnow, Bianca und Josie, Jull und Fernan, Casanova usw.

Bedenk. herabges. Preise

Parkett 10 M., I. Rang 8 M., II. Rang 6 M., III. Rang 3 M.
Tagesk. ununterbr. geöffnet

Thalia-Theater

7 1/2 Uhr Tägl. 7 1/2 Uhr
Zigeunerliebe
Musik von Franz Lehar

Triumph-Palast

am Moritzplatz
Allabendl. 7 1/2 U
Sonntags 4 Uhr
Das gute Varieté-Programm

In der Diele

An den Tanztagen:
Der moderne Tanzbetrieb
Täglich:
Tanz-Vorführungen!

Hecht

Tabakwaren
Zigaretten, Zigarren,
Tabak billig
Lindenstr. 81

Eine liebe gute Mutter ist eingestiegen!

Am Mittwoch, den 15. Oktbr., nachm. 4 Uhr, verschied sanft nach langem, schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden meine herzensgute, liebe Frau, treuergebene Mutter, Schwiegermutter, Groß- und Urgroßmutter

Auguste Bode

im Alter von 71 Jahren.
In tiefer Trauer: Namen aller Hinterbliebenen
Oberschwärze, Andreas Bode
nebst Tochter,
Einführung Sonnabend, 18. Oktbr., nachm. 6 Uhr, im Krematorium Baumhuldenweg.

Th. i. d. Gem.-Turnhalle

Waldensee, Fahrstr. 23
Sonnt. abds. 7 1/2 Uhr
Eva Hennrich in
Der fidele Bauer
von Leo Fall
Preise: 50 Pf. b. 2 M.
Vorverk. u. Abendk.

WINTERSPIEL

Varieté-Spielplan
Rauchen gestattet!

Dezimalwagen

Tafelwag., Gewichte,
Lichtg. Preis. Erste Lage
Georg Wagner
Köpenicker Str. 71
Seit 1899
Keine Schaufenster-
Reklame, dafür wesentl. billigere Preise

Marie Göller

geb. Stelametz.
In tiefer Trauer
Edmund Göller.
Johann Göller.

Anna Röhnelt

geb. Hennig, im Alter von 63 Jahren.
In tiefstem Schmerz
Hermann Röhnelt u. Sohn.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 18. Oktober, nachm. 4 Uhr, im Krematorium Berlin-Wilmersdorf, Berliner Straße 101-103, statt.

Kostenlose homöopathische Behandlung

für Krume bis zum weiteren Montag bis Freitag 7 bis 8 Uhr abends im Ambulatorium Friedenau, Köpenickerstr. 1/2, 1. Stog.
Kreuzliche Leitung: Dr. Schmidt.

Anzüge

nach
Kontrollmaass
Ebenso gut, aber billiger als nach Maass.

Von 95.- an.
Grosse Stoff-Auswahl
Zahlungs-Erleichterung.

Telephon: 3570
Königsstadt

Julius Fabian.

Öffentliche Volksversammlung

am Dienstag, den 21. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, im Karlsgarten, Neufölln, Karlsgartenstr. 6-11.
Thema:
Herr Piattner Sieber und die religionsloser Staatsverbrecher
Referent Herr Ad. Hoffmann. — Diskussion.

Jeden Sonntag 11 Uhr in der Pappelallee 15: Vortrag.
Gäste willkommen!
Der Einberufte: A. Harndt, Pappelallee 15.

Die Einwandererflut in Frankreich

Die überschwemmte Metropole. — Folgen des Industrieaufschwunges und der Verwendung von Kolonialtruppen. — Von Italienern, Annamiten, „Sibis“ und anderen.

V. Sch. Paris, im Oktober.

Frankreich und insbesondere seine unvergleichlich schöne Hauptstadt haben stets eine besondere Anziehungskraft auf das Ausland ausgeübt. In der Nachkriegszeit, in der der Reichtum der nord- und südamerikanischen und der neutral gebliebenen Nationen auf Kosten der sich selbst ruinierenden kontinentaleuropäischen Länder ungeheuer zugenommen hat, hatte der Fremdenstrom in ganz besonders verstärktem Maße bald wieder eingesetzt. So erklärt es sich, daß die Zahl der Pariser Hotels, sowohl der palastartigen wie auch der mittleren, sich in den letzten Jahren beträchtlich vermehrt hat, und zwar auch in solchen Stadtgegenden wie dem Westen und auf dem linken Seineufer, die früher nicht zu den eigentlichen Fremdenverkehrscentren gehörten. Obwohl diese Ausländer noch viel mehr als früher Geld nach Frankreich bringen und dort lassen und damit die französische Zahlungsbilanz günstig beeinflussen, so ist den Franzosen, besonders dem in seinem Lebensniveau stark gedrückten Mittelstand ob dieser Ueberschwemmung nicht sehr wohl zumute. Es gibt viele Lokale, besonders die besseren, in denen man fast gar nicht französisch reden hört; in den Theatern belegen die Fremden, namentlich aus hochvalutarischen Ländern, die für sie allein erschwinglichen besseren Plätze, in den Geschäften laufen sie die teuersten Sachen ein — kurz, Frankreich erlebt seit dem Rückgang seiner Währung ungefähr die gleichen Erscheinungen des Ausverkaufs, die Deutschland seinerzeit zur Genüge durchgemacht hat.

Die Verdrängung des alteingesessenen Reichtums durch die reichen Ausländer kommt in sehr drastischer Weise zum Ausdruck, wenn man einen Blick auf ein — Rennprogramm wirft. Als ich einmal in der Untergrundbahn ein Gespräch anhörte, in dem von der Ueberschwemmung durch ausländische Rennstallbesitzer die Rede war, sah ich mir den Sportteil einer Zeitung danach an und stellte folgendes fest: In dem Hauptrennen des Tages liefen zwei Amerikaner, zwei Spanier, ein Engländer, ein Russe, ein Armenier, ein Italiener und ein Perser Pferde laufen, dagegen nur drei Franzosen; und von diesen war einer zumindest zweifelhafter Nationalität und einer war der Baron Rothschild . . .

Aber neben dem kapitalistischen Fremdenstrom gibt es in Frankreich einen proletarischen Fremdenstrom, der ein ungeheures und vielleicht sogar unlösbares wirtschaftliches, soziales und ethnologisches Problem aufgeworfen hat. Die Ursachen dieser proletarischen Ausländerflut sind mannigfaltig. Es ist zunächst die starke Industrialisierung Frankreichs in den letzten zehn Jahren. Auch das ist eine Erscheinung, die alle kriegsführenden Länder durchgemacht haben: das flache Land entvölkerte sich zugunsten der für Rüstungen unter Hochdruck arbeitenden Industriezentren und, als der Krieg zu Ende war, wollte nur ein kleiner Teil des neuen Industrieproletariats die kulturell höher stehende Großstadt verlassen. Das war auch nicht so unbedingt nötig, weil der Sieg Frankreichs der französischen Volkswirtschaft eine viel stärkere Produktionsgrundlage durch den Erwerb der großen Eisenerzgruben und Stahlhütten in Lothringen verschafft hatte, und weil die Notwendigkeit, die zerstörten Gebiete in Nord- und Nordostfrankreich wieder aufzubauen, ungeheure Anforderungen an die Industrie stellte. Insbesondere das letzte Problem hat einen sehr starken Aufschwung der in Frage kommenden Branchen — Eisenbau, Eisenbeton, Elektrotechnik, Ziegeleien, Sägemühlen usw. — zur Folge gehabt und das Auge des Reisenden in der früheren „roten Zone“ z. B. zwischen Maubeuge und Compiegne gewahrt nicht nur die Wiederaufrichtung aller früheren Fabriken, die im Jahre 1919 das Bild eines grauenhaften Trümmerhaufens boten, sondern auch die Entstehung riesiger, funkelneue Wertstätten und Konstruktionshallen, deren volkswirtschaftliche Leistungen unbefreitbar sind; denn es ist gar nicht zu leugnen, daß Frankreich aus eigener industrieller und finanzieller Kraft bereits einen wesentlichen Teil seiner zerstörten Gebiete wieder aufgerichtet hat.

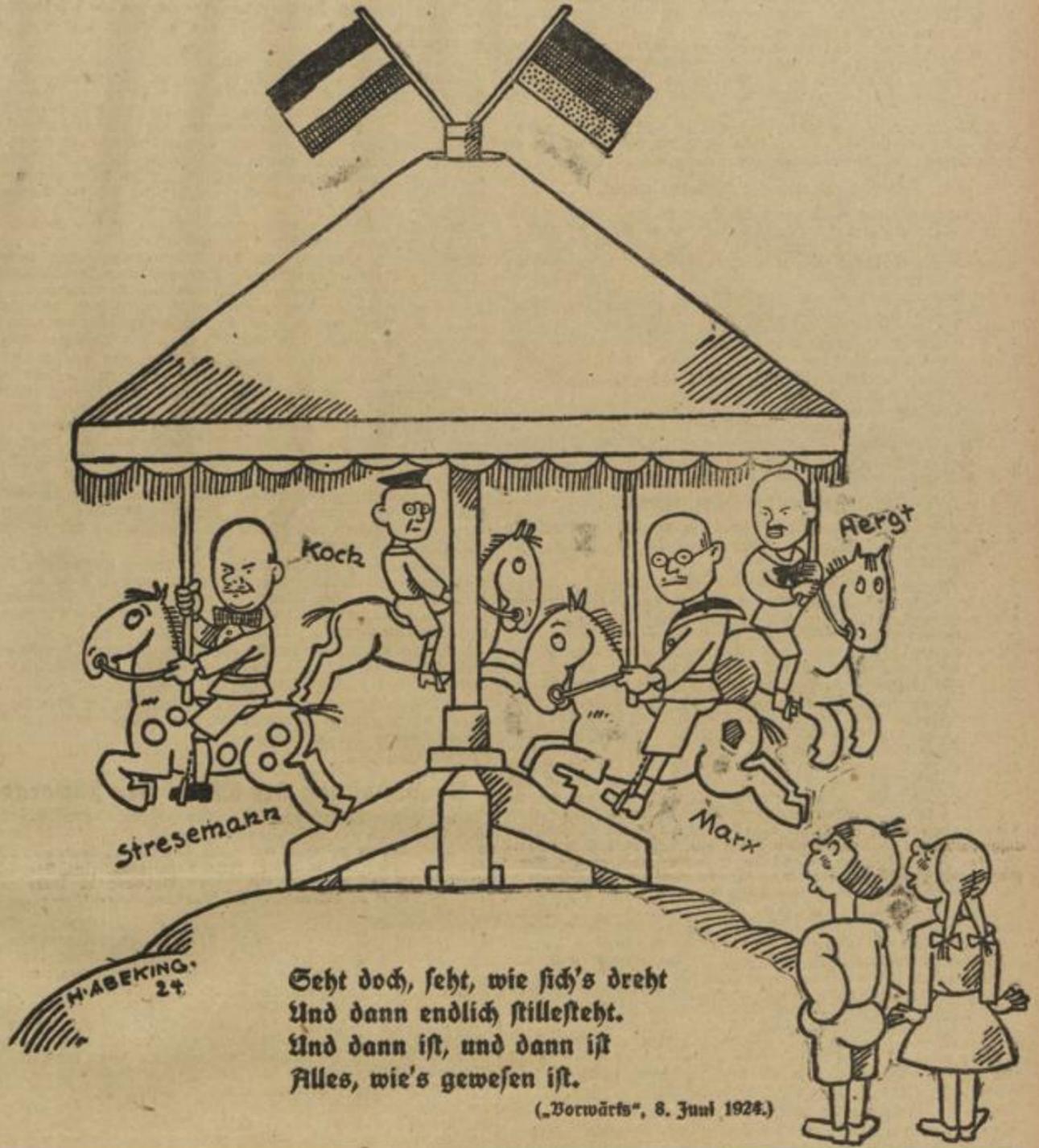
Die französische Bevölkerung war aber zahlenmäßig, teils überhaupt, teils auch infolge des furchtbaren Ueberflusses in den vier Kriegsjahren, diesem Industrieaufschwung nicht gewachsen. Schon wegen der derben Aufräumungsarbeiten mußten ausländische, namentlich exotische Arbeitskräfte in Anspruch genommen werden. Der einheimische Arbeiter, der höhere kulturelle und wirtschaftliche Ansprüche stellt, konzentrierte sich hauptsächlich und nach Möglichkeit auf die besser bezahlte Qualitätsarbeit. So hat namentlich die Automobilindustrie in Frankreich eine fabelhafte Entwicklung genommen und sie dürfte zahlenmäßig bald den führenden Zweig in der Gesamtindustrie bilden; es sind in ihr gegenwärtig mehr als vierhunderttausend Mann beschäftigt, darunter 300 000 allein in Paris und Umgebung.

Und schließlich noch ein letzter Grund, der die Ueberflutung des französischen Arbeitsmarktes mit fremden Kräften erklärt: während des Krieges hat Frankreich fortgesetzt und rückwärtslos aus dem schier unerlöschlichen Menschenreservoir seiner überseeischen Besitzungen in Afrika, Indochina und Westindien geschöpft. Nachdem es viele Hunderttausende unter diesen farbigen Soldaten geopfert hatte, war es nicht recht möglich, den Ueberlebenden das Verbleiben auf französischem Boden, falls sie es wünschten, zu verweigern. Ebenso unmöglich war es, ihren Rassengeossen die Einwanderung nach Frankreich zu verwehren. Im übrigen wurden sie, wie gesagt, dringend gebraucht.

So ist namentlich die Zahl der Algerier und Marokkaner, die in Frankreich und nicht zuletzt in Paris wohnen, ganz unglaublich gestiegen. Sie ist infolge der mangelhaften politischen Bestimmungen statistisch gar nicht zu erfassen. Man spricht in Paris allein von mindestens 70 000 „Sibis“ — so heißen sie im Volksmunde, weil sie mit diesem arabischen Wort für „Herr“ die Franzosen anreden. Jedenfalls begegnet man ihnen auf Schritt und Tritt und vor allem liest man täglich von ihnen in den Zeitungen. Denn es vergeht kein Tag, an

Deutsche Regierungskrise.

Auf allgemeines Verlangen wiederholt.



(„Vorwärts“, 8. Juni 1924.)

dem nicht die Lokalschmitz von Messerstechereien, meist mit tödlichem Ausgang zwischen „Sibis“ unter sich oder zwischen „Sibis“ und Franzosen oder Italienern zu berichten weiß. Neuerdings macht sich in der französischen Presse eine gewisse Unruhe ob dieser kulturellen Gefahr bemerkbar und es werden Maßnahmen gegen diese koloniale Menschenflut gefordert.

Damit ist aber das Kapitel der Fremdeneinwanderung noch lange nicht erschöpft. War schon vor dem Kriege Frankreich, vor allem die Gegend zwischen Nizza und Marseille ein bevorzugtes Einwanderungsgebiet derjenigen Italiener, die eine weite Ueberseereise scheuten, so hat dieser Italienerstrom nach Kriegsende aus den oben erwähnten Gründen unglaublich zugenommen und er erstreckt sich nunmehr auf ganz Frankreich, vor allem auch auf Paris und auf das lothringische Erzgebiet. Dieses war allerdings schon früher auf beiden Seiten der Grenze stark international. Heute soll das italienische Element an vielen Stellen gegenüber dem Rest der Bevölkerung stark überwiegen. Die italienische Einwanderung hat im letzten Jahre dadurch zugenommen, daß viele italienische Proletarier teils gezwungen, teils freiwillig dem Lande der faschistischen Reaktion den Rücken kehren. Neuerdings nimmt auch die Einwanderung aus Spanien aus einem ähnlichen Grunde stark zu und findet Aufnahme vor allem in den Hafenstädten Bordeaux, Bayonne und Gette. Auch Horthy-Ungarn liefert ein immer stärkeres Auswandererkontingent nach Frankreich, ferner Polen, die Slowakei und im nordfranzösischen Grenzgebiet natürlich auch Belgien.

Diese mannigfaltige Ueberschwemmung mit Menschen aller möglichen Rassen, Sitten und Sprachen hat Probleme aufgeworfen, die für die gesamte Zukunft Frankreichs von höchster Bedeutung sind. Man muß sich fragen, ob Frankreich als ein bevölkerungsschwaches Land, dessen ethnographische Tendenz nach wie vor eher zum Rückgang neigt, nicht seine Kräfte überschätzt und überspannt hat, indem es einerseits fast mit amerikanischem Tempo seine Industrie entwickelt und andererseits ein ungeheures Kolonialreich nicht nur wirtschaftlich, sondern auch militärisch in Anspruch nimmt. Die Geschichte weist bereits im Altertum zwei berühmte Beispiele einer ähnlichen Kräfteüberspannung der Metropole gegenüber ihren überseeischen Besitzungen auf und man fragt sich besorgt, ob nicht Frankreich damit jenen Weg eingeschlagen hat, der einst Athen und Rom zum Verhängnis wurde. Nicht nur für die französische, sondern auch für die europäische Kultur schlechthin, wäre es eine Katastrophe, wenn die Einwanderung der „Sibis“, Senegalneger, Annamiten und auch einiger zurückgebliebener Volksstämme aus dem

Osten Europas in den nächsten Jahren in demselben Tempo fortschreiten sollte wie in der ersten Nachkriegszeit. Für die europäische Arbeiterschaft, nicht nur für die französische, ist dieser proletarische Menschenstrom schon jetzt eine Gefahr und sie wird als solche von den Arbeiterorganisationen erkannt. Auf seiner letzten Tagung im September hat der Generalrat des Allgemeinen französischen Gewerkschaftsbundes mehrere Sitzungen diesem Problem gewidmet. Denn abgesehen davon, daß die kulturell auf niedriger Stufe stehenden exotischen Arbeitermassen gewerkschaftlich sowieso schwer zu erfassen sind, so werden sie von den Arbeitgebern systematisch als Lohnrücker gegen die einheimische Arbeitnehmerschaft verwendet, ja bevorzugt. Auch das kennen wir von den ostelbischen Großgrundbesitzern, die sich stets der polnischen und sonstigen Saisonarbeiter aus dem Osten bedient haben, um die deutschen Landarbeiter in ihren wirtschaftlichen und kulturellen Ansprüchen wirksamer bekämpfen zu können.

Die kommunistischen Organisationen beschäftigen sich ebenfalls mit diesem Problem, allerdings auch nach einer anderen Richtung hin: sie können zwar nicht einer weiteren Einwanderung das Wort reden, weil dies eine glatte Preisgabe der Interessen der französischen Arbeiter bedeuten würde, aber sie versuchen die bereits vorhandenen Ausländermassen politisch zu beeinflussen und zu erfassen, was bekanntlich für die bolschewistische Propaganda um so leichter ist, je tiefer die Kulturstufe der bearbeiteten Massen ist. Sie bedienen sich dabei aller möglichen Mittel und Argumente, hegen die Marokkaner, Algerier, Mulatten und Senegalneger gegen Frankreich auf, die Indochinesen paden sie anlässlich der Chinawirren und der Interventionengerüchte beim Nationalgefühl, für die Italiener geben sie eine besondere italienische Ausgabe der „Humanität“ heraus; kurz, es eröffnet sich für die Jünger Sinowjews in Frankreich ein besonders interessantes und aussichtsreiches Feld für jene Propaganda, die bereits in Asien nach den Richtlinien des Kongresses von Baku so günstige Ergebnisse erzielt hat. An einer Kundgebung unter freiem Himmel, die die französische Kommunistenpartei am 28. September bei Paris veranstaltete, nahmen zwar insgesamt nur etwa 15 000 Mann teil, was für französische Demonstrationenbegriffe nicht einmal schlecht ist, aber ein sehr starker Prozentsatz der Teilnehmer bestand aus rotuniformierten italienischen Hundertschaften, aus Chinesen und Annamiten, die die „Internationale“ in ihrer Sprache grinsten, und aus „Sibis“. Und seit diesem Tage zeigt sich in der Pariser Presse, die bisher an den von den Kapitalisten bevorzugten billigen ausländischen und exotischen Arbeitskräften nichts auszusetzen hatte, ein gewisses Unbehagen, das durchaus begreiflich ist . . .

Arzt und Volksgesundheit.

Sozialhygienische Debatte im Landtag.

Zu Beginn der gestrigen Sitzung des Landtages teilte Vizepräsident Barnick mit, daß vom preussischen Landtag an die Zeppelin-Werke in Friedrichshafen mäßig die glückliche Vollendung der Ozeanfahrt ein Telegramm gerichtet wurde. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit des Hauses. Vereinzelt Protestrufe bei den Kommunisten.)

Der Reichsverkehrsminister Defer, der bis jetzt der demokratischen Fraktion des Landtages angehört, hat sein Landtagsmandat niedergelegt.

Der kommunistische Antrag auf Amnestiehebung des Präsidenten Leinert soll, einem Beschluß des Relistenrats des Landtages zufolge, nach der Erledigung des Wohlfahrtsbudgets bei der Beratung des Etats des Landtages neu zur Verhandlung gestellt werden.

Darauf wurde der Besetzungswurf über Aenderung des Polizeikostengesetzes (Heranziehung der Gemeinden zu den Polizeikosten) in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Der Kampf um die Abbauf Klausel.

Es folgt die zweite Beratung des Antrags der Sozialdemokraten, der Demokraten und des Zentrums, wonach ein Abbaubeschluß hinsichtlich eines Magistratsmitgliedes, Bürgermeisters oder Beigeordneten der Zustimmung der Aufsichtsbehörde bedarf und im Fall der Versagung dieser Zustimmung auf Antrag der Stadtverordnetenversammlung das Staatsministerium entscheidet.

Hg. Leid (Soz.) befragt als Berichterstatter des Gemeindeforschusses die vorgeschlagene Neuregelung, die vom Ausschuss gegen die Stimmen der Deutschen Nationalen und der Deutschen Volkspartei angenommen worden ist.

Die Abg. Ebersbach (Dnat.), Kilian (Zomm.) und Meyerherford (Dsp.) bekämpfen den Beschluß.

Abg. Baumhoff (Z.) wendet sich nur gegen die Zurückdatierung der Wirksamkeit des Gesetzesvorschlages auf den 8. Februar.

Abg. Ebersbach (Dnat.) beantragt namentliche Abstimmung, die wegen der schwachen Belegung des Hauses auf einen Antrag Hirsch (Soz.) zunächst verschoben wird.

Ärzte, Krankenkassen, Streik.

Es folgt die Beratung des Haushalts des Ministeriums für Volkswohlfahrt, und zwar wird zunächst das Thema „Volksgesundheit“ behandelt.

Abg. Dr. Weyl (Soz.):

Die Sterblichkeit namentlich an Tuberkulose schiebt immer rascher vorwärts. Von den Schulkindern besonders in den Industriegebieten sind höchstens 22 Proz. ausreichend ernährt. Die Geburtenziffern sind um 4 pro Tausend gesunken, die Sterblichkeitsziffern gewaltig gestiegen. Jede Minderanzahl auf dem Gebiete der Gesundheitsfürsorge ist Verschwendung. Wie in diesem Augenblick, wo die Denkschrift erschien, die Reichsregierung dazu kommen konnte, eine Agrarzoll- und Brotwuchervorlage herauszubringen, ist nicht zu verstehen. Die Einführung von Schutzzöllen bedeutet ein Ältenot auf die Volksgesundheit. Vor allem muß man aber fragen: Wo bleiben die Ärzte im Kampf gegen solche Anschläge auf die Volksgesundheit. Man predigt doch immer, daß der Mensch der wertvollste Teil des Staatsermögens sei. Oder sollten gewisse Ärzte ein Interesse daran haben, daß möglichst viele Menschen krank werden? Wie sind der Ansicht, daß der Arzt nicht in erster Linie Krankheitsheiler, sondern Gesundheitsbeamer ist. Aber freilich, es gibt Ärzte und Ärztevertretungen, die nichts Besseres zu tun wissen, als der Gesundheitspflege Steine in den Weg zu stellen. Man sieht sich nur den Kampf zwischen den Krankenkassen und den Ärzten an. Das Reichschiebsamt, die letzte Instanz wird in einigen Wochen sprechen. Aber, hat nicht ein offizielles Mitglied unserer Berliner Ärztekammer ausdrücklich erklärt, wenn das Reichschiebsamt gegen die Interessen der freien Ärzte entscheidet, dann würden diese Ärzte nicht zum Behandlungsstreik gegenüber Krankenkassenmitgliedern, sondern auch zum Behandlungsstreik gegen die Kranken aufrufen? (Hört! hört! bei den Soz.)

Die Berliner Krankenkassen wollten eine Frauenklinik einrichten. Die Krankenkassen haben sich zu diesem Zweck mit führenden Persönlichkeiten der ärztlichen Kunst in Verbindung gesetzt und bedeutende Ärzte haben ihre Mithilfe zugesagt.

Anders die Berliner Ärztekammer.

Diese hat am 10. Oktober an Herrn Prof. Siepmann, ein hervorragendes Mitglied der Berliner medizinischen Fakultät, folgendes Schreiben gerichtet:

„Die Groß-Berliner Vertragskommission kam dem von Professor Siepmann vorgelegten Vertrag mit dem Verband der Krankenkassen im Bezirk des Oberverwaltungsamts Berlin die Genehmigung nicht erteilen, und zwar aus folgenden Gründen: Die Einrichtung einer „Frauenklinik Nord“ (es handelt sich um die Einrichtung einer Klinik mit Betten und Ambulatorium, an dem die Frauen und Kinder Rat und Hilfe angefordert werden können) ist offensichtlich nur ein Schritt auf dem Wege der von den Krankenkassenverbänden verfolgten Politik, die auf Monopolisierung der Krankenversorgung in Eigenbetrieben ausgeht und letzten Endes zur Vernichtung der freien ärztlichen Berufsausübung führen muß. Es ist zu befürchten, daß der geplanten „Frauenklinik Nord“ weitere klinische Kassenanstalten folgen, sei es für die einzelnen Fachgebiete, sei es für die verschiedenen Stadien der Krankheit. Die daraus entstehenden Folgen für die klinische Betätigungsmöglichkeit der Fachärzte in Groß-Berlin liegen auf der Hand. Es kann angesichts der großen chirurgischen und gynäkologischen Abteilungen in den städtischen, ökonomischen und finanziellen Krankenhäusern sowie der zahlreichen Privatkliniken, die Kassenmitglieder zu dem üblichen Satz aufnehmen, keine Rede davon sein, daß ein Bedürfnis nach Spezialkliniken der Kassen vorhanden ist, deren Schaffung unter Aufwendung sehr großer Mittel, also auch volkswirtschaftlich nicht zu rechtfertigen wäre. Die Vertragskommission erblickt in dem Vorgehen der Kassen, das mit der in Rede stehenden Klinik eingeleitet wird, einen weiteren Vorstoß gegen die Freiheit des ärztlichen Berufs und hält alle vertraglichen Beziehungen zu den Krankenkassen, die nicht im Rahmen der kassenärztlichen Verträge liegen, für eine schwere Gefahr für die freie Ärzteschaft. Daher hat die Vertragskommission beschlossen, den vorliegenden Vertrag abzulehnen.“

Das ist schon ein starkes Stück. Die Ärztekammer hat überhaupt kein Recht, auf solche Weise in die Beziehungen zwischen Kassen und Ärzten einzugreifen. Die ablehnende Haltung der Ärztekammer ist um so unverständlicher, als alle jene Krankenhäuser, die allein für die Kassen in Frage kommen sollen, in Berlin zurzeit überfüllt sind. Schließlich ist es eine Dreifachheit von Seiten der Ärztekammer, die Krankenkassen schuldmeistern zu wollen, wenn sie aus eigenen Mitteln ein eigenes Krankenhaus schaffen.

Der preussische Wohlfahrtsminister wird im Vertauße der Aussprache über den Wohlfahrtsetat zu diesem mehr als merkwürdigen Vorgehen der Ärztekammer Stellung nehmen müssen.

Genosse Dr. Weyl weist darauf hin, daß die Ärztekammer zur Durchsetzung ihres Willens leider über Mittel verfügt, die schätzbare seien als Geld- und Waffentrost, nämlich

wirtschaftlicher Boykott und gesellschaftlicher Terror.

Die Ärzte empfehlen einfach gewisse Spezialisten nicht mehr ihren Patienten, und der gesellschaftliche Boykott besteht darin, daß gerade eine Beischnüßler der allerbesten Art betrieben wird. (Hört! hört! bei den Soz.) Dazu kommt dann noch die politische und religiöse Bespitzelung, die Denunziation bei den ehemaligen Ver-

bindungen der Reichsheer, bei den Stabsvereinen und den militärischen Kameradschaften. Wenn die Kassen vielfach nicht durchsetzen konnten was sie vorhaben, so liegt das im wesentlichen an der Gewalttätigkeit einer Minderheit von Ärzten. Der Herr Wohlfahrtsminister, der die Oberaufsichtsinanz unserer Ärztekammern ist, hat hier ein Rechtswort zu sprechen. Bei der Schaffung einer Kammer zur Ehrengerechtheit wird dafür zu sorgen sein, daß die Ärztekammern sich um die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Krankenkassen und Ärzten überhaupt nicht zu kümmern haben.

Zum Schluß unterbreitete Abg. Weyl dem Hause verschiedene Vorschläge der sozialdemokratischen Fraktion. Sie beziehen sich auf die Einführung von Gesundheitsattesten bei Eingehung der Ehe. Dieser Antrag hatte im Hauptausschuß keine Mehrheit gefunden. In den Fortbildungsschulen soll nach einem weiteren Antrag wenigstens jährlich in einer Unterrichtsstunde auf Grund des Merkblattes für Ehe-schließende, wie es das Reichsgesundheitsamt verfaßt hat, eine Unterweisung stattfinden. Im Ministerium fehlt eine sachverständige Persönlichkeit als Referent für die Angelegenheiten der Zahnärzte und Dentisten. Hier muß der Referentenposten wiederhergestellt werden. Weiter soll der Landtag das Staatsministerium erlauben, die wiederholte Aufforderung zur Impfung zu unterlassen, falls der Erziehungsbehörde, nachdem er einmal wegen Untertassung der Impfung seiner Pflegebefohlenen rechtskräftig bestraft worden ist, die eidesstattliche Versicherung abgibt, daß er die Impfung mit seinem Gewissen nicht vereinbaren kann. Das Impfgesetz ist wohl ein Reichsgesetz, aber deswegen soll auf das Reich eingewirkt werden, daß es in unserem Sinne vorgeht.

Hierauf wird diese Beratung zur Vornahme von Abstimmungen unterbrochen. Angenommen wird u. a. ein Entschließungsantrag des Ausschusses, wonach das Staatsministerium entsprechend dem Beschluß des Reichstages und dem Vorgehen der Reichsregierung jeden weiteren Personalabbau einzustellen und die erforderlichen Anordnungen an die nachgeordneten Behörden auch die Kommunalbehörden zu erlassen hat, sobald der Abbau in Preußen entsprechend durchgeführt ist.

In namentlicher Abstimmung wird der Antrag der Sozialdemokraten, der Demokraten und des Zentrums betr. die Zustimmung der Aufsichtsbehörde zum Abbau von Wahlbeamten mit 191 gegen 125 Stimmen angenommen.

Zum Haushalt des Ministeriums des Innern werden eine Reihe deutationaler Anträge über Ostjudenbekämpfung, Schutz von Arbeitswilligen usw. dem Rechtsausschuß überwiesen. Angenommen wird ein demokratischer Antrag betr. Beschränkung der Kündigungen von Schuppsbeamten.

In der Fortsetzung der Beratung des Haushalts des Wohlfahrtsministeriums befragt Abg. Dr. Stammier (Z.) den Gedanken, das Wohlfahrtsministerium abzuhauen.

Nächste Sitzung Freitag 12 Uhr. Fortsetzung der Beratung des Wohlfahrtsbudgets. Vorher Antrag über die Vertretung der preussischen Belange bei der Reichsreisebahn.

Neugestaltung der öffentlichen Fürsorge.

Keine Einheitsfürsorge. — Der Kreis der Fürsorgeberechtigten.

Im Reichstagsausschuß für soziale Angelegenheiten wurden am Donnerstag die Grundzüge über Vorausscheidung, Art und Maß der öffentlichen Fürsorge erörtert. Den Mittelpunkt der Aussprache bildete der Umstand, daß der Regierungsentwurf es bei der gegenwärtigen Finanzlage des Reichs ablehnen muß, eine Einheitsfürsorge vorzunehmen, die alle Hilfsbedürftigen ohne Rücksicht auf Art und Ursache der Not gleich behandelt. Vielmehr vertritt der Regierungsentwurf den Gedanken zu verwirklichen, den die im Jahre 1923 gefertigte Denkschrift des Reichsarbeitsministeriums über die Vorarbeiten zu einem Reichswohlfahrtsgesetz zum Ausdruck bringt, „daß es für Hilfsbedürftige, die durch die besonderen Dienste, die sie oder ihr Ernährer der Allgemeinheit geleistet haben, oder die auf Grund ihrer Vorfürsorge, die Recht oder Ehre verlangt und anerkennt, einen Anspruch auf Fürsorge erworben haben, Rechte und Pflichten der Fürsorge in der Regel höher bemessen werden sollen als bei denjenigen, denen die Fürsorge lediglich Kraft ihres Daseins zugestanden wird.“ Das gilt bei der Regierungsvorlage vor allem für die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen, Kleinrentner und Sozialrentner. Dagegen erklärte sich die Reichsregierung finanziell außerstande, die bisherige Armenpflege von Reichs wegen zu einer gehobenen Wohlfahrtspflege umzugestalten.

Vom Ausschuss angenommen wurde ein Antrag des Abg. André (Z.), wonach in den Grundzügen über Vorausscheidung, Art und Maß der Fürsorge besondere Vorschriften vorgehen werden sollen, welche die bisherigen Ansprüche der Kleinrentner, Sozialrentner, Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen auf eine gehobene Fürsorge sicherstellen und zugleich die Möglichkeit vorsehen und erleichtern, auch anderen Kreisen von Hilfsbedürftigen eine derartige Fürsorge zuteil werden zu lassen.

Angenommen wurde ferner eine Entschließung der Abg. Frau Schröder (Soz.) und Hoch (Soz.), worin das Reichsarbeitsministerium ersucht wird, umgehend auf Grund der vom Reichstag angenommenen Entschließung, lautend: „Entsprechend § 3 Abs. 2 der Verordnung über die Fürsorgepflicht umgehend reichsrechtliche Vorschriften über Verfahren, Bescheidungen und Aufsicht zu erlassen und sie vor dem Erlaß dem sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages vorzulegen. Dabei ist besonders dafür zu sorgen, daß über Beschwerden eine Stelle entscheidet, die außerhalb des Bezirksfürsorgeverbandes liegt, und daß es den Bundesfürsorgeverbänden ermöglicht wird, für eine einheitliche und zweckmäßige Durchführung der Fürsorge in ihrem Bereich zu sorgen“, aufs neue mit den Ländern in Verhandlungen zu treten, und, falls die Länder entsprechende Gesetze nicht bis zum 1. April 1925 in Kraft treten lassen, dem Reichstag von sich aus einen entsprechenden Gesetzentwurf zu unterbreiten.

Um die Aufwertung der Sparkasseneinlagen

Der Unterausschuß des Aufwertungsausschusses kam auch in seiner Donnerstagsitzung noch zu keinem Ergebnis. Die Debatte drehte sich um die im Volkswirtschaftlichen Ausschuss der sozialdemokratischen Fraktion gestellte Frage der gleichen Behandlung aller Gläubiger. Dabei verfeiste sich Abg. Emminger (Dsp.) in das Problem der Rangordnung der Hypotheken und Pfandbriefe und trat für die Bevorzugung der mündel-sicheren Geldanlagen ein. Staatssekretär Joel vom Justizministerium wandte sich aus juristischen und praktischen Gründen gegen die Begünstigung mündelsicherer Pfandbriefe.

Abg. Reil (Soz.) erklärte, daß die Frage der Gleichbehandlung aller Gläubiger von seinen Freunden in erster Linie in Rücksicht auf die Gläubiger der Sparkassen aufgeworfen worden sei. Der vom Ausschuss angehörte Vertreter des deutschen Sparkassenverbandes habe berichtet, daß die Sparkassen im Reichsdurchschnitt auf Grund der Vorschriften der dritten Steuernotverordnung ihre Einlagen nur auf etwa 2 bis 3 Proz. aufzuwerten vermöchten, während bei den Hypotheken auch bei Berücksichtigung der Zinsverluste noch eine Aufwertung von mindestens 8 Proz. Gegenwärtiger erzielt

werde. Vom sozialen, vom moralischen und vom Rechtspunkt aus sei eine solche unterschiedliche Behandlung der Sparkasseneinleger und der Hypothekengläubiger nicht zu ertragen. Es müßten daher Mittel gesucht werden, um die Teilungsmasse bei den Sparkassen zu vergrößern. Zu diesem Zweck müßten die Garantien der öffentlichen Sparkassen (Städte, Kreise, Gemeindeverbände) zu erheblichen Beiträgen gesetzlich verpflichtet werden. Wenn die Gemeinden auch nicht im Gebüßerüß lebten, wie im Ausschuss vielfach behauptet worden sei, so seien sie doch in der Lage und verpflichtet, den kleinen Leuten beizustehen, die ihre Ersparnisse den Sparkassen anvertraut haben. Allerdings vertrat sich mit einer solchen Verpflichtung der Gedanke der Erhebung einer Aufwertungssteuer von den Gemeinden zwecks Verzinsung der Kriegsanleihen nicht recht. Es sei abwegig und werde von den Gemeinden nicht verstanden werden, ihnen eine Reichsteuer aufzuerlegen, so lange sie ihre eigenen Gemeindeanleihen und die Sparkasseneinlagen nicht angemessen aufgewertet haben. Eine Bevorzugung mündelsicherer Anlagen lasse sich aus sozialen Erwägungen nicht begründen. Warum solle der arbeitsfähige Greis, der seine Sparpfennige in früheren Jahren der Sparkasse anvertraut habe in der Hoffnung, im Alter einen Notgroschen zu haben, ungünstiger behandelt werden, als der junge Mann, der inzwischen die Grenze der Minderjährigkeit überschritten und die volle Erwerbsfähigkeit erlangt habe. Auch die Fabrikpar- und Versorgungskassen, in denen die Arbeiter unter mehr oder minder sanftem Druck Teile ihres Lohnes angelegt haben, dürften nicht vergessen werden. Die Großbetriebe, die hier vorwiegend in Frage kämen, hätten in der Zeit der Inflation, wie auch von deutationaler Seite betont worden sei, so große Substanzwerte aufgehäuft, daß sie in der Lage seien, erhebliche Beiträge zur Aufwertung der Einlagen der Fabriksparkassen zu leisten. Durch gesetzliche Verpflichtung müßten sie dazu angehalten werden. In Betracht kämen ferner die Sparkassen der Darlehnskassenverbände, in denen die Kleinbauern ihre Ersparnisse angelegt haben. Diese Kreditinstitute hätten sich mit der Zinspolitik der letzten Monate so rasch und gründlich erhöht, daß auch sie in der Lage seien, zur Aufwertung der Forderung ihrer Einleger beizutragen. Auf die Berücksichtigung all dieser Gruppen entlegener Sparer lege die sozialdemokratische Fraktion großes Gewicht.

Die weiteren Auseinandersetzungen drehten sich wesentlich um die Vorschläge des sozialdemokratischen Redners. Die Sprecher der Deutschen Volkspartei, des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei rückten dabei wieder den Rechtsgedanken in den Vordergrund, kamen aber an der Tatsache nicht vorbei, daß auch bei ihren Vorschlägen das „Recht“ nur mit weniger Prozent zur Geltung zu bringen ist, und daß der Rechtsanspruch der Sparkasseneinleger ein ebenso wohl begründeter ist wie der der übrigen Gläubiger. Gegen den Vorschlag, die Gemeinden und die Fabrikunternehmungen zur Aufwertung der Sparkassen heranzuziehen, wurden Einwände nicht erhoben. Am Freitag soll die Debatte fortgesetzt werden.

Wirtschaft

Preis Kartelle und Konsumgenossenschaften.

Es ist bekannt, daß Industrie und Großhandel unter den Einwirkungen des Krieges und der Zwangswirtschaft die Preisbildung nicht mehr nach den Grundgesetzen einer gesunden Volkswirtschaft behandeln, welche unter fortschreitenden technischen Verbesserungen bei der Herstellung und dem Vertrieb der Waren durch Herabdrückung der Unkosten eine möglichst verbilligung der Waren anstrebt, sondern daß sie unter Anwendung monopolartiger Mittel einfach die Warenpreise erhöhen, um sich eine weit über den Kapitalprofit der Vorkriegszeit hinausgehende Rente zu sichern.

So jagen sich Industrie und Großhandel gegenseitig den „Hafen in die Klüfte“, den Braten haben die Verbraucher zu bezahlen. Dem Privathandel wie den Konsumgenossenschaften werden die Verkaufspreise einfach vorgeschrieben, und wer nicht „pariert“, der fliegt, d. h. er bekommt keine Warenlieferung mehr vom Kartell der Fabrikanten oder des Großhandels und kann sehen, wo er sein Einkommen sich sichert.

Während sich nun dieser Preisdiktatur der Kartelle der Privathandel willenlos unterwirft, weil er keine ihn schützende Organisation besitzt und die erhöhten Warenpreise vom Verbraucher bezahlt werden müssen, steht die Sache bei den Konsumgenossenschaften ganz anders. Sie unterwerfen sich nicht, sondern nehmen den Kampf auf. Die genossenschaftliche Konsumgenossenschaft ist als Wächterin für Tausende von Familien ein gefährlicher Gegner der Kartelle, denn ein Boykott bestimmter Fabriken und bestimmter Erzeugnisse durch die Konsumgenossenschaften bedeutet eine Absatzkrise, die kaum überwinden werden kann, weil 3 bis 4 Millionen Familien organisierter Verbraucher nicht so leicht zu erfassen sind. Ein Boykott, der um so wirksamer durchgeführt werden kann, als es auch Außenleiter gibt, die dem Kartell nicht angehören, oder weil die großen Konsumgenossenschaften in der Lage sind, die ausländische Konkurrenz zur Beseitigung heranzuziehen.

So haben die deutschen Konsumgenossenschaften schon einige Jahre vor dem Kriege einen derartigen Kampf mit dem Kartell der Markenartikelfabrikanten (Markenartikel sind in der Fabrik schon abgepackte Waren wie Kaffee, Reis, Seifen usw.) mit vollem Erfolg durchgeführt. Das Kartell schrieb dem Privathandel die Preise vor und verlangte von den Konsumgenossenschaften die Unterzeichnung eines Reverses, wonach sie in ihren Verteilungsstellen die gleichen Preise einzuhalten hätten wie der Privathandel und keine Rückvergütung (Kobalt, Dividende) dafür gewähren dürften. Unter Führung der Großkonsumgenossenschaft deutscher Konsumvereine Hamburg, lehnten die Konsumgenossenschaften in so Ansehen einfach ab und boykottierten ihrerseits das Kartell. Nach ganz kurzer Zeit gab das Kartell klein bei — der Kampf war im Interesse von Millionen Verbrauchern gewonnen, trotzdem der Privathandel vollständig verlagert hatte.

Diese Tatsache führt mit zwingender Logik dazu, die genossenschaftliche Eigenproduktion zu fördern, wo es nur irgendwie angeht. Denn es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß z. B. die großen Seifenfabriken der Hamburger Großkonsumgenossenschaft deutscher Konsumvereine, sowie deren neue Reizkaffeebetriebe und Fabriken für chemisch-technische Erzeugnisse (Schubcreme usw.) jede Preisdiktatur der Kartelle von vornherein unterbinden, da die genossenschaftlichen Produktionsunternehmungen grundsätzlich Vereinbarungen über Preise mit kapitalistischer Kartellen ablehnen.

Es zeigt sich also auch in diesem wichtigen Punkte die außerordentliche Bedeutung der Konsumgenossenschaftlichen Organisation als Verbraucherschutz gegen die Industrie- und Handelskartelle.

Bei diesem Stand der Dinge ist es beinahe unglücklich, daß gegenwärtig die viel stärkeren englischen Konsumgenossenschaften in einem schweren Abwehrkampf gegen Markenartikelfabrikanten stehen, die in einem Kartell zusammengeschlossen sind, das mehr als 1000 chemische und medizinische Artikel vertreibt, deren Preise vom Kartell festgelegt und vorgeschrieben werden. Auch im englischen

Lebensmittelhandel breitet sich die Kartellbildung vor, die ja in Deutschland unter der bismarckischen Hochschulzollgesetzgebung am weitesten unter allen Industrieländern vorgeschritten ist.

Selbstverständlich legen sich die 1500 großbritannischen Konsumgenossenschaften mit ihren 5 Millionen Mitgliederfamilien (= 20 Millionen Köpfe) kräftig zur Wehr und es ist kaum ein Zweifel daran erlaubt, daß sie gewinnen werden. Denn die genossenschaftliche Eigenproduktion der englischen Konsumvereine ist viel weiter vorgeschritten als in Deutschland. Das nachfolgende Verzeichnis der Unternehmungen einer einzigen englischen Groß-einkaufsgesellschaft gibt Kunde davon. Es werden betrieben:

9 Kornmühlen und 2 Fabriken für Futtermittel	4 Möbelfabriken
2 Distill- u. Zuckerwarenfabriken	4 Metallwarenfabriken
3 Buttermetereien u. Käsefabriken	1 Kabrad- und Motorradfabrik
1 Margarinefabrik	2 Fabriken für Wagen und Gewichte
2 Schmalzrefinerien	1 Bürsten- und Mattenfabrik
4 Speckröhren	3 Seifenfabriken
4 Konerven- u. Konfitürenfabriken	1 Farbenfabrik
2 Gallesfabriken	5 Sattlereien und Lederverwarenfabriken
2 Essig- und Geseffabriken	1 Meißelfabrik
2 Teelager und Kaffeeröstereien	1 Bilderrahmenfabrik
1 Kalao- und Schokoladenfabrik	1 Galanteriewarenfabrik
2 chemisch-technische Fabriken	5 Druckerien
1 Tabak- und Zigarrenfabrik	1 Delmühle
3 Baumwollwebereien	3 Sägmühlen
1 Wollweberei	1 Töpferei
1 Strumpfwarenfabrik	1 Glasbläse
11 Unterleiderfabriken	1 Automobil-Reparaturwerkstätte
2 Korsettfabriken	1 Kohlenbergwerk
3 Schuhfabriken u. 8 Gerbereien	

Außerdem besitzen die Großeinkaufsgesellschaften: 23 Bondgüter (wovon die größten mehr als 1600 Hektar) mit einem Areal von 34000 Hektar sowie 11 Molkereien und ein Schlachthaus; Plantagenbesitz: 7 Teeplantagen in Ceylon von 2293 Hektar, 8 Teeplantagen in Südbindien von 13282 Hektar, 2 Teeplantagen in Assam von 2280 Hektar. Ferner etwa 10000 Hektar Ackerland für Weizenbau in Kanada. Für den Fruchtverkehr: 5 Dampfer, 10 Leichter und 3 Expeditionskontore. Zahl der beschäftigten Personen in allen Betrieben: 45 000.

Und dies alles ist auf dem Boden der genossenschaftlichen Selbsthilfe gewachsen — ein Aufsporn zur Nachbeurteilung! II.

Die Krise im Ruhrbergbau.

Das geschlossene Vorgehen der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaftsorganisationen gegen die Beschlüsse der Reichsregierung hat, wie wir bereits gemeldet haben, die Reichsregierung veranlaßt, an Ort und Stelle eine Aussprache über die notwendigen Maßnahmen herbeizuführen. Die am Montag im Oberbergamt begonnenen Besprechungen zwischen Regierungsvertretern, Bergbauvereinsmitgliedern und Gemeinden über die Krisenlage im Ruhrbergbau wurden am Dienstagvormittag fortgesetzt und abends zum Abschluß gebracht. Nachdem vormittags die Unternehmervertreter zu Worte gekommen waren, wurde in einer großen gemeinschaftlichen Sitzung sämtlicher Parteien eine aus drei Arbeitgeber- und drei Arbeitnehmervertretern zusammengesetzte Kommission gewählt, die zunächst prüfen soll, in welchem Umfang die stillgelegten Zechen noch obbaumwürdig sind. Von der Reichsbahndirektion wurde zugesagt, zur Verringerung der Absatzrisiko den Brückenschlag zu steigern, der sich ohnehin schon erheblich durch die demnächst erfolgende Uebernahme der Regelschienen heben wird, zumal die Regie ausschließlich Steinkohlen veroracnet. Außerdem soll versucht werden, die Bahnfrachten herabzusetzen, um die englische Kohle aus den norddeutschen Industriegebieten, vornehmlich aus Hamburg, zu verdrängen. Gegenwärtig stellt sich die Wasserfracht ungefähr 40 Proz. unter den Eisenbahnfrachten. Der Bezug der englischen Kohle nach Nord- und Westdeutschland wird dadurch begünstigt.

Deutsch-russische Handelsvertragsverhandlungen.

Die deutsch-russischen Handelsvertragsverhandlungen, die seit dem Ausbruch des Konflikts wegen der Berliner Handelsvertretung gerührt hatten, werden im November wieder aufgenommen. Zu diesem Zweck begibt sich, wie der „Ost-Express“ erfährt, die deutsche Delegation, die unter dem Vorsitz von Czjzeleny von Koerner steht, am 6. November nach Moskau. Die Vorbereitung der umfangreichen und schwierigen Verhandlungsgegenstände ist in der Zwischenzeit von den deutschen amtlichen Stellen fortgesetzt worden. Am 14. Oktober hat im Auswärtigen Amt eine Sitzung stattgefunden, zu der ein größerer Kreis von deutschen Interessenten eingeladen war, um ihnen einen Ueberblick über den bisherigen Verlauf der Verhandlungen und die weiteren Absichten zu bieten und ihnen Gelegenheit zur Meinungsäußerung zu geben.

Die bisherigen Verhandlungen haben sich mit dem Konsultationswesen der Seefahrt, der Rechtshilfe, dem Rahtschwesen, der Uebernahme von Staatsangehörigen der beiden Teile und der Auslieferung von Verbrechern befaßt und haben im allgemeinen einen günstigen Verlauf genommen. Für die weiteren Verhandlungen, die Mitte November in Moskau beginnen, sind folgende Punkte in Aussicht genommen: allgemeiner Rechtschutz, Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetze, Regelung des Handelsverkehrs (einschließlich des Zollwesens), das Konzessionswesen, Eisenbahn- und Wasserstraßenverkehr, Steuerwesen, Versicherung, gewerblicher Rechtschutz und Urheberrecht, privatrechtliche Schuldverhältnisse und Familienrecht.

Die deutsche Delegation beabsichtigt, zunächst nur bis Weimarn in Moskau zu bleiben und dann nach Berlin zurückzukehren.

Die Metallwirtschaft der Welt.

Nach den von der Metallgesellschaft und der Metallbank und Metallurgischen Gesellschaft in Frankfurt a. M. herausgegebenen statistischen Zusammenstellungen betrug das Jahresmittel in Bergbau, Verhüttung und Industrieverbrauch an Metallen (Eisen, Kupfer, Zinn, Zink und Aluminium) im Jahre 1923 3,66 Millionen Metertonnen; damit ist zum ersten Male seit Kriegsbeginn der Umfang der Metallwirtschaft der Welt aus der Vorkriegszeit, im Jahre 1913 3,58 Millionen, überschritten worden. Trotz der höheren Gesamterzeugung der Welt ist der Anteil Europas daran zurückgegangen. Er sank in der Bergwerksprodu-

tion von 28 Proz. im Jahre 1923 auf 16 Proz. im Jahre 1923, in der Hüttenproduktion von 44 auf 25 Proz. im industriellen Verbrauch der Rohmetalle von 62 auf 42 Proz. Dieser Rückgang ist nach dem Bericht nicht allein auf die wirtschaftlichen Folgen des Krieges zurückzuführen. Diese Entwicklung war auch sonst zu erwarten, wenn auch der Krieg den stärksten Anstoß dazu gegeben hat. Die Entdeckung immer neuer ergiebiger Erzquellen in viel weniger erschöpften anderer Erdsche verzieht schon in der Bergwerksproduktion das Ergebnis zuungunsten Europas, dessen Exportkommen nicht nur fast alle bekannt sind, sondern auch bereits deutliche Anzeichen von Erschöpfung zeigen. Neuförderungen von Kupfer in Südamerika und in Afrika (Katanga), von Blei in Mexiko und in Zisen (Burma) machen sich in der Statistik in dieser Richtung bereits bemerkbar. Dazu kommt eine Standardverschiebung der Hütten, die, erleichtert durch die technische Entwicklung, immer mehr möglichst nahe an die Gruben herangelegt werden. So konnten z. B. durch die Durchführung der bis zum Kriege unbekanntem elektrolitischen Zinkverhüttung die australischen Gruben die eigene Verhüttung der dort in reichem Maße vorhandenen Zinkerze vornehmen.

Wie sich der Verbrauch von Blei, Kupfer, Zink und Zinn in den europäischen Hauptländern gestaltet hat, zeigt die nachfolgende Zusammenstellung (in Gewichtsprozenten des Gesamtverbrauchs der Erde):

	Rohmetalleverbrauch			Metallwareneigenverbrauch		
	1913	1922	1923	1913	1922	1923
Deutschland	22	13	6	17	18	6
Großbritannien	16	11	14	15	9	18
Frankreich	9	14	8	9	8	8

Während sich hiernach im Jahre 1923 prozentual die britische Stellung befestigt und die französische gehalten hat, beide Länder aber einen absolut gestiegenen Verbrauch aufweisen, ist dieser in Deutschland und absolut im Jahre 1923 noch geringer als in dem schon mäßigen Jahr 1922 gewesen. Der Bericht bemerkt dazu, daß wohl nichts deutlicher die inmitten der großen Inflation einsetzende Produktionskrise veranschaulichen kann als diese Tatsache des Mindeerverbrauchs in den reichsten Metallen, deren Konsum für die allgemeine Wirtschafts- und Konjunkturlage kennzeichnend sei.

Diese statistischen Zusammenstellungen bestätigen aufs neue, daß die europäischen Industrieländer mit immer schwieriger werdenden Verhältnissen in der Weltwirtschaft zu rechnen haben; sie hätten alles Interesse daran, durch wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit die weitere Zurückdrängung Europas zu verhindern.

Vollseinkommen und Steuerbelastung.

Der „Economist“ veröffentlicht neue Schätzungen des englischen Volkseinkommens und seiner Belastung durch Steuern. Danach ergibt sich folgendes Bild:

Jahr	Umfang der Produktion (in Prozenten)	Preisniveau (in Prozenten)	Vollseinkommen (in Milliarden Goldmark)	Steuerbares Einkommen (in Milliarden Goldmark)	Reinseinkommen (in Milliarden Goldmark)
1913	100	100	45	45	45
1923	95	166	64	71	71

Die prozentuale Belastung des Volkseinkommens beträgt nach derselben Quelle für 1923 rund 18,8 Proz.; darin sind allerdings die Gemeindesteuern nicht enthalten, da sie in England aber nicht so hoch sind wie in Deutschland, kann die Gesamtbelastung nicht mehr als 20 Proz. betragen.

Wie liegen die Verhältnisse nun in Deutschland? Das gesamte Steueraufkommen beträgt heute ca. 7 Milliarden, und das gesamte Volkseinkommen wird neuerdings auf ca. 27—28 Milliarden geschätzt. Diese Zahl darf mit den englischen Angaben aber nicht ohne weiteres verglichen werden, weil in ihr z. B. im Gegensatz zu England der Wert der Hausnutzung nur mit der gesetzlichen Miete abgerechnet ist. Ferner muß man auch hier die Zinsen der Staatsschuld und die Staatspensionen, soweit sie steuerpflichtig sind, hinzurechnen, und schließlich zeigen die Ziffern des Lohnsteueraufkommens, daß die erwähnte Annahme eher zu niedrig als zu hoch ist. Auf keinen Fall wird man aber auf

Preisnotierungen für Nahrungsmittel.

Durchschnittseinkaufspreise in Goldmark des Lebensmittel-Einzelhandels je Zentner frei Haus Berlin.

Gerstengraupen, lose	18,50—24,50	Kakao, fettarm	75,00—96,00
Gerstengrütze, lose	17,50—18,00	Kakao, leicht entölt	100,00—120,00
Haferslocken, lose	21,00—22,50	Tee, Souchon, gepackt	320,00—400,00
Hafersgrütze, lose	20,50—22,50	Tee, indischer, gepackt	400,00—470,00
Roggenmehl 0/1	20,00—21,50	Inlandszucker basis mel.	37,00—39,00
Weizengrieß	21,50—24,25	Inlandszucker Raffinade	—
Martigriß	25,00—26,75	Zucker Würfel	43,00—46,00
70% Weizenmehl	19,25—21,00	Kunsthonig	20,00—42,00
Weizen-Auszugmehl	21,25—28,00	Zuckersirup hell in Elm.	40,00—45,00
Speiseerbsen, Victoria	18,00—24,50	Speiseerbsen dunk. in Elm.	27,00—31,00
Speiseerbsen, kleine	16,00—18,50	Marmelade Einfr. Erdb.	90,00—95,00
Bohnen, weiße, 1er	22,00—24,75	Marmelade Vierfrucht	40,00
Langbohnen, handveries.	28,00—32,00	Pflaumenmus in Eimern	43,00
Linsen, kleine	18,50—29,50	Steinsalz, in Säcken	3,10—3,60
Linsen, mittel	31,00—37,50	Siedesalz in Säcken	3,70—4,20
Linsen, große	37,50—51,00	Bratenschmalz in Tierces	4,40—5,80
Kartoffelmehl	17,75—19,50	Bratenschmalz in Kübeln	5,20—5,80
Makkaroni	43,00—46,00	Purelard in Tierces	92,00—94,50
Makkaronimehl	38,00—39,00	Purelard in Kisten	93,00—94,00
Schnittmehl, lose	25,00—28,00	Speisestärke in Packung	68,00—68,00
Bruchreis	17,50—18,00	Speisestärke in Kübeln	—
Rangoon Reis	19,00—20,00	Margarine, Handelsm. I	66,00
Tafelreis, glasiert, Patna	24,25—32,00	desgl. II	60,00—63,00
Tafelreis, Java	32,75—39,00	Margarine, Spezialm. I	80,00—84,00
Ringapfel, amerik.	85,00—90,00	desgl. II	69,00—71,00
Getr. Pflaumen 90/100	49,00—43,00	Molkereibutter I a. Fass	220,00—223,00
Pflaumen, entsteint	54,00—61,50	Molkereibutter I. Pack.	227,00—230,00
Cal. Pflaumen 40/50	60,00—65,00	Molkereibutter II a. Fass	185,00—192,00
Rosinen in Kisten, Cauda	60,00—70,00	Molkereibutter I. Pack.	190,00—204,00
Sultaninen Caraburnu	75,00—90,00	Auslandbutter in Fässern	235,00—238,00
Korinthen, choice	70,00—75,00	Corned beef 12½ lbs p. K.	37,00—42,00
Mandeln, süße Bari	175,00—185,00	Aust. Speck, geräuchert	103,00—106,00
Mandeln, bittere Bari	175,00—185,00	Quadratkäse	50,00—60,00
Zimt (Cassia)	106,00—115,00	Tilsiter Käse, vollfett	118,00—130,00
Kümmel, holländischer	53,00—65,00	Bayr. Emmenthaler	160,00—170,00
Schwarzer Pfeffer Singap.	160,00—115,00	Echter Emmenthaler	175,00—185,00
Weißer Pfeffer	150,00—155,00	Aust. ungesch. Condensmilch 4½/16	20,50—23,25
Rohkaffee Brasil	195,00—220,00	Inländische desgl. 4½/12	16,50—19,25
Rohkaffee Zentralamerika	238,00—298,00	inl. ges. Condensm. 4½/14	25,00—26,00
Rohkaffee Brasil	240,00—290,00		
Rohkaffee Zentralam.	310,00—375,00		
Röstgetreide, lose	20,00—21,00		

einen Beitrag kommen, der höher ist als 35 Milliarden. Es zeigt sich, daß schon heute die deutsche Steuerlast mindestens 20 Proz. vom Volkseinkommen beträgt, also ebenso hoch ist wie die Englands. Da England von allen Ententestaaten die höchste Steuerlast hat, ist somit die Forderung des Friedensvertrages Genüge getan, daß die deutsche Steuerlast nicht geringer ist als die der Siegerstaaten.

Wieviel schmerzlicher aber diese Belastung von 20 Proz. in Deutschland als in England drücken muß, ergibt sich aus der Tatsache, daß in England auf den Kopf der Bevölkerung ca. 1600 M., in Deutschland aber nur etwa 580 M. Einkommen entfallen.

Geringe Senkung der Großhandelspreise. Die auf den Stichtag des 14. Oktober berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamtes ist infolge des Nachgebens der Preise von Getreide, Fleisch und Zucker gegenüber dem Stande vom 7. Oktober 133,70 um 1,1 v. H. auf 132,2 zurückgegangen. Von den Hauptgruppen sanken die Lebensmittel von 133,0 auf 130,7 oder um 1,7 v. H., davon die Gruppe Getreide und Kartoffeln von 124,6 auf 122,0 oder um 2,1 v. H., wogegen die Industriestoffe von 134,8 auf 135,1 oder um 0,2 v. H. ansgogen. Die Gruppe Kohlen und Eisen ist mit 121,9 unverändert. Die Inlandswaren haben von 128,2 auf 126,4 oder um 1,4 v. H. nachgegeben, die Einfuhrwaren stiegen von 160,9 auf 161,5 oder um 0,4 v. H. — Die Großhandelspreise für Getreide und Kartoffeln, die den Rückgang im obigen Index veranlaßt haben, sind in den letzten Tagen wieder gefallen.

Der Generalrat der Reichsbank. Außer dem Reichsbankpräsidenten, der nach § 15 des Bankgesetzes vom 30. August d. J. Vorsitzender des Generalrats der Reichsbank ist, gehören dem Generalrat folgende deutsche Mitglieder an: Geheimrat Louis Hagen-Köln (Firma K. Lehmann), Franz von Mendelssohn-Berlin (Firma Mendelssohn u. Co.), Hofrat Hans Remschard-München (Bayerische Hypothek- und Wechselbank), Ray M. Warburg-Hamburg (Firma M. M. Warburg u. Co.) und Oskar Wasser-mann-Berlin (Deutsche Bank).

Die „Reichsbank“ im neuen Reichsbankverkehr. Im Kassenverkehr der Reichsbank werden in Zukunft die auf Reichsmark, auf Billionen Mark und auf Rentenmark lautenden Zahlungsmittel sowohl bei Einzahlungen wie bei Auszahlungen gleichwertig behandelt. Die Umstellung der Rechnungsführung der Reichsbank, insbesondere auch der bei ihr bisher in Rentenmark geführten Girokonten auf Reichsmark ist in die Wege geleitet worden. Auf Rentenmark lautende Wechsel und Schecks wird die Reichsbank einweisen noch anlaufen und den Effekten auf Reichsmark girokonto gutschreiben. Für neu auszustellende Wechsel empfiehlt sich, soweit nicht Sonderfälle vorliegen, die Ausstellung in Reichsmark. In Zukunft wird die Reichsbank im Kreditverkehr der Forderung der Entwertungsaufhebung absehen.

Die Agrarier im Baltikum. Aus Romno wird uns geschrieben: Der Sejm berät augenblicklich den neuen litauischen Zolltarif. Der Tarif selbst ist bereits seit Februar in Kraft und charakterisiert sich durch die Einführung von Einfuhrgewichtszöllen. Die Tendenz des Tarifs geht darauf hinaus, die Einfuhr von Agrarartikeln zu verhindern. So werden Koggen, Bohnen, Erbsen, Kartoffeln usw. mit einem Einfuhrzoll von 10 Lit pro Zentner belegt, das macht ungefähr 71 bis 113 Proz. des Warenwertes aus. Salz wird z. B. mit 100 Proz. des Wertes verzollt. Selbst Manufakturwaren und Medikamente sind von den Zöllen nicht verschont geblieben. In dem neuen Tarif macht sich vor allem der Einfluß der Agrarier geltend, was besonders aus der Preisgabe der Ausfuhrzölle für landwirtschaftliche Produkte hervorgeht. Diese Zollpolitik hat selbstverständlich die herrschende Teuerung verschärft und die Lebenshaltung der breiten Massen weiter eingeeengt.

Belgiens Stellung zu einem Handelsvertrag mit Deutschland. Ueber die Stellung der belgischen Regierung gegenüber einem belgisch-deutschen Handelsvertrag erfährt der „Soz. Parlaments-Dienst“ u. a.: Die belgische Regierung ist der Meinung, daß es verfrüht wäre, ein langfristiges Abkommen abzuschließen. Die wirtschaftliche Weltlage würde sich allzu oft ändern und die Orientierung der deutschen Politik sei zu unsicher, als daß man sich auf lange Zeit binden könnte. Es läme daher auch nur hier ein provisorisches Abkommen in Betracht. Sobald die beiderseitige wirtschaftliche Lage sich gefestigt habe, könne man einen ead-gültigen Vertrag abschließen. Die belgische Regierung ist jedenfalls schon heute der festen Ansicht, daß sie Deutschland die gewünschte Mostbegünstigung nicht gewähren könne. Nach Auffassung der belgischen Regierungsstellen könne man für verschiedene deutsche Erzeugnisse, die Belgien nicht herstellt und Spezialitäten sind, den Mindesttarif zur Anwendung bringen, ebenso für Vegetabilien und animalische Erzeugnisse. Im allgemeinen jedoch und besonders für Fertig- und Halbfabrikate müsse man je nachdem den Maximaltarif beibehalten oder in Form von Konzessionen mittlere Tarife bewilligen. Eine Entscheidung in diesem Sinne hat ja auch die Handelskammer in Brüssel gefaßt.

Deutsch-polnische Handelsvertragsverhandlungen. Da am 10. Januar 1925 auch für Polen die im Versailles Vertrag borgelehene Mostbegünstigungsklausel wegfällt, drängt Polen darauf, sobald als möglich mit Deutschland ein handelspolitisches Abkommen zu schließen. Die offiziellen Verhandlungen werden Anfang November beginnen und sowohl in Warschau wie in Berlin geführt werden. Es kann sich jedoch nur um den Abschluß eines kurzfristigen Abkommens handeln, da, wie verlautet, die Schaffung eines langfristigen Abkommens von Berlin aus infolge der augenblicklich geführten jahrelangen Wirtschaftsverhandlungen nicht genügend Beamte zur Verfügung gestellt werden können.

Eine Durchbrechung des russischen Außenhandelsmonopols. Die Sowjetregierung hat zugunsten einer amerikanischen Kapitalistengruppe das Außenhandelsmonopol durchbrochen. Sie hat mit der New Yorker Bankfirma Harriman u. Co. einen Vertrag abgeschlossen, der dieser das ausschließliche Recht des Exports von Mangenerzen aus Rußland auf 20 Jahre gewährt. Wenn das Abkommen voll durchgeführt wird, erhält die Sowjetregierung von den amerikanischen Kapitalisten eine Entschädigung von 100 Millionen Dollar. Die Sowjetregierung ist der Meinung, daß man dafür schon die kommunistischen Grundzüge verkaufen kann.

Ein milde und sicher wirkendes Abführmittel sind seit Jahre 1881 weltbekannt. Auch bei Hämorrhoidal-, Leber- und Gallensteinen vorzüglich bewährt. Von Aerzten und Patienten glänzend begachtet. In Originalschachteln à Mk. 1.— u. 2.— zu haben in den Apotheken, wo nicht, franko Nachnahme durch Elefant-Apotheka, Berlin SW, Leipziger Str. 74, am Dönhopfl.

Fritzi Massary
die unvergleichliche 3-8 Zigarette hat außerordentliche Vorzüge, die zu erforschen sich lohnt; sie überrascht selbst sehr Verwöhnte

